Positionen zum Wandel der Gesellschaft

D 8008 E | Nr. 6/Jahrgang 2 | März '85

ANDREAS WISCHNER
PRINZREGENTENSTR. 46
0-1000 BERLIN 31

N/0012/016/001
001

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das allerletzte Wort zum Handelsblatt:

EIN SCHMUNZELN IN EHREN...

Die Ablehnung unseres Widerspruchs der einstweiligen Verfügung gegen Caro-Druck schien den Streit zwischen Handelsblatt und Wandelsblatt, den Stein, den Klein-David gegen den Riesen Goliath schleuderte, als Bumerang auszuweisen.

Ein Stein, der uns an einem sehr empfindlichen Punkt getroffen hätte – nämlich den Finanzen. Bis zu 10.000 DM kostet bei einem so hoch angesetzten Streitwert ein solches Techtelmechtel. Nun, Goliath ging wohl davon aus, daß David noch ein paar Steinchen auf Lager hat (nicht zu Unrecht, nur hat auch David was besseres zu tun, als einem langweiligen Riesen Humor beizubringen.) und kaufte dem Kleinen seine Steine ab.

Im Klartext: das Handelsblatt bot der Krebsmühle (gegen die die zweite Verfügung ging) an, im Fall, daß sie auf die Herausgabe und Verbreitung eines Titels, der phonetisch und/oder visuell – insbesondere auf Wandelsblatt oder Wandersblatt verzichte, sämtliche Kosten des bisherigen Vorgehens gegen die Krebsmühle selbst zu tragen.

Dies zu einem Zeitpunkt, als die Köpfe der Zeitungsmacher/innen auf der Suche nach einem neuen Titel, der nichts mehr mit dem Handelsblatt zu tun haben sollte, schon heftig rauchten.

Von daher wurde dieses Angebot mit kaum beherrschbaren Grinsen (nur gut, daß es noch keine Bildschirmtelefone gibt!) entgegengenommen. Wir hatten wieder einen Fuß in der Türe und schoben den zweiten gleich nach, indem wir verlangten, daß Caro-Druck in einen solchen Vergleich mit einbezogen würde.

Nun versuchte der seriöse Herr des Düsseldorfer Anwaltsbüros die freundliche Dame am Krebsmühlentelefon erst auf die väterliche Tour für dumm zu verkaufen und dann unter Druck zu setzen, aber besagte Dame konnte auch recht unfreundlich werden und so kam nach einigen Hin und Her ein annehmbarer Kompromiß zustande.

Wir müssen einen Teil der Frankfurter Anwaltskosten des Handelsblatt (2.000 DM) bezahlen und die Gerichtskosten von ca. 800 DM.

Fast 7.000 DM an Kosten weniger, als erwartet – so können wir uns und Euch peinliche Spendenaufrufe ersparen.
Na, wenn das kein Grund zum Schmunzeln ist?

die Redaktion

In dieser Ausgabe:

Bundesbahn will will selbstverwalteten Betrieb ruinieren
Zu den Schwierigkeiten der Handwerkergenossenschaft auf Seite 2

Original & Fälschung
stehen sich auf den Seiten 1, 3, 4 und 5 gegenüber

Termine, Stellenanzeigen und Leserbriefe
befinden sich diesmal auf Seite 8, da die letzte Seite einem Wintertage-Würfelspiel Platz machen mußte

Um **Obdachlosenarbeit** gehts auf Seite 10

„Psycho und Beziehungszeug" auf Seite 11

Sehr interessantes und praktisches über Staatsknete steht auf Seite 11
„Staatsknete via Sozialhilfe"

Über Knete gehts auch auf den folgenden Seiten
Staatsknete auf Seite 12
EG – Anhörung auf Seite 13
Ökobank auf Seite 14

Hier findet sich auch die Fortsetzung des Beitrages von dieser Seite **(„Wohin mit den Millionen")**

Nicht zuletzt auch einiges zu **Mittelamerika** auf der vorletzten Seite

Vorläufig letztes zu den **Wintertagen** auf den Seiten 5 und 6

Lauschaktion in der Staatskanzlei

Aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen ist uns ein Tonband mit der Aufzeichnung eines Gesprächs zwischen dem Berliner CDU-Wirtschaftssenator Pieroth (in Fachkreisen auch der „Weinhändler" genannt) und seinem Referenten für Alternativwirtschaft Karl-Heinz Trüffelschwein, zugespielt worden. Trüffelschwein ist frustierter Alt-68er, zahlendes Netzwerkmitglied und Unterabteilungsleiter beim Wirtschaftssenat.

Die Echtheit des Tonbandes können wir nicht garantieren, aber getreu dem Motto „so stellen wir uns vor, was sich die Herrschenden zu uns vorstellen" wollen wir dieses Gesprächsprotokoll für die werte ... Leserschaft nun dokumentieren.

Senator Pieroth: *Nun, mein lieber Trüffelschwein, was haben wir zu berichten. Ich hoffe doch, daß unsere Fördergelder für dieses Wintertreffen gut angelegt waren. Mit welcher Summe waren wir noch gleich dort eingestiegen?*

Herr Trüffelschwein: Zehntausend Mark.

Senator P.: *Ach ja, ich erinnere mich, und mit diesen zehntausend sind wir auch tatsächlich ausgekommen?*

Wieviel Leute waren denn da? 20, 25, war wohl ein Flop?

Herr T.: Nein, nein, ganz im Gegenteil – über dreihundert waren da. Und das Fest, ich kann ihnen sagen, ...

Sie wissen ja: die Alternativen sind überaus genügsam und sparsam. Sehr ökonomisch, da funktioniert sehr viel auf freiwilliger Basis.

Man tagte in ungeheizten Räumen, schlief im Schlafsack auf dem Boden.

Senator P.: *Das sollten wir mal beim nächsten Parteitag anregen, das mit dem Schlafsack.*

Herr T.: Das Engagement und die Motivation – ich kann nur sagen, beispielhaft. Die Organisation war zwar – wenn ich mich so ausdrükken darf – etwas schlampig, aber trotzdem waren wohl die meisten Teilnehmer sehr zufrieden.

Sie glauben gar nicht, wie produktiv so ein Chaos sein kann und jeder dort mitbestimmen kann.

Senator P.: *Sehr interessant, sehr interessant... vielleicht sollte man dieses Konzept weiterempfehlen. Ein bißchen mehr Engagement und Arbeitseinsatz würde den Mitarbeitern in meiner Dienststelle auch gut anstehen.*

Aber sagen Sie mal, ich dachte, diese Leute wollen doch unsere Gesellschaft umstürzen...

Herr T.: Ja, ja, das sagen die. Das glauben die auch, das ist ihr Anspruch. Aber – und das ist das Entscheidende – nicht auf die Ansprüche kommt es an, sondern darauf, was tatsächlich in die Praxis umgesetzt wird. Und genau diese Praxis ist für uns lehrreich und hilfreich.

Senator P.: *Das müssen Sie bitte näher erläutern.*

Fortsetzung auf S. 3

Wohin mit den Millionen?

Wer noch vor ein paar Jahren den GRÜNEN vorausgesagt hätte, daß sie einmal über Millionen von Mark verfügen würden, wäre sicher als Phantast abgetan worden. Aber spätestens nach der Europawahl sind über 18 Mill. Mark Wahlkampfkostenrückerstattung für die GRÜNEN zur Realität geworden! Wenn man sich aber die Veränderung der Gesellschaft zur Aufgabe gestellt hat, so ist das Geld ein Hebel dazu. Millionen Mark für Jahre auf tradierte Banken festzulegen, stützt die Rüstungs-, die Umwelt- und die Arbeitsplatz vernichtende Industrie. Die GRÜNEN müssen hier grundsätzlich neue Ansätze finden.

Die Ökofonds der GRÜNEN sind dafür der beste Beweis. Nämlich überschüssige Landtags- und Bundestagsdiäten den Bürgerinis und alternativen Projekten zur Verfügung zu stellen. Diese Vergabe durch die Fonds hat sich seit Jahren bewährt. Sie muß aber noch weiter ausgebaut werden. Denn das Vertrösten der Projekte auf staatliche Förderung hat sich erst jüngst am Beispiel Hessen als Trugschluß erwiesen. Die Ökofonds wollen keine staatlichen Lückenfüller sein sondern neue Wege gehen.

Die GRÜNEN haben seit dem neuen Parteifinanzierungsgesetz offensichtlich Angst, für die Förderung von Alternativen Geld aus Wahlkampfkostenrückerstattungen auszugeben! Die Verwendung dieses Geldes für Wahlplakate, für Luftballons und Parteifähnchen – wie es die etablierten Parteien tun – müssen die GRÜNEN entschieden ablehnen. Das Wahlkampfgeld muß dahin zurück woher es gekommen ist, nämlich zur Basis. Das bedeutet für die GRÜNEN selbstverwaltete und soziale Projekte, die Schaffung von Ausbildungsplätzen sowie die Unterstützung von Bürgerinitiativen. Deshalb soll folgender Vorschlag nicht nur auf dem Papier stehen bleiben, er ist weit mehr wert:

Jeder Landesverband der GRÜNEN stellt seinem Ökofonds beispielsweise 100.000 Mark aus Wahlkampfkostenrückerstattungen auf einem Konto – vielleicht bei der Ökobank – zur freien Vergabe zur Verfügung. Der jeweilige Landesökofonds vergibt nun an die antragstellenden Projekte rückzahlbare Zuschüsse.

Das geförderte Projekt schließt mit der Ökobank über die vom Ökofonds vergebene Geldsumme einen Kreditvertrag ab und zahlt so in Raten den Ökofondszuschuß direkt an die Bank zurück. Die DM 100.000 – der Betrag darf ruhig höher sein – bleiben unberührt als Bürgschaft bei der Bank. Es können also insgesamt Kredite vergeben werden, die die DM 100.000 um das mehrfache übersteigen. Diese Maßnahme muß sowieso ergriffen werden, wenn der Ökofonds mehr als 100 gleichzeitig laufende Kredite hat. Da der Ökofonds ein Sondervermögen des jeweiligen Landesverbandes der GRÜNEN ist, kann also der Landesverband selbst jederzeit auf die DM 100.000 zurückgreifen.

Mit diesem Modell, daß hoffentlich bald realisiert werden kann, werden also Alternativ-Bank, Landesverband der GRÜNEN, Ökofonds und damit die antragstellenden Projekte gleichzeitig gefördert. Es ist sehr zu hoffen, daß der Meinungsbildungsprozeß bei den GRÜNEN in dieser Richtung voran schreitet. Denn aus den Ökofonds ist längst mehr als nur ein Geldvergabegremium geworden. Viele dieser Fonds beraten heute bereits alternative Projekte und Bürgerinis. Damit tragen sie nicht nur zur Vernetzung sondern auch zu einer neuen anderen Wirtschaftsordnung in diesem Staate bei.

Ökofonds Hessen
Hartwig Henze

Abo

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

NA KLAR! IHR BRAUCHT NUR AUSZUFÜLLEN, WEGSCHICKEN UND KOHLE ÜBERWEISEN – UND KÖNNT EUCH SELBST DAVON ÜBERZEUGEN.

Name: .....
Adresse: .....
Gruppe/Betrieb/Beruf: .....

Abo DM 24,– für Kollektive oder Arbeitslose, Studenten und Schüler/ sonst DM 36,– (incl. Versand)
Coupon ausgefüllt an Jutta Gelbrich, c/o Krebsmühle-Druckerei, Niederurseler Str. 7, 6370 Oberursel 5, einsenden und bitte sofort das Geld auf das Konto: Postgiroamt Frankfurt/Main, (BLZ 500 100 60) Konto-Nr. 3836 87 - 607 (J. Gelbrich) überweisen!

Abo

Über 20 Arbeitsplätze in Gefahr!

Bundesbahn will selbstverwalteten Betrieb ruinieren!

Zweijährige Auseinandersetzungen der Handwerker-Genossenschaft mit ihrem Vermieter um undichte Dächer, defekte Heizungsanlagen und dadurch entstandene Gebäudeschäden, die die Existenz der Genossenschaft bedrohen, gipfelten nunmehr in einer skandalösen fristlosen Kündigung.

Die Kündigung ist formal auf angeblichen Mietzahlungsverzug der Genossenschaft gestützt. Richtig ist aber, daß die Genossenschaft immer pünktlich ihre Miete gezahlt hat.

Tatsache ist ebenso, daß der Vermieter auf angezeigte Gebäudeschäden erst gar nicht, dann zögernd und ungenügend reagiert hat.

Wenn die Handwerker-Genossenschaft (HWG) in dieser existenziellen Notsituation von einem vertraglich gesicherten Zurückbehaltungsrecht Gebrauch gemacht hat, so ist dies unter rechtanwaltlicher Absprache dem Vermieter angekündigt worden.

Die Handwerker - Genossenschaft ist ein selbstverwalteter Betrieb im Handelshafen Mannheim. Die Anfänge der Genossenschaft als Produktionsstätte, heute ein Betrieb mit 21 Arbeitsplätzen, gehen auf das Frühjahr 1981 zurück. Was damals als kleines Schreinerkollektiv in Ludwigshafen begonnen wurde, hat sich heute in zwei gut funktionierende Handwerksbetriebe (eine Schreinerei und einer Kfz-Werkstatt) und einem Zentrum für Selbstverwaltung erweitert.

Ermöglicht wurde diese Expansion durch den Umzug des Betriebes im Januar 1983 auf das Mannheimer Gelände am Verbindungskanal linkes Ufer 20 - 24.

Seit Sommer 1984 befindet sich ein zweiter selbstverwalteter Betrieb, die Arbeiter-Selbsthilfe Mannheim auf dem Gelände.

Eine Eltern-Initiative organisiert seit 1983 ihre Kinderbetreuung.

Die beiden Betriebe organisieren eine gemeinsame Kantine, um dort ihre Verpflegung zu garantieren.

Der besondere Charakter dieses Betriebes wurde zu Beginn der Mietverhandlungen gegenüber der Vermieterin betont und war dieser von Anfang an umfassend bekannt.

Der Mietvertrag

Die Handwerker-Genossenschaft hat das Anwesen im Verbindungskanal ab 1.1.1983 auf die Dauer von fünf Jahren, das heißt bis 31.12.1987, von der Bundesbahn (DB), vertreten durch die Bau- und Grundstücksgesellschaft mbH (BGG), gemietet. Die HWG und die Vermieterin beschränkten den Mietvertrag vorläufig auf fünf Jahre, um das gegenseitige Risiko so gering wie möglich zu halten.

Um uns aber eine langfristige Planung und Entwicklung offenzuhalten, wurde der Genossenschaft von seiten der BGG sowohl eine jeweilige Mietverlängerung als auch ein Vorkaufsrecht im Mietvertrag eingeräumt. Diese Voraussetzungen waren für die HWG aus betriebsplanerischen Gründen ausschlaggebend, diesen Vertrag abzuschließen.

Das Gebäude war, bis auf einige Mängel, die die Genossen schriftlich festhielten, soweit für sie erkennbar, in mietfähigem Zustand.

Ein Dach als Schweizer Käse

Im Lauf der bisher zweijährigen Mietdauer traten immer wieder massive Dachundichtigkeiten und andere Gebäudeschäden auf, die trotz mehrfacher Anmahnung bis heute noch nicht beseitigt worden sind. Dadurch wurde z.B. die zweimalige Renovierung und Einrichtung einer Tagungsstätte zerstört, und konnte bis heute noch nicht in Betrieb genommen werden.

Insgesamt sind der Genossenschaft durch die aufgetretenen Gebädemängel erhebliche Schäden entstanden, die sich durch Sachschäden und Produktionsausfälle in der Bilanz der Firma niederschlagen und die Existenz der Genossenschaft bedrohen. Da die Genossen sehr viel Geld, Kraft und Idealismus aufgewendet haben, diesen Betrieb ohne finanzielle Unterstützung von außen auf die Beine zu stellen, wirken diese Schäden doppelt schwer. Die HGW befindet sich noch in der Aufbau- und Stabilisierungsphase. Diese Schäden bringen die Genossen um das Erfolgserlebnis, notwendige Etappenziele zu erreichen, um mit neuer Kraft und neuem Idealismus die nächsten Etappenziele zu stekken.

1987 – aus?

Ein zweiter wesentlicher Konflikt ergibt sich daraus, daß die HWG im Laufe der Auseinandersetzungen im Dezember 1983 erfahren hat, daß die DB nicht Eigentümerin des Geländes und der Gebäude ist, sondern ihrerseits nur Mieterin. Daraus ergab sich die Situation, daß sämtliche Verhandlungen bezüglich der Mietsache auf vollkommen falsche Tatsachen basierten. Weder durfte die DB eine Verlängerung des Mietvertrages anbieten, noch hätte sie ein Vorkaufsrecht einräumen dürfen. Eigentlicher Verhandlungspartner hätte das Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Hafenamt Mannheim, sein müssen.

Diese Behörde lehnt jedoch eine Weitervermietung über 1987 hinaus ab, mit der Begründung, daß das Gelände wieder „hafenspezifischer Nutzung" zugeführt werden müsse.

Hintergrund dieser Ablehnung ist die Tatsache, daß das Hafenamt bestrebt ist, alle hafenfremde Nutzungen zu verhindern, um eine größtmögliche Fläche für potentielle Hafenbenutzer zu erhalten.

Augenfällig ist aber, daß im gesamten Hafengebiet Mannheims noch unzählige Freiflächen, auch im Umfeld der Genossenschaft, zur Verfügung stehen.

Trotzdem soll einem Betrieb mit über 20 Arbeitsplätzen seine Existenzgrundlage entzogen werden.

Es ist jeweils eine Frage politischer Kraftverhältnisse, was auf dem Hafengebiet zugelassen wird. Sowohl Teile des Jungbusches mit Schule, Kindergarten, unzähligen Wohnhäusern und Vergnügungszentren, als auch z.B. die Wäscherei des Klinikums Mannheim gehören nicht zum Kreis potentieller Hafenbenutzer, befinden sich aber auf dem Hafengelände. Auch zahlreiche Handwerksbetriebe und Gaststätten haben ihren Platz im Hafen gefunden.

Foto: Handwerkergenossenschaft

Wie jeder andere Betrieb ist die HWG darauf angewiesen, langfristig zu planen und zu investieren. Sie befindet sich noch in der Aufbauphase und muß zur Stabilisierung und zur Erhaltung der Genossenschaft Investitionen vornehmen.

Die HWG befindet sich in einem Teufelskreis:

Einerseits bestehen Kreditmöglichkeiten in entsprechender Höhe aus Landesmitteln, die allerdings als wesentliche Grundlage einen langfristigen Mietvertrag voraussetzen. Das gleiche Land versagt der HWG andererseits aber eine Verlängerung des Vertrages über 1987 hinaus.

Welche Lösungen bieten sich an?

Viele Köche...

Die HWG hat es insgesamt mit vier Verhandlungsparteien zu tun: Einerseits die DB, vertreten durch die BGG, einer Makler- und Verwaltungsfirma, die der Genossenschaft faktisch bis 1987 als Untermieter das Gelände überlassen hat, ab diesem Zeitpunkt jedoch alle Rechte auf das Gelände verliert und es als Freigelände an das Land zurückgeben muß. Andererseits das Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Staatliche Hafenamt Mannheim, als Besitzerin.

Lösungen:

Es bieten sich zwei Verhandlungsebenen an:

I.
Die DB nimmt die Kündigung zurück und erfüllt ihren Vertrag, den den mietfähigen Zustand der Gebäude einschließt, und wir einigen uns über die Höhe der entstandenen Schäden. Gleichzeitig müssen Verhandlungen mit dem Land bzw. dem Staatl. Hafenamt geführt werden, um schon jetzt eine Zusicherung über den Fortbestand der Genossenschaft zu erreichen.

II.
Das Land bzw. das Staatl. Hafenamt entläßt die DB vorzeitig aus ihrem Vertrag und schließt mit uns einen langfristigen Vertrag über die Benutzung des Geländes und der Gebäude ab.

Hier bestünde für das Land und die Parteien die Möglichkeit, das vor Jahresfrist gegebene Versprechen einzulösen, alternative Betriebe zu unterstützen und zu fördern.

Die Handwerker - Genossenschaft hat seit ihrer Gründung immer die Idee verfolgt, Leben und Arbeit **in größerem Maße miteinander zu** verbinden. Die oftmals erlebte Trennung zwischen dem Achtstundentag und der Freizeit soll durch die Verbindung von Produktionsstätten mit sozialen und kulturellen Einrichtungen in unmittelbaren Zusammenhang gebraucht und aufgehoben werden.

Mit der jetzt ausgesprochenen fristlosen Kündigung wären nicht nur über 20 Arbeitsplätze vernichtet, sondern es wäre auch der Versuch, Leben und Arbeit selbstbestimmt zu organisieren, zum Scheitern verurteilt.

Diese konkrete Erfahrung eines selbstverwalteten Betriebs, in dem ohne öffentliche Mittel aus eigener Kraft 20 Arbeitsplätze geschaffen wurden und darüberhinaus zum Kristallisationspunkt für die Gründung weiterer Betriebe in Selbstverwaltung geworden ist, sollte sich die EG-Kommission (den Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten „lokaler Beschäftigungsinitiativen" derzeit wieder auf der Spur) mal Gründlich reinziehen.

Man muß sich die Schizophrenie deutlich klarmachen: auf der einen Seite das Gejammer um jeden verlorenen „ordentlichen" Arbeitsplatz (und mit diesem Gejammer die Begründung für die Fortdauer von Umweltsauereien, Atomindustrie und Rüstungswirtschaft) – und auf der anderen Seite die Liquidierung von 20 selbstverwalteten Arbeitsplätzen zugunsten von Freigelände im Industrie-(Hafen)-Gebiet.

Diese Schizophrenie hat durchaus System. Sie hat mit der Bewertung der Arbeit und der Arbeitsplätze zu tun, einer Bewertung, wie sie m.E. auch im Begriff der „lokalen Beschäftigungsinitiativen" zum Ausdruck kommt.

Vollwertige Arbeit ist da nicht gefragt. Hauptsache, die Leute sind von der Straße weg, sind „beschäftigt". Und wenn sie darüber hinaus sogar noch richtiges Geld verdienen und dem sozialen Netz nicht mehr zur Last fallen – umso besser.

Wann wird das endlich mal klar, daß in selbstverwalteten Betrieben sehr viel härter und konsequenter gearbeitet wird als „normal"? daß hier neben der Existenzsicherungsarbeit noch unbezahlte gesellschaftliche Entwicklungsarbeit geleistet wird, daß gleichzeitig kulturelle und soziale Defizite ausgeglichen werden – und daß nicht selten Mitglieder selbstverwalteter Betriebe an einem solchen Übermaß an Arbeit verzweifeln und aufgeben. Die gesellschaftliche Anerkennung selbstverwalteter Arbeit, der Respekt vor dem, was hier geleistet wird, ist längst überfällig.

Wir bitten alle CONTRASTE-Leser um die Unterstützung der Handwerkergenossenschaft und der ASH in Mannheim.

Besonders hilfreich sind Angebote auf Übernahme von Bürgschaften oder direkten Krediten für den Fall, daß beim Prozeß akuter Geldbedarf entsteht.

Hilfreich können aber auch Kontakte zu Gewerkschaftern, Parteifunktionären und anderen Personen „des öffentlichen Lebens" sein, die sich für die Mannheimer einsetzen würden.

Und schließlich wird jedes Hilfsangebot, jede Kontaktaufnahme den Mannheimern zeigen, daß sie nicht alleine stehen und ihnen damit den Rücken stärken.

Die Redaktion

Lauschaktion in der Staatskanzlei

Fortsetzung von Seite 1

Herr T.: Sehen Sie, ganz unwichtig sind die Ansprüche natürlich nicht. Ohne diese Ansprüche wären die Alternativen nicht alternativ. Die Ansprüche setzen Phantasie frei, produzieren neue Ideen, schaffen neue Motivationen. Diese Ansprüche führen dazu, was Neues auszuprobieren und persönliche Risiken einzugehen. Deshalb ist es auch gut, wenn diese Leute nicht so denken wie wir.

Senator P.: *Na schön, aber was kommt dabei für uns rüber. Sie haben doch behauptet, die alternativen Betriebe würden an unserer Politik mitarbeiten.*

Herr T.: Das versuche ich ja gerade zu erklären. Ich meine, daß diese Leute nicht bewußt, sondern objektiv für unsere Ziele arbeiten. Nehmen wir einfach ein paar Beispiele. Daran kann ich Ihnen verdeutlichen, daß die Alternativen – sozusagen ohne es zu wollen – in unsere neue Wirtschafts- und Sozialpolitik passen.

Senator P.: *Meinen Sie im Ernst, daß die Alternativen so blöd sind?*

Herr T.: Sehen Sie, mit „blöd" hat das überhaupt nichts zu tun. Die ganze Sache funktioniert deshalb, weil die Leute überzeugt sind, daß sie ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse vertreten. Die wollen sich ja selbst und die Gesellschaft verändern; die haben aber noch nicht begriffen, daß auch wir bereits dabei sind, einige Veränderungen durchzuführen. Denken Sie nur an die alternativen Forderungen nach „Dezentralisierung" oder „weniger Staat" oder Eigeninitiative und Selbsthilfe. Das machen wir doch alles schon. Und deshalb gibt es hier eine gewisse Interessenparallelität.

Senator P.: *Nun werden Sie bitte doch endlich mal ein bißchen konkreter. Sagen Sie mir, in welchen Fragen wir mit den Alternativen rechnen können.*

Herr T.:Gewiß, gewiß... entschuldigen Sie bitte. Ich dachte, es könnte Sie interessieren... Also, zur Sache: Die Bedeutung des alternativen Wirtschaftssektors für unsere Politik möchte ich entlang von drei Thesen verdeutlichen. Lassen Sie mich zunächst kurz die Rahmenbedingungen skizzieren. Seit wir Christdemokraten in der Regierungsverantwortung in Berlin stehen, arbeiten wir an einer durchgreifenden Modernisierung und Umstrukturierung der Wirtschaft. Wir subventionieren nicht wie bisher veraltete Fertigungsbetriebe, sondern lassen staatliche Förderungsmittel gezielt den zukunftsorientierten Wirtschaftszweigen zukommen, die wirtschaftliches Wachstum, technologischen Fortschritt sowie modernen Produktions- und Verfahrenstechniken versprechen und auch jetzt schon ermöglichen. Wir retten nicht mehr ökonomisch chancenlose Unternehmen, sondern fördern die Wettbewerbsfähigen. Mit einem Satz: Wir machen Strukturpolitik.

Wenn wir diesen wirtschaftlichen Strukturwandel aktiv betreiben, können sich die Alternativen durchaus als nützlich erweisen.

Erstens: In einigen Sektoren liefern sie Erfahrungen und Modelle, wie Klein- und Mittelbetriebe in diesen Strukturwandel einbezogen werden können. Zu nennen sind hier Kollektivbetriebe, die Zulieferfunktionen für die Großen erfüllen oder bereitwillig die Aufgaben aufgelöster Abteilungen in Großbetrieben übernehmen. Solche Betriebe erweisen sich als ideale Kooperationspartner, weil sie meist kostengünstiger arbeiten, die Positionen der Gewerkschaften schwächen und von der Betriebsstruktur flexibel sind. Das heißt unter anderem, daß die Kolektivmitglieder auch bereit sind, sich mit sehr geringen Löhnen zufrieden zu geben, wenn die Auftragslage das erfordert.

Senator P.: *Dann genießt bei diesen Leuten die Tatsache eine sehr große Bedeutung, daß sie keine Chefs haben und sie ihre Arbeit selbst organisieren können. Dagegen habe ich in der Tat nichts einzuwenden.*

Herr T.: Genau. Weiterhin gibt es Kollektive, die für uns sehr nützliche Entwicklungen vorantreiben. Ich denke da an kleinteilige Experimente ökologischer Baumaßnahmen oder an Entwicklungsarbeiten zu Fragen alternativer Energie. In mehreren Fällen ist es uns bereits gelungen, eine Kooperation mit diesen Kollektiven herzustellen. So gewinnen wir Erkenntnisse zu Problemen, um die wir schon auf mittlere Sicht nicht herumkommen, und das beinahe kostenlos. Und außerdem – dies nur nebenbei bemerkt – läßt uns diese Zusammenarbeit als problembewußt, liberal und zukunftsorientiert dastehen.

Senator P.: *Das klingt nicht schlecht. Aber bitte fahren Sie fort.*

Herr T.. Ich komme nun zu meiner zweiten These. Sie beinhaltet, daß viele alternative Betriebe uns helfen, einige Probleme auf dem Arbeitsmarkt abzudämpfen. Sie lösen zwar unsere quantitativen Schwierigkeiten in keiner Weise – sie schaffen ja bekanntlich kaum neue Arbeitsplätze –, aber binden doch zumindest eine für uns unbequeme Teilgruppe von Arbeitslosen. Ich meine jene Gruppen von Ungelernten sowie von Studienabbrechern und Jungakademikern, für die wir sowieso nichts anzubieten hätten bzw. die auch garnicht bereit und fähig wären, sich der ordentlichen Disziplin einer anständigen Arbeit zu unterwerfen.

Senator P.: *Meinen Sie damit Lernbehinderte und verhaltensgestörte Personen?*

Herr T.: Nein, nein, diese Begriffe treffen den Sachverhalt nicht ganz. Ich habe eher solche Personen im Auge, die ihre Energien eher kriminellen oder politischen Aktivitäten widmen würden und die zum Teil auch als stark suchgefährdet gelten. Diesen jungen Leuten tut es gut, in Kollektiven zu arbeiten: sie stabilisieren sich dort; sie erfahren dort emotionale Betreuung und das Gefühl der Gemeinschaft; sie bauen neue Perspektiven auf; und schließlich lernen sie den Wert der Arbeit wieder zu schätzen. Sie glauben gar nicht, welch wichtige Rolle in diesen Prozessen die in den Kollektiven gepflegten Ansprüche spielen.

Senator P.: *Wenn ich Sie recht verstehe, werden durch diese Mechanismen nicht nur unsere staatlichen Sozialleistungen weniger beansprucht. Die Kollektivleute treten auch in der – äh, wie sagt man schnell – politischen Öffentlichkeit als Störer weniger in Erscheinung, weil sie nun mehr mit sich, ihrem Kollektiv und ihrer Arbeit beschäftigt sind.*

Herr T.: Das sehen Sie völlig richtig. Das ist gewissermaßen die sozialpolitische Seite der Kollektivbetriebe. Unter diesem Gesichtspunkt sollten wir auch mögliche Förderungsprogramme für Alternativ- und Selbsthilfegruppen diskutieren: Ich hielte es für das sinnvollste, auf jeden Fall Fördergelder auszuschütten. Und zwar – hm, hm, Sie werden es schon ahnen – gerade ausreichend viel, damit die einzelnen Projekte zu Investitionen und finanziellen Risiken ermuntert werden. Aber andererseits wenig genug, daß ein Konkurrenzkampf um diese Gelder entbrennt und die Kollektive bei Annahme der Förderung nicht ihre eigenen Ansprüche aufgeben müssen. So ist meines Erachtens dafür gesorgt, daß in den einzelnen Gruppen genügend Diskussionsstoff und Gruppendynamik vorhanden ist.

Senator P.: *Das klingt gar nicht dumm.*

Herr T.: Und das Politikum an der Sache ist, daß es schon jetzt deutliche Anzeichen dafür gibt, daß der traditionelle links-alternative Oppositionsblock Auflösungserscheinungen zeigt.

Senator P.: *Das mag sehr wohl zutreffen. Erst kürzlich erzählte mir Kollege Fink, durchaus sozial-engagierte Projektvertreter hätten ihm zu verstehen gegeben, mit dem CDU-Senat lasse es sich besser verhandeln als mit den alten Bürokraten sozialdemokratischer Prägung. Bei uns könne man mit mehr Verständnis rechnen.*

Herr T.: Vielleicht ist meine Einschätzung ja etwas vorschnell. Aber es scheinen sich tatsächlich politische Umgruppierungen zu vollziehen. Gerade die Wintertage haben gezeigt, daß die alternative Bewegung sich stark ausdifferenziert. Ich glaube, wir sollten verstärkt jenen Teilen unsere wohlwollende Aufmerksamkeit schenken, die stadtteilorientiert und ortsbezogen arbeiten.

Senator P.: *Das geht mir zu schnell. Das sollten Sie etwas genauer erläutern.*

Herr T.: Das hatte ich gerade vor. Meine dritte These lautet nämlich, daß die Kollektive neue Formen des sozialen Lebens erproben, die wir in Kürze in wesentlich allgemeinerer Form haben werden. Denken Sie etwa an die Kombination von Leben und Arbeiten. Das werden wir bald überall haben, wenn es die neuen verkabelten Heimarbeitsplätze gibt. Wie wir dann den zu erwartenden Psychoterror in den Familien auffangen können, vielleicht können wir hier einiges von den Alternativen abgucken: Mir schwebt da so etwas wie ein kiezbezogenes Kulturprogramm vor, eine kulturelle und soziale Infrastruktur, in der den Leuten eine emotiole Abfuhrmöglichkeit offensteht. Gewissermaßen etwas, wo man sich mit identifizieren kann, in die man sich aktiv einbringen kann, allerdings ohne dadurch gesellschaftlich und politisch etwas ändern zu können.

Eine andere Überlegung betrifft die auf den Wintertagen diskutierte Absicht, ortsbezogene wirtschaftliche Netze aufzubauen. Wenn uns ein solches Vorhaben politisch nicht aus der Hand gleitet, so sollten sich dagegen kaum Einwände finden lassen. Vorausgesetzt, die Entwicklung der Arbeitslosigkeit behält weiterhin ihren negativen Trend – und daran wage ich nicht zu zweifeln – vorausgesetzt weiterhin die Mieten steigen wie geplant, dann sehe ich in dieser Rückkehr zu Selbstversorgung und Subsistenzwirtschaft ein durchaus brauchbares Modell zur Abdämpfung von Armut. Wir sollten sogar überlegen, ob solche Konzepte nicht auch auf Stadtteile übertragbar sind, in denen kaum Angehörige der alternativen Szene leben. Die Erfahrungen zum Beispiel aus Kreuzberg sollten uns Mut machen: Sie zeigen, wie Leute mit wenig Geld und kaum garantierten Arbeitsplätzen doch offensichtlich ihr zufriedenes Auskommen haben.

....aus der Gerüchteküche

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Original aus dem hessischen Landtag

Die CDU und die Selbstverwaltung

In der Debatte im hessischen Landtag vom 31.10.84, deren Protokoll uns vorliegt, ging es u.a. um das zwischen GRÜNEN und SPD vereinbarte 7-Millionen-Programm zur „Förderung der alternativen Wirtschaftsformen". Darüber haben wir ja nun schon mehrfach recht ausführlich berichtet. Was aber geht in den Köpfen von CDUlern vor, wenn sie sich mit einer rot-grünen Regierungsmehrheit konfrontiert sehen, die tolerant genug ist, Selbstverwaltung als eine gleichberechtigte Form des Wirtschaftens anzuerkennen?

Wir dokumentieren im Folgenden Auszüge aus diesem Protokoll. In voller Länge kann es bezogen werden (gegenKostenerstattung) beim Verband der selbstverwalteten Betriebe in Hessen, Leibnizstr. 5, 6 Frankfurt a. Main.

Küchler (CDU):

„Der Haushaltsansatz über alternative Wirtschaftsformen ist eines der Beispiele, die die Veränderung der hessischen Landespolitik und ihrer Zielrichtung, abweichend von jedem Wählerauftrag und von jeder vorherigen Versprechung, am deutlichsten ausweisen.

Der ganze Widerspruch und die ganze Unsicherheit, vor die das Land und insbesonders natürlich auch dieser Landtag in der Beurteilung dieses Haushaltsansatzes gestellt sind, treten hier zutage.

Es wurde u.a. vereinbart, der Haushaltsansatz diene ganz ausdrücklich dazu, eine Alternative zum herrschenden Wirtschaftssystem zu entwickeln. Es ist diese Aussage, die sich im Verhandlungsergebnis der rot-grünen Partner vom 4. Juni 1984 wiederfindet, die jetzt auch die Unterschrift des Ministerpräsidenten trägt, die uns hier veranlaßt, nachzufragen und nachzubohren und sie zum Bekenntnis zu zwingen.

Wir müssen in die Lage versetzt sein, zu beurteilen, ob dieser Schritt eine ordnungspolitische Dimension hat oder ob er nur eines der vielen Trostpflaster ist, die die Landesregierung in diesen Zeiten den GRÜNEN zuschiebt.

Beides – das will ich ruhig sagen, und ich will versuchen, es zu beweisen – wäre in höchstem Maße bedenklich, freilich mit ganz unterschiedlicher Bedeutung und mit verschiedener Gewichtung.

Lassen Sie mich dazu einige Gedanken äußern, die in die Anfangsjahre unserer Bundesrepublik zurückgehen, als es zwischen den beiden großen Parteien, zwischen den damaligen Parteien überhaupt, eine harte, fundamentale, tiefgreifende, mit hohem Ernst und mit großem Anspruch geführte Kontroverse, eine geistige Auseinandersetzung par exellence um das künftige wirtschaftliche Ordnungssystem der Bundesrepublik Deutschland gegeben hat.

Die vorläufige Entscheidung in dieser Frage, die in den Gremien des Vereinigten Wirtschaftsgebietes seinerzeit gefallen war, hatte epochale Bedeutung. Die Fortdauer der Auseinandersetzung noch in der 1. Wahlperiode des Deutschen Bundestages gehört zum Rüstzeug eines jeden, der sich hierzulande grundsätzlich äußern will. Von dem glückhaften Überwiegen der marktwirtschaftlichen Kräfte und deren sozialer Einbindung gegenüber den kollektivistischen Vorstellungen hat unser Land über Jahrzehnte hin in all seinen Strukturen profitiert,

(Beifall bei der CDU)

haben die Menschen in unserem Lande eine ordnungspolitisch vorgedachte, freiheitlich bestimmte und sozial verantwortete Wirtschaftsordnung mitgestalten können. Es ist ihre Aufgabe, hier darzulegen, ob sich die Landesregierung die Zielsetzung der zitierten Papiere nach der Entwicklung einer Alternative zum herrschenden Wirtschaftssys-

Fortsetzung S.4

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Die CDU und die Selbstverwaltung

Fortsetzung von Seite 3

tem zu eigen macht, ob demzufolge die Veranschlagung von Haushaltsmitteln für die Förderung dieser Wirtschaftsformen zugleich den Willen der Landesregierung für eine mehr kollektivistische, lenkende Wirtschaftspolitik darstellt. Wir wollen wissen, ob dieses Regierungshandeln und der Satz des Ministerpräsidenten, „dies ist nur mit uns zu machen", im Zusammenhang mit dem Grundsatzprogramm der Jusos stehen, in dem es heißt:

> Gesellschaftliche Bedürfnisse müssen zum Ausgangspunkt von Planungen gemacht werden.

Wir wollen wissen, ob die schon bei Herbert Marcuse vorgedachte Auffassung, die von den GRÜNEN an vielen Stellen ihres Programms übernommen wurde, es müßten staatliche Korrekturen für die falschen Bedürfnisse und das falsche Bewußtsein der Menschen vorgesehen werden, zum Programm der Landesregierung gehört."

Deswegen ist die Landesregierung aufgefordert, darzulegen, ob der hier vollzogene Schritt auf der Grundlage solcher Diskussionen ist, ob er also von hoher wirtschaftstheoretischer Bedeutung und unendlicher praktischer Auswirkung auf das Land ist. Vor allen Dingen aber muß die Landesregierung bekunden, ob der hier vor dem Landtag ausgerufene Satz des Kollegen Kerschgens „Ja, in diesem Sinne wollen wir eine andere Republik!" und die im Papier, das der Ministerpräsident mit unterschrieben hat, enthaltene Zielsetzung die Hauptursachen für diesen Haushaltsansatz darstellen.

Wenn dies so ist, meine Damen und Herren – und wir werden Sie an dieser Frage immer wieder festmachen –, dann müssen Sie mit uns in eine lange ordnungspolitische Debatte eintreten, in der all diese Fragen, die ich mit knappen und wenigen Sätzen hier angeschnitten habe, ihre Klärung finden."

Da aber auch der Abgeordnete Küchler wohl nicht ernsthaft an eine Verschwörung zur Weltrevolution glauben will, beschäftigt er sich im Folgenden mit den selbstverwalteten Betrieben selbst.

„Es mangelt heute und in übersehbarer Zukunft an einer verwertbaren Definition des Begriffs der alternativen Wirtschaft, wenn nicht planwirtschaftliche Systeme gemeint sein sollten. Wenn aber die Landesregierung und die Mehrheit des Landtages es für richtig gehalten haben, einen solchen nicht unbeträchtlichen Haushaltsansatz in den Haushalt zu schreiben, dann muß hier erklärt werden, wofür und aus welcher Veranlassung dieses Geld ausgegeben werden soll.

Letzen Endes handelt es sich hier bei den 7 Mio DM nur um einen Einstiegsbetrag. Wir haben in dem jetzigen Entwurf die Fortschreibung auf derselben Höhe, und wir können mit einer Ausweitung rechnen.

Dabei ist zu bedenken, daß der überwiegende Teil der alternativen Betriebe nach heutiger Erkenntnis aus eigener Kraft nicht lebensfähig ist und auch nicht lebensfähig wird. Weil die Motivation vieler Teilnehmer an diesen Produktionsvorgängen, wie die Erfahrung zeigt, eher in persönlicher Selbstverwirklichung, wogegen wir nichts haben, liegt, eher den Charakter der Freizeit- und Eigenarbeitsprojekte trägt als den der Begründung einer gesicherten beruflichen Existenz, können auch die Maßstäbe, die für den Ablauf von beruflicher Betätigung gelten, hier nur schwer Zugang finden. In den meisten Fällen sind die Mitarbeiter dieser Projekte auch auf andere Einkommensquellen zusätzlich angewiesen, insbesondere auf staatliche Zuweisungen oder auf Teilzeitarbeit in anderen normalen gewerblichen Sektoren.

So wird es in dem oben zitierten Programm der GRÜNEN selbst zugeben. Die Erkenntnis, daß diese Produktionen in den Betriebsstätten, die gemeint sind, in den seltensten, fast in keinem einzigen Falle in der Lage sind, sich selbst zu finanzieren, liegt also bei den Befürwortern der Projekte selbst vor. Was heißt dies aber anderes, als daß diese wirtschaftlichen Vorgänge nur mit Hilfe staatlicher Förderung und aus der Verweigerung womöglich ihrer Träger, Steuern zu zahlen, existenzfähig sind!

Diese Feststellung trifft unter anderem der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit im Jahr 1981, also zu einer Zeit, in der Sozialdemokraten die Verantwortung für dieses Ministerium hatten.

Wenn man sich diese Diagnose des damaligen Bundesministers zu eigen macht, wenn man bereit ist, diese Sachzwänge anzuerkennen, dann heißt dies zwingend, daß die Überlebensfähigkeit der alternativen Betriebe, wie sie hier beschrieben sind, zum größten Teil von der Leistungs- und Steuerkraft herkömmlicher Wirtschaftsunternehmen abhängig ist, also vom Funktionieren des herrschenden Wirtschaftssystems.

Es handelt sich dann doch um eine ständige Alimentierung durch die Solidargemeinschaft zum Nutzen der Alternativen, eine Dotierung, die nur möglich ist, wenn sich die breite Mehrheit der Bürger unseres Landes den Regeln normalen Wirtschaftens anpaßt, sich also im herrschenden Wirtschaftssystem und seinen Ordnungsprinzipien einordnet und dann genug hergibt, um die individuellen alternativen Wünsche einiger weniger zu befriedigen.

Es hat in den vergangenen Jahren immer wieder Diskussionen darüber gegeben, wieweit staatliche Subventionen für Unternehmen, die in Schwierigkeiten geraten sind, zu rechtfertigen waren. In jedem Fall konnte eine Rechtfertigung, wenn überhaupt, nur sozial begründet werden, also zur Sicherung und Erhaltung von Arbeitsplätzen. Von uns ist immer wieder klargemacht worden, daß jede Hergabe öffentlicher Mittel in diesem Bereich, wenn überhaupt, nur dann verantwortbar ist, wenn eine dauerhafte Konsolidierung dieser Wirtschaftseinheiten in Aussicht steht und wenn zudem – wogegen zugegebenermaßen oft genug verstoßen wurde – der Wettbewerb zwischen ganz großen, mittleren und kleinen Einheiten dadurch keine unzulässige und systemschädigende Verzerrung erfährt.

Um wieviel mehr muß es sinnlos erscheinen, Wirtschaftsformen zu fördern oder gar neu zu installieren, deren dauernde Subventionsbedürftigkeit von vornherein feststeht und die dazu noch mit dem Ziel einer Systemveränderung ohnegleichen begründet werden!"

In dieser Logik ist klar, wohin die selbstverwalteten Betriebe gehören: in die Rolle des Bittstellers. Und in dieser Rolle könnten sie dann durchaus mit der Hilfsbereitschaft der CDU rechnen.

Auch die CDU hat ja ihre alternativen Modellprogramme, und für die folgenden deutlichen Worte sei dem Abgeordneten Küchler hier gedankt:

„Nun gibt es Notwendigkeiten, zu helfen: im Bereich der sozialen Fürsorge, der Sozialpolitik schlechthin. Dies, meine Damen und Herren, steht nicht zur Diskussion. Hier reihen wir auch die Bemühungen des Sozialsenators in Berlin ein, der ein ähnlich umfangreiches Programm, aber mit der klaren Zielrichtung sozialpolitischer Prägung aufgelegt hat.

Diesem Programm – das will ich hier gleich ausführen und mit aller Deutlichkeit sagen – wohnt nicht die allergeringste ideologische Begründung systemverändernder Zielrichtung inne. Es ressortiert deswegen richtig in der Sozialbehörde und hat einen klaren systemstabilisierenden Auftrag. Es ist klar definiert als eine psychosoziale Ergänzung zur staatlichen Gesundheits- und Sozialpolitik. Ihm ermangelt es glücklicherweise an jeder ordnungspolitischen und wirtschaftstheoretischen Dimension. Es gibt dort eine verfaßte, deutliche und auch eingehaltene Überprüfung von Mängeln und Mißbrauchskomplexen. Beides, die ausschließliche Ausrichtung auf soziale Ziele wie auch die systemkonformen klaren Richtlinien für Hergabe und Überprüfung, fehlen bis heute dem hessischen Programm.

Für diejenigen, die sich den Ordnungsregeln unseres Landes unterwerfen, ist es schlechthin unerträglich, daß erklärtermaßen mit den von ihnen erwirtschafteten Abgabebeträgen dieses herrschende Ordnungssystem aus den Angeln gehoben werden soll."

Nach diesen mehr grundsätzlichen Ausführungen muß nun nach den Regeln des Rhetorik-Grundlehrgangs natürlich am Einzelbeispiel aufgezeigt werden, welch böse Buben das eigentlich sind, die da unter dem Tarnbegriff „alternativ" die ordnungspolitischen Grundlagen d. u. L. aushöhlen.

„Es gibt sogenannte alternative Produktionsstätten, die glauben, bestimmte Gesetze im sozialen, ökologischen, Sicherheits- und Ausbildungsbereich seien für sie nicht existent.

(Koch, CDU: Tarife auch!)

Diese reklamieren eine Befreiung von solchen gesetzlichen Auflagen und auch von allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträgen, das will ich hinzufügen, mit der Begründung, ihre Produktion geschehe aus einem höheren ethischen Wert und nicht aus dem schnöden Grundsatz der Erzielung von Gewinn.

Es gibt ein Beispiel in dem Wahlkreis, den ich hier vertrete, wo sich nun schon mehrfach die Mißachtung solcher Regeln zeigt. In dieser alternativen Betriebsstätte in Oberursel, die der Landtagsfraktion der GRÜNEN zutiefst verbunden ist, bestehen 14 oder 15 Ausbildungsverhältnisse, die nach dem Förderprogramm der Landesregierung gefördert werden. Die alternative Betriebsstätte hat dafür dem Vernehmen nach bisher einen Betrag in der Größenordnung zwischen einer halben und 1 Million DM erhalten.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

In einem mir vorliegenden Schriftsatz der alternativen Betriebsstätte an den Schulleiter der Kreisberufsschule in Oberursel wird der Bezifferung der Mittel durch den Schulleiter – dieser sprach von 400.000 DM – höhnisch widersprochen mit der Feststellung, etwas mehr sei es schon. Warum dies hier Erwähnung findet, ist aber folgendes:

Erstens. Der Ausbildungsbetrieb verstößt vorsätzlich gegen das Schulpflichtgesetz durch Zurückhaltung vom Unterricht.

(Zuruf des Abg. Schoppe, CDU)

Zweitens. Der ausbildende Meister hält den Berufsschulunterricht für eine von oben kommende, nicht basisbezogene Regelung und deswegen für nicht sinnvoll. Die Auszubildenden werden in diesem Sinn berufsschulfeindlich beeinflußt.

(Zuruf von der CDU: Ein Skandal ist das!)

Drittens. Die Abschlußprüfung wird nicht als das Ziel der Ausbildung angesehen, sondern nur die Produktion in freier Selbstverwaltung.

Viertens. Die Auszubildenden lehnen die Schulordnung ab.

(Kerschgens, GRÜNE: Wie die CDU)

und verweigern wie der Betrieb eine unterschriftliche Kenntnisnahme derselben.

Meine Damen und Herren, dies sind nicht meine Diagnosen des Vorgangs, diese gravierenden Vorhalte sind Wort für Wort in einem Bericht des Schulleiters an den Kultusminister vom 28. März enthalten.

(Zuruf des Abg. Schoppe, CDU - Badeck, CDU: Hört, Hört! – Rösler, CDU: Und was hat der dazu gesagt?)

– Das soll er hier erklären.

(Sturmowski, CDU: Er ist nicht da!)

Der gesamte Schriftverkehr, die höhnischen Feststellungen des alternativen Betriebes in einer Hauszeitung des alternativen Betriebes, sind dokumentiert. Die staatlichen Behörden sind darin lächerlich gemacht worden.

In dem umfangreichen Schreiben der alternativen Betriebsstätte an den Schulleiter, das dort veröffentlicht ist, heißt es höhnisch:

„Sie hätten die Chance gehabt, mit uns zusammen an dieser Stelle modellhaft Neues zu entwickeln, aber Sie haben sich damit überfordert gefühlt. Daraus können wir Ihnen noch nicht einmal einen Vorwurf machen. Es sind immer nur wenige gewesen, die die Zeichen sich anbahnender Grundsätze gesellschaftlicher Veränderungen erkannt haben, und es waren immer noch weniger, die sich in solchen Zeiten darangemacht haben, in diesen Veränderungen adäquate neue gesellschaftliche Strukturen zu entwikkeln."

Ich stelle fest: Dies ist ein erbärmlicher Zynismus gegenüber einem verdienten Schulleiter.

(Beifall bei der CDU)

Es ist zugleich ein ungeheurer Anspruch, der hier von dem Ausbildungsleiter der alternativen Betriebsstätte in Oberursel postuliert wird, und es ist, hineingestellt in die Erfahrungen der Geschichte, auch ein gefährlicher Anspruch. Jeder, der sich mit den wenigen, die in der Geschichte solche Entwicklungen bewirkt haben, befaßt hat, wird die Brisanz des Ausspruchs und die Gewalt des Anspruchs einordnen können.

Dieser Anspruch ist aber auch ein willkommener Maßstab, meine Damen und Herren, Handeln und Zielsetzung der Landesregierung zu messen.

Ich frage Sie, ob Sie sich zu solchem Handeln der von Ihnen unterstützten alternativen Wirtschaft bekennen. Ich frage den Kultusminister,

(Troeltsch, CDU: Der muß geholt werden!)

ob er den Ausstieg der mit staatlichen Mitteln geförderten Betriebsstätte aus dem staatlichen Berufsschulsystem gutheißt, und ich frage die gesamte Landesregierung, ob mit der Veranschlagung von Fördermitteln für alternative Wirtschaftsformen die hier geforderten gesellschaftlichen Strukturveränderungen erwünscht und angestrebt sind. Ich frage aber auch mit diesem Beispiel alle, die in diesem Land mit Ausbildung befaßt sind, die zigtausend Meister in eigenen Handwerksbetrieben, die Industriemeister in den großen Einheiten unserer Wirtschaft, die Ausbilder bei Banken und Versicherungen, die Tausende von Lehrern an unseren beruflichen Schulen, ich frage sie alle, ob sie sich diesen Hohn auf ihre Tätigkeit gefallen lassen wollen,

(Beifall bei der CDU)

ob sie duldend und ruhig zusehen wollen, wie die Landesregierung durch Veranschlagung von Mitteln für solche Tendenzen mit dieser Zielsetzung ihre Lebensaufgabe beiseite schiebt.

(Beifall bei der CDU)

Diese Besorgnis geht hin bis zur Frage, ob nicht ausbildungswillige Betriebe, denen keine Fördermittel zuteil werden, sich angesichts solcher Tendenzen zur Systemveränderung ihrer Ausbildungsaufgabe weiterhin stellen.

Und vom konkreten wieder zurück zum großen Wurf:

Seit eineinhalb Jahren hören wir in diesem Landtag die unentwegte Rechtfertigung von Regelverletzungen durch die Fraktion der GRÜNEN auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Hier bahnt sich nun eine Regelverletzung sondergleichen mit Billigung der Landesregierung an. Der Verstoß einiger gegen die geltenden Rahmengesetze und die Ordnung der Wirtschaft und das Ausbildungssystem wird noch durch die Hergabe staatlicher Mittel sanktioniert und gefördert. Hier ist größte Wachsamkeit geboten. Hessen darf nicht zu einer Insel staatlich geduldeter und geförderter Regelverletzungen werden.

In einer Publikation, die kürzlich erschienen ist und Bezug nimmt auf Verhandlungen des hessischen Ministeriums für Wirtschaft und Technik mit Vertretern alternativer Betriebe, kommt der Verfasser des Artikels zu dem Schluß, daß praktikable, im Rahmen der Rechtsordnung liegende Richtlinien wohl nicht gefunden werden können, um die Ausgabe der Mittel zu rechtfertigen. Seine Ausführungen enden mit dem Schlagwort: Mauscheln oder verzichten. Wir werden nicht zusehen, daß Hessen zu einer Mauschelrepublik wird.

In seiner Regierungserklärung hat der Ministerpräsident bekundet, die Wirtschaftsförderungspolitik des Landes beziehe sich bei den alternativen Wirtschaftsformen auf die Gründung neuer Genossenschaften und beabsichtige, dort lediglich Starthilfe zu geben.

Fortsetzung S.4

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Fortsetzung von Seite 4

Wir fragen auch hier die Landesregierung, ob dies wirklich ihre verfaßte Meinung ist und ob sie sich damit dann endgültig von der Zielsetzung der ursprünglich zwischen Rot und Grün vereinbarten Thesen verabschiedet hat. Wir machen darauf aufmerksam, daß gerade für Genossenschaften ein sehr strenges, enges, striktes Ordnungssystem besteht, daß es dort insbesondere Prüfungsverpflichtungen gibt, wie sie bei keiner anderen Gesellschaftsform bestehen, und daß dem gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungsverband auch das Recht einer Gründungsprüfung zukommt, was es sonst nirgends gibt. Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, daß jede Genossenschaft ihre verantwortliche Unternehmensleistung haben muß. Vorstände der Genossenschaften müssen einer dem Unternehmenszweck adäquaten Qualifikation entsprechen und die Eignung haben, die Geschäfte in eigener Verantwortung zu führen. Die Grundungsprüfung erstreckt sich auf die Eigenkapitalausstattung und die Wahrscheinlichkeit, die Anlaufkosten darstellen zu können.

Ich erwähne dies nur, weil dies mit alternativer Gesinnung nur sehr wenig, wenn überhaupt etwas zu tun hat und weil dies diametral dem kollektivistischen Gedankengut der Gesamtverantwortung aller, die in diesen Betrieben tätig sind, widerspricht. Auch diese kollektivistische Gesamtverantwortung ist in den Papieren ausdrücklich als Ziel erklärt. Sie widerspricht zutiefst dem Genossenschaftsgedanken.

Ich stelle fest: Dem Begriff der alternativen Wirtschaftsform mangelt es an tragfähiger wissenschaftlicher Definition. Es fehlt jeder Ansatz für eine theoretische Abgrenzung.

(Beucker, SPD: Das war bei den Frühsozialisten auch so!)

Es fehlt jede verwertbare praktische Erfahrung außerhalb der sozialen Fürsorge. Wir befürchten, es entsteht ein Spielfeld für unentwegte und nicht durchsichtige Regelverletzungen. Wir vermissen eine Stellungnahme der Landesregierung zu den systemverändernden Parolen der rot-grünen Papiere.

Wir sind bereit, wie seinerzeit, die geistige Auseinandersetzung um die Wirtschaftsordnung in unserem Land zu führen, von neuem und konsequent in der Tradition und in der Zukunftsperspektive der sozialen Marktwirtschaft, dem freiheitlichsten, sozialsten und insgesamt erfolgreichsten Wirtschaftssystem, das es auf der Erde gibt.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind bereit, über die ordnungspolitische Orientierung dieses Wirtschaftssystems die Klingen mit unseren politischen Gegnern zu kreuzen, und wir sind unendlich wachsam, wenn die Ankündigung derjenigen, die eine andere Republik wollen, zu Motiv und Gegenstand von Regierungshandeln wird.

Wir sind aber genauso entschlossen, die Lächerlichkeit solcher staatlichen Bemühungen und Handlungen offenzulegen, die ohne geistige und theoretische Fundierung, ohne wirtschaftspolitische Perspektive schlechthin wie ein Trostpflaster zwischen Verhandlungspartnern zum Zwecke der Bündnisgestaltung und -erhaltung hin- und hergeschoben werden.

Wir wissen heute noch nicht, wohin Sie mit dieser Inszenierung wollen, ob es wirklich die Dimension der Systemveränderung gibt oder ob gutes Steuergeld den GRÜNEN und ihren Substrukturen nachgeworfen wird und dort in kontrollierbaren Kanälen versickert.

(Beifall bei der CDU)

Bekennen Sie, meine Damen und Herren der Landesregierung, dem Hessischen Landtag, was Sie mit diesem Vorhaben bezwecken.

Vergessen Sie dabei nicht, dies an den markigen Worten, die ich zitiert habe, am Wunsch nach einer anderen Republik und einer Alternative zum herrschenden Wirtschaftssystem, festzumachen."

Soweit die Fraktion der CDU und ihr Sprecher Küchler. Wir haben sehr ausführlich zitiert, weil ähnliche Begründungen überall dort zu erwarten sind, wo in rot-gründen Verhandlungen die Selbstverwaltung als Wirtschaftsform ansatzweise anerkannt zu werden „droht". Wen interessiert, was die SPD (in Gestalt des Wirtschaftsministers Steger), die FDP (in Gestalt des Unternehmers Fertsch-Röver) und Karl Kerschgens für die GRÜNEN dazu zu sagen hatten, der wende sich – wie gesagt – an den Verband der selbstverwalteten Betriebe in Hessen.

Wintertage '85

vom 24. – 27. Januar 1984

Eindrücke

Wintertage '85 – angesichts des interessanten Programms und der Vielzahl von Anmeldungen mit großen Hoffnungen besetzt, und doch hinterher (wie so oft in letzter Zeit) das Gefühl des „außer Spesen nichts gewesen".

Nein, sicherlich nicht nichts. Das eine oder andere Gespräch am Rande, Wiederauffrischen von Bekanntschaften, wichtig für die Kontinuität ... aber von was?

Die drängende Frage, was sich da wohin entwickelt, bleibt offen; mühsam quält sich ein Abschlußplenum (zum Thema Perspektiven) in Selbstbetrachtung über die Zeit. Die Nachmittags-Arbeitsgruppen sind müde besucht, so sie überhaupt stattfinden. Und der Hinweis auf die Branchentreffen am Vormittag, die doch sehr viel besser gelaufen seien, macht nur mißtrauisch: da, wo es um die konkreten Geschäfte geht, klappts also mitunter. Kleinunternehmer aller Länder – vereinigt euch. Oder was sonst soll das heißen?

Mit der Weiterentwicklung der Selbstverwaltung haben wir geglaubt, praktische Ansätze zur Veränderung der Gesellschaft finden zu können. Das Interesse aber, sich mit den daraus folgenden Fragen und Problemen zu beschäftigen, bleibt flüchtig oder hat sich überhaupt in Wohlgefallen aufgelöst.

Stattdessen feiern wir den Umstand, daß es (endlich) gelungen sei, Mystifikationen zu durchbrechen. Den Mythos von der Gleichheit der am Kollektiv Beteiligten z.B., als „Hierarchie"-Diskussion seit Jahren Dauerthema.

Es gibt sie also jetzt auch offiziell, die „informellen Hierarchien", und die „heimlichen Chefs" können aufatmen, brauchen sie doch in Zukunft ihr Licht nicht mehr unter den Scheffel zu stellen.

Den Wintertagen sei Dank?

Ich finde die Ergebnisse mehr als mager. In der „Hierarchie-Diskussion" beeindruckt mich keine altbekannte Tatsache. Hier wäre die Vorstellung und Diskussion konkreter Vorgehensweisen im Versuch, bestehende Hierarchien abzubauen, nützlich gewesen, auch dann, wenn sie gescheitert sind – denn aus Fehlern kann man lernen.

Und die Tatsache, daß die derzeit in der „Szene" Aktiven mit dem möglichen gesellschaftsverändernden Charakter von Selbstverwaltung nichts anzufangen wissen, sagt noch lange nicht, daß es diesen Charakter nicht gäbe.

Karl

Zwischenbilanz

Auf den Wintertagen sollte, wie in Frankfurt vor einem halben Jahr beschlossen, eine erste Bilanz betreff Wandelsblatt gezogen werden. Von der anfänglich guten Stimmung war bei dem Gespräch, von dem ich nachfolgend berichten will, nicht mehr viel zu spüren. Ein gemeinsames Frühstück war angesetzt, um in angenehmer Atmosphäre über vergangenes und zukünftiges zu reden. Anwesend waren Vertreter/innen aus Heidelberg, Frankfurt, Bremen und Berlin. Die „Vielredner" machten an diesem Morgen ihrem Titel keine Ehre, so wortkarg habe ich sie selten erlebt.

Los ging es dann endlich mit der Berichterstattung der Frankfurter über den Stand der gerichtlichen Auseinandersetzung mit dem Handelsblatt. Die damit einhergehende Diskussion über einen neuen Namen für unsere Zeitung endete damit, daß sich die Mehrzahl der anwesenden Redaktionsmitglieder dafür aussprach, den Handel/Wandelsblatt-Konflikt auch weiterhin für unsere Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen. „Aufmachung und Namen, die sich am Rande der Legalität bewegen!" Einstimmigkeit herrschte in der Ansicht, daß wir nicht ständig den Namen ändern können, der Untertitel jedoch vielfältige Variationsmöglichkeiten bietet, sei es, daß er auf das jeweilige Schwerpunktthema hinweist oder auf politische aktuelle Gegebenheiten.

Abonenntenentwicklung

Die Zahl der Abonnenten liegt z.Zt. bei 500. Werbung konnte in den letzten Monaten aufgrund der einstweiligen Verfügung nur begrenzt gemacht werden. Die Zahl der Ökobankabonnenten ist angestiegen auf 700.

Die Auflagenhöhe haben wir auf 5.000 festgeslegt. In diesem Zusammenhang wurde nochmal betont, daß der Gebrauchswert der Zeitung nicht nur unmittelbar ist. Nicht die Berichterstattung über aktuelle Ereignisse macht den Charakter der Zeitung aus, sondern die Diskussionsbeiträge, die den Stand der selbstverwalteten Bewegung widerspiegeln, die dann über einen längeren Zeitraum aktuell sind.

Herstellungskosten

Die Gesamtkosten pro Ausgabe belaufen sich auf ca. 5.000,– DM, davon entfallen für Satz/Layout 2.500,– DM, Druck 1.300,– DM, Versand/Vertrieb 1.000,– DM, sonstiges 200,– DM.

Staffelpreis pro Exemplar: bis 300 1,50 DM, ab 300 1,– DM.

Einig waren wir uns dann nicht mehr, als es um die Länge der einzelnen Artikel ging. Bremen und Berlin sind für die Festsetzung einer Höchstgrenze, die sich um 240–300 Zeilen bewegt. Die Frankfurter verwiesen, wie schon so oft, wenn es um diesen Punkt geht, auf den Mondragon Artikel (3 Seiten), der sich großer Beliebtheit erfreut habe. Die Forderung blieb als Appell im Raum stehen. Die zukünftigen Ausgaben werden zeigen, wer sich durchsetzt.

Von welchen Gruppen kann/soll die Zeitung genutzt werden?

Ausgangspunkt der Diskussion war das Anliegen der Initiatoren vom VUP-Info, die nicht mehr wie bisher vierteljährlich ihr Info herausbringen wollen, sondern in diesem Zeitabschnitt auf 2 Seiten im „Wandelsblatt" ihre Nachrichten unterbringen wollen. Die Kosten, die sie auf diesem Wege einsparen, kämen dem Wandelsblatt zugute. Wir haben es positiv entschieden. Grundsätzlich soll es joch keine festinstallierten Fremdseiten geben. Fremdbeiträge, die nicht von der Redaktion bearbeitet worden sind und abgedruckt werden, müssen in Zukunft optisch gekennzeichnet sein.

Bisher ist es so, daß hauptsächlich die Ökobank-Gruppe das „Wandelsblatt" für sich nutzen. Inwieweit andere politische Gruppen, wie z.B. Netzwerk, davon Gebrauch machen werden bzw. können, muß noch in den einzelnen Regionen, auch im Gespräch mit diesen Gruppen diskutiert werden. Es gibt unterschiedliche Positionen zu der Frage, ob die Zeitung für Selbstverwaltung als übergreifendes Informationsorgan dienen soll, um somit auch das Nebeneinanderstehen von vielen Publikationen zum Thema Kollektivbewegung zu vermeiden.

Redaktionen

Bisher gab es 3 feste Redaktionsgruppen, die abwechselnd in den Städten (und Umfeld) Bremen, Berlin und Frankfurt die Zeitung erstellt haben.

Die Bremer können das in der Form nicht mehr leisten, da die ganze Redaktionsgruppe nur aus 2 Leuten besteht. Harald ist dabei, in den umliegenden Städten Menschen zu finden, mit denen er dann gemeinsam die Redaktionsarbeit gewährleisten kann. Seiner Einschätzung nach wäre das ab Juni möglich.

3 Leute von der Ufa-Fabrik, die auch bei dem Gespräch dabei waren, haben im Namen der Wendezeit (ehemals Betriebszeitung) -Redaktion ihren Wunsch nach Zusammenarbeit zum Ausdruck gebracht, in der Form, daß wir z.B. aktuelle Nachrichten in der Wendezeit veröffentlichen können.

Als Kontaktpersonen für die Redaktion gelten ab sofort:

Frankfurt	Jutta, Karl
	06171/73496
Bremen	Harald
	0421/72093
Berlin	Maritta, Monika
	030/61859 29

Im Laufe des Vormittags lockerte sich die Atmosphäre auf, man war sich nicht mehr ganz so fremd wie am Anfang. Für April ist ein Wochenendtreffen geplant, um mal in Ruhe über die Mißverständnisse, Schwierigkeiten, Zielsetzungen, Strukturveränderungen usw. zu reden. Ich denke, das ist auch unbedingt notwendig, weil sich Schwierigkeiten in der Gruppe auf die Qualität der Zeitung auswirken. Meiner Meinung nach ist die Februar-Ausgabe schon Ausdruck dafür.

Marita, Redaktion Berlin

Ab in den Süden!

Manchem Teilnehmer mögen die Wintertage besonders angesichts der wenig freundlichen Wetterverhältnisse eher wie ein Geländespiel vorgekommen sein, als ein ordentlicher Kongreß.

Allerdings war es schon Absicht, daß mensch kreuz und quer durch Kreuzberg gescheucht wurde: konzentriert sich doch im Kiez neben den selbstverwalteten Betrieben die dazu gehörige Infrastruktur: Kneipen, Cafes, (Frei-) Räume für verschiedene Gruppenaktivitäten, WGs und Projekte, die Schlafplätze zur Verfügung stellen. Selbst so ein seriös erscheinendes Anwesen wie das Haus am Böcklerplatz ist ein selbstverwaltetes Nachbarschafts-heim, nur daß sich dort ältere Jahrgänge in unbezahlte Arbeit gestürzt haben. Mit wachsender Teilnehmerzahl stellt aber die gewollte Vielfalt der Tagungsorte und Arbeitsgruppen organisatorische Probleme, die mit unserem bisherigen Feierabend-Management nicht mehr zu bewältigen sind. Bei über 300 Wintertage-Besuchern bringt Improvisation nicht mehr Spaß in die Arbeit, sondern legt meistens den Grundstein für das kleinere oder mittlere Folgechaos. Nein, ich will gar nicht rummäkeln, trotz all dem machen diese Familientreffen Spaß. Ich denke nur, daß die Wintertage in der bisherigen Form nicht mehr den Bedürfnissen Rechnung tragen.

So hat sich gezeigt, daß so massiv auftretende Branchen wie die Fahrradläden und die grafischen Betriebe quasi einen Parallel-Kongreß aufgezogen haben, weil ihnen ihre branchenspezifischen Anliegen wichtiger waren als die allgemeinen Diskussionen. Und dann gibt es in der selbstverwalteten Wirtschaft verschiedenste Branchen, die sich mangels Masse (oder Interesse) gar nicht erst trafen. Eine Neuauflage der Wintertage könnte man dann auch getrost ein Tischler-Drucker-Planer-Berater-Treffen nennen, wenn nicht die vielen anderen Erwerbszweige mal in die Gänge kommen, sich mindestens auf einer praktischen Kooperationsebene anfangen auszutauschen. Der „Trend" scheint auch in Richtung auf regionale Zusammenkünfte und Aktivitäten zu gehen, und das nicht erst seit der letzten Projektmesse. Ein „Trend", der einiges erwarten läßt in Hinsicht auf praktische Zusammenhänge und das Formulieren gemeinsamer politischer Interessen, die regional wohl auch eher Chancen auf Durchsetzung haben. Das nächste bundesweite Kollektive-Treffen stelle ich mir als gemeinsam organisierte Veranstaltung vor: die Branchen legen ihre Themen in Weiterführung ihrer sonstigen Treffen fest, berichten dem Plenum. Falls man nicht sowieso alles was abgeht, schon aus CONTRASTE weiß.

Die verschiedenen Regionen bereiten in ihrem Kreis Themen vor, die nach breiter Diskussion schreien und machen Infoveranstaltungen, wo einfach mal erzählt wird, wie die politischen Randbedingungen des kollektiven Schaffens sich unterscheiden. Und vielleicht sollte die ganze Veranstaltung sowieso nicht mehr Wintertage, sondern Sommernächte heißen, und wir sollten erheblich südlicher gelegene Gefilde als Berlin prüfend ins Auge fassen. Ortsvorschläge mit Angabe der durchschnittlich zu erwartenden Sonnenscheindauer und Kurzbeschreibung der landschaftlichen Vorzüge sind an die Berliner Redaktion zu richten.

Monika

Die Arbeitsgruppe „Frauensache" fand zweimal statt, am ersten Tag kamen ca. 40 Frauen, am zweiten Tag ca. 15.

In der Vorbereitung zu dieser Arbeitsgruppe waren mehrere Themen bekannt und vordiskutiert worden; da diese Themen sozusagen das ganze Spektrum der Probleme von Frauen in Kollektivbetrieben umfaßte, schlugen wir uns zu Beginn des ersten Treffens mit der Frage herum: An welchem Punkt fangen wir an? Wen interessiert was am meisten? Wegen der Größe der Gruppe kristallisierten sich schnell einige Rednerinnen heraus und die Diskussion verlief insgesamt sprunghaft-themenwechselnd und spannungsarm; das führte dazu, daß der Teilnehmerkreis abbröckelte und bei vielen Frauen Unzufriedenheit zurückblieb.

Wir sollten in Zukunft **mehrere kleinere** Frauen-Arbeitsgruppen mit deutlich umrissenen Themenstellungen anbieten.

Trotz der nicht so günstigen Voraussetzungen sind wir dazu gekommen, einige uns wichtige Themen anzusprechen, wovon ich diejenigen herausgreife, die am ausführlichsten diskutiert wurden:

Warum Frauenkollektive?

Die Frage, ob die Arbeit in reinen Frauenkollektiven „leichter" sei als in anderen Betrieben, wurde spontan verneint; dagegen wurden als Motive zur Gründung von Frauenkollektiven folgende genannt:

Die gleiche Ausgangsposition (z.B. gleiche Unsicherheit) bedeutet eine Herausforderung an sich selbst, der die Frauen sich stellen möchten: nichts kann abgeschoben werden. Darüberhinaus soll die Frauenwerkstatt „mehr" sein als ein anderer Betrieb: Sich wohlfühlen in der Arbeit soll im Vordergrund stehen; dabei spielen die persönlichen Beziehungen und der Umgang miteinander eine große Rolle. Einer bestimmten Atmosphäre, Gemütlichkeit, einer freundlichen Ausstattung der Werkstatt (z.B. durch Blumen oder ähnliche wichtige Details) soll Raum gegeben werden. Kinder, die mal reinschauen, sollen das ruhig dürfen und nicht gleich weggeschickt werden.

Natürlich sind solche Motive zur Gründung von Frauenwerkstätten nicht unbedingt einheitlich unter den Gründerinnen. Vielmehr können die Schwerpunkte sehr unterschiedlich sein, was dann zu sehr krassen Konflikten führen kann. Davon haben die Schlosserinnen vom Berliner Frauenkollektiv „Caramba" am zweiten Tag ein lebendiges Bild gezeichnet. Es gibt allerdings auch das Beispiel einer Frauentischlerei, in der es drei Frauen gelang, relativ konfliktfrei ihre Arbeit gemeinsam zu gestalten.

Zusammenarbeit mit Männern

Die Erfahrungen bewegen sich in einem breiten Spektrum, wovon ich nur die beiden „Eckpositionen" beschreiben will: eine Frau aus einer Fahrradwerkstatt erzählte, daß sie sich von den dort arbeitenden Männern unterstützt fühlt und mit deren Hilfe ihre Unsicherheit überwunden hat. Solche positiven Erfahrungen machten auch andere Frauen – dem entgegen gibt es aber auch die Arbeitsplätze in Kollektivbetrieben, wo Frauen gegen die bestehenden Vorurteile kämpfen müssen (wie z.B. eine Frau aus einer KFZ-Werkstatt sehr anschaulich schilderte) und sich unter dem Druck fühlen, sich eine „Position" erkämpfen zu müssen, um überhaupt als vollwertige Arbeitskraft akzeptiert zu werden.

Kritik an Strukturen in Kollektivbetrieben, die nicht die geschlechtsspezifischen Probleme berühren: Es wurde die Frage aufgeworfen, ob in Kollektivbetrieben die soziale Schichtung nicht viel bedeutender sei als die Frauen-Männer-Problematik: Die Tatsache, daß in Kollektivbetrieben Männer und Frauen aus Arbeiter- und Bürgerfamilien aufeinandertreffen, birgt ein großes Konfliktfeld; denn die sehr unterschiedlichen persönlichen und ausbildungsmäßigen Lebensgeschichten bedingen große Unterschiede in den persönlichen Umgangsformen untereinander, im Umgang mit Kunden, in der „Rede"fähigkeit, die ja oft Durchsetzungsfähigkeit nach sich zieht, im eigenen Leistungsdruck, den man stärker oder schwächer verspürt und in die Gruppe reinträgt ... usw. In Handwerksbetrieben können sich solche sozialen Gegensätze dadurch verschärfen, daß die Handwerkerinnen eher aus dem bürgerlichen Milieu kommen, Abi und zum Teil Uni hinter sich haben, ehe sie eine Lehre machen und in ein Kollektiv einsteigen. Diese Sichtweise war für die meisten Frauen relativ neu, wurde mehr angerissen als ausdiskutiert und als Anregung empfunden, bestimmte innerbetriebliche Strukturen neu zu betrachten.

Der vierte Themenschwerpunkt traf eine Frage, die eine Schlosserin in den Raum warf:

Ist die Schlosserei nicht zu hart, als daß eine Frau diese Arbeit als ihren Beruf betrachten könnte?

Können und wollen Frauen überhaupt auf die Dauer eine solche schwere körperliche Arbeit machen?

Schlosserinnen beschrieben die starke körperliche Belastung z.B. beim Schleppen von Schweißgeräten oder Stahlträgern auf dem Bau, beim Bohren und Flexen mit schweren Handmaschinen. Sie beschrieben ihre körperlichen Grenzen – nicht ohne darauf hinzuweisen, wie rücksichtslos die Männer ihren Körper ausbeuten, so daß kaum ein Bauhandwerker um die 40 ohne Rückenleiden anzutreffen ist. Die anwesenden Schlosserinnen könnten sich kaum vorstellen, ihre Arbeit ein Leben lang zu machen – wohingegen es eine ganze Reihe männlicher Handwerker gibt, für die diese Perspektive selbstverständlich ist. Insgesamt sind die Erfahrungen der Handwerkerinnen zu wenige, als daß wir zu dieser Frage eine klare Stellungnahme hätten beziehen können.

Wir bleiben im Gespräch.

Gisela

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

BETR.: GÜTE/MARKEN-ZEICHEN FÜR HOLZCOLLECTIVE

ANSTEHENDE DISKUSSION IN FREIBURG

vom 8. bis 10. März 1985

Beim Branchentreffen der Holzbetriebe auf den Wintertagen in Berlin war einer der wichtigsten Diskussionspunkte die Frage, ob wir ein Markenzeichen brauchen oder wollen.

Diese Diskussion entstand vor allem auf der Grundlage der Markenzeichenbesprechung beim letzten Collectiv-Treffen in Aachen aber auch durch das Beispiel VUP in der Papierbranche. (VUP – siehe auch Contraste Feb.) Die unterzeichnenden Betriebe wollen hier noch einmal versuchen, ein Gerüst aufzustellen, damit wir in Freiburg auf dieser Grundlage einen Schritt weiter kommen.

1. GÜTEZEICHEN?
   – welche Güte soll damit bezeichnet werden?
   a) BAUBIOLOGISCH?
   – wie gehen wir mit der Tatsache um, daß nicht immer rein biologisch gearbeitet werden kann/soll?
   – brauchen wir dann eine alternative DIN-Norm? Kontrolle?
2. COLLECTIVZEICHEN?
   – welche Inhalte sollen damit verbunden sein? Kontrolle?
   – ist es richtig, offensiv die Idee des Collectivs oder der Selbstverwaltung damit zu verbinden?
   – wer darf dann dabei sein, wer nicht? Kontrolle?
   – Wenn ja, wer ist Collectiv und was ist Selbstverwaltung? Kontrolle?
3. LASSEN SICH BEIDE SCHWERPUNKTE IN EINEM ZEICHEN MITEINANDER VEREINBAREN???

Wir erwarten, daß in den teilnehmenden Betrieben die Diskussion vor Freiburg so weit gediehen ist, daß wir auf diesen Punkten aufbauen können und nicht alles noch mal neu abwickeln müssen.

liabe grias bis da na ...
b i i r a b o o m, Stetten/Remstal
h o l z m a n u f a k t u r, Stuttgart

Eindrücke aus der AG „Kollektiv-Maschinenbenutzergemeinschaft-Firma mit freundlichem Chef – Wohin geht die Fahrt?"

Heilige Kühe schlachten

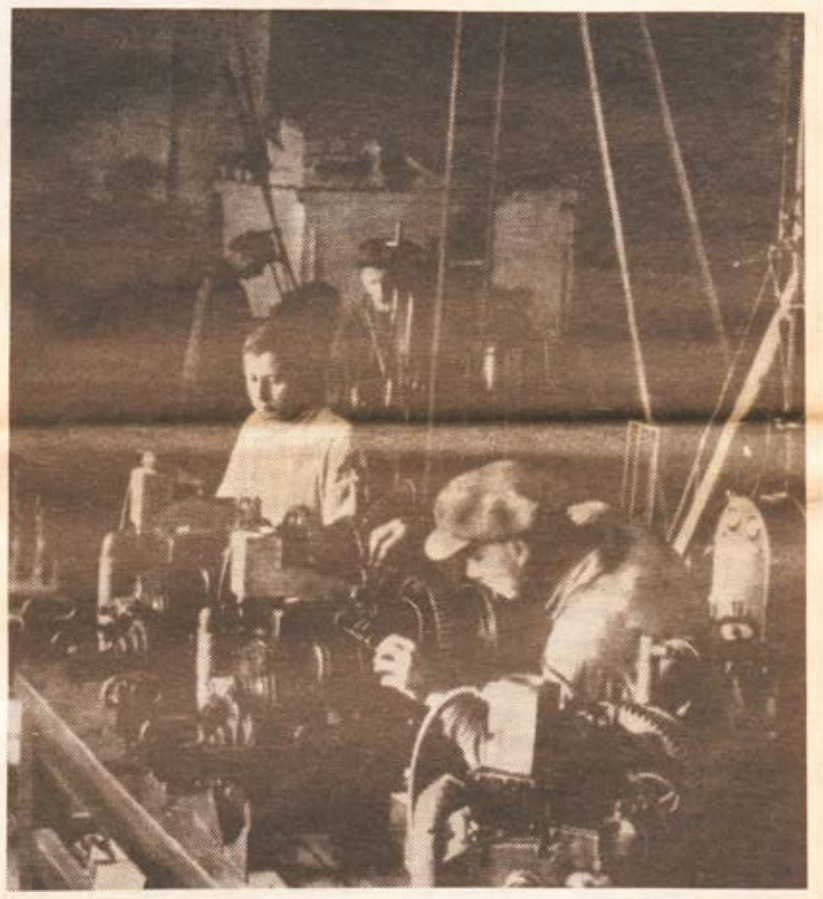
Unter diesem Thema entspann sich eine Diskussion um die Unterschiede zwischen selbstverwalteten und bürgerlichen Betrieben. Die Diskussion war sehr vielfältig, von daher handelt es sich hier nicht um ein Protokoll, sondern um die Wiedergabe meines persönlichen Eindrucks, vermischt sicher auch mit meinen Vorstellungen.

Was unterscheidet unsere Betriebe eigentlich von bürgerlichen Betrieben gleicher Größenordnung? Genau betrachtet bleibt wenig: In der Hauptsache das selbstverantwortliche Arbeiten in einer Gruppe ohne Vorgesetzte und Untergebene. Die politischen Ansprüche und Vorstellungen der Einzelnen spiegeln sich im Betriebsalltag meist kaum bis überhaupt nicht wieder. Das an sich bessere Arbeitsklima ist Illusion, wir haben zwar die Chance uns diese zu schaffen, aber mehr erstmal nicht (und das haben bürgerliche Betriebe ebenfalls, wenn auch für andere Bedürfnisse, andere Leute). Die Produkte unserer Arbeit zeichnen sich positiv aus, sind nicht besonders umweltfreundlich, politisch sinnvoll, gesellschaftlich nützlich (ich sehe hierbei von Betrieben ab, die für politische Gruppen direkt arbeiten, wie z.B. manche Druckereien). Sie sind nur (oder hoffentlich?) konkurrenzfähig.

Eine zentrale Eigenheit ist unser Experimentierstadium. Wir versuchen uns an neue Betriebsstrukturen, an Alternativen zur traditionellen Arbeitsteilung und Hierarchie, an neuen Lohnsystemen, neuen Formen von Kontrolle und Datenerfassung.

Arbeitsplätze in selbstverwalteten Betrieben sind erstmal nicht besser als solche in bürgerlichen. Die Qualität eines Arbeitsplatze richtet sich sehr stark nach den individuellen Bedürfnissen. Nur als sehr befriedigend und ausfüllend wird derjenige den Arbeitsplatz im selbstverwalteten Betrieb erleben, der ein sehr hohes Bedürfnis nach selbstverantwortlicher Arbeit, viel Lust zu der (oft enorm anstrengenden) Auseinandersetzung in einer Gruppe hat und sich nicht durch die überdurchschnittlichen Arbeitszeiten, wenig Lohn und Alltagsnerv abschrecken läßt.

Die Nachteile insbesondere bezüglich Lohn und Arbeitszeit sind z.T. zurückzuführen auf die hohe Fluktuation. Die Bindung an selbstverwaltete Betriebe ist (zumindest zeitlich betrachtet) sehr gering. Beim Auftreten massiverer (meist sozialer) Probleme ist die „Lösung" des Aufhörens meist die nächstliegende. In bürgerlichen Betrieben wird der Aufbau und Erhalt einer Stammbelegschaft intensiv gehegt und gepflegt. Denn es ist offensichtlich, daß die Mitnahme von Wissen und die Unruhe durch Fluktuation einem Betrieb (bürgerlichen wie selbstverwalteten) empfindlich schadet.



Frühjahr 1918, Wasserkraftwerk am Wolchow:: Es war schwer, mit veralteten Maschinen, in primitiv ausgerüsteten Werkstätten die Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Aber es ging vorwärts.

Die prinzipielle Ablehnung von Arbeitsteilung ist gestorben. Die begrenzte Einführung von Arbeitsteilung wird in vielen Betrieben diskutiert. Wir haben erfahren, daß der Verzicht auf die Zusammenführung von persönlichen Qualifikationen und Anforderungen der jeweiligen Arbeitsplätze nachteilig und teuer ist. Ein gutes Beispiel ist das Rotationsprinzip in der Büroarbeit. Durch die Rotation wird die Arbeit vergleichsweise langsam und fehlerhaft ausgeführt, gleichzeitig mangelt es an der Transparenz dieses Bereichs für den Gesamtbetrieb, denn ohne die entsprechende Qualifikation fällt die Vermittlung an die Anderen noch schwerer. In welcher Form und wie weitgehend wir uns auf arbeitsteiliges Arbeiten einlassen, müssen wir durch neue Versuche herauskriegen.

Ein weiteres Problem stellt die Planung im Betrieb dar: Planung von Investitionen, Produkten, Betriebsumstellungen, Umsatzentwicklung usw. Hierfür mangelt es zunächst einmal an Daten. Es ist eine neue Aufforderung an selbstverwaltete Betriebe Daten genau zu erfassen, ohne individuelle Kontrollen daraus zu machen. Erprobte Systeme für die Betriebsdatenerfassung gibt es noch keine, brauchen tun wir sie trotzdem.

Im Gegensatz zu bürgerlichen Betrieben sind die „Belegschaften" der selbstverwalteten Betriebe sehr einseitig zusammengesetzt. Im handwerklichen Bereich z.B. gibt es fast ausschließlich Handwerker der entsprechenden Fachrichtung oder an diesem Handwerk Interessierte, selten sind Techniker, Ingenieure, Kaufleute, Marketing-Fachleute... Diese Situation zieht einen Mangel an Innovationsfähigkeit und Flexibilität nach sich. Wir bleiben Mitläufer am Markt.

Ganz offensichtlich müssen wir uns eingehender mit der Struktur von bürgerlichen Betrieben beschäftigen, weil sie uns etwas wesentliches voraus haben: Die Jahrzehnte-, z.T. jahrhundertlange Entwicklung von inzwischen perfektionierten Strukturen und Konzepten mit dem Ziel höchste Effizienz und Integration der Auszubeutenden. Deshalb nichts zum Abgucken für uns, aber lernen können wir auch 'ne Menge von der bürgerlichen Konkurrenz.

Fritz Riemeier

Wohin gehen die dicken Aufträge? Die Grünen und das Markenzeichen für Kollektivarbeit.

Die Grünen haben in NRW einen Verlag beauftragt, ihre Druckaufträge zu managen und alles läuft darauf hinaus, daß gerade die größeren Brocken (ca. 500.000,– DM Umsatz) nicht an Kollektive gehen werden, sondern an kapitalistische Unternehmen, deren Inhalte allerdings aus der Szene kommen. (Henke und Farbeo).
Das verstößt zwar gegen die Vereinbarungen, die von Seiten des Landesvorstandes noch vor drei Monaten mit Kollektiven über eine Auftragsvermittlung getroffen wurden (s. Wandelsblatt vom Dezember 84), beleuchtet aber schlaglichtartig die Situation der kollektiven Druckereien, die sich erst jetzt zu Krisengesprächen zusammen finden werden.
Dabei ist diese Entwicklung bundesweit nichts Neues: Einerseits betrachten wir uns als "natürliche Auftragnehmer" der grünen und alternativen Listen, die in NRW die Auftragsvergabe an alternative Betriebe sogar in der Satzung festgeschrieben haben, andererseits wird überall damit recht gleichgültig umgegangen.
Doch die Grünen haben auch eine gute Entschuldigung: schließlich ist es auch unsere Sache, darüber zu informieren, welche Betriebe wirklich kollektives Eigentum und Arbeitsformen haben und welche breite Leistungsfähigkeit das Netz dieser Betriebe bereits erreicht hat.
Eigentlich könnte man gerade mit den Aufträgen der Grünen mal regionale und überregionale Kooperationen probieren und längerfristige Entwicklungsplanung betreiben, mal zeigen, wie sinnvoll übergreifende Produktionsplanung ist, wenn sie nicht profitorientiert abläuft.
Doch dafür müßte sich nicht nur bei den Grünen einiges bewegen, sonern vor allem auch bei uns. Denn wenn die Forderung an die Grünen gehen soll:
– gebt eure Druckaufträge an selbstverwaltete Betriebe
– schafft gemeinsam mit uns ein Modell zur bedarfsorientierten Förderung der selbstverwalteten grafischen Betriebe,
dann stellt sich sofort die Frage, wer ist "wir". Wer verhandelt, welche Betriebe sind selbstverwaltet/kollektiv?
Können wir die geforderten Mengen, Qualitäten, Termine überhaupt erfüllen? Wie beweisen wir das gegenüber berechtigten Zweifeln?
Das zu klären ist erste mal unsere Sache. (Und sie betrifft nicht nur die Grünen, sondern eine ganze Reihe von weiteren Verbänden (z.B. vielleicht künftig auch einige Gewerkschaften, Kirchen, Umweltschutzverbände) die bei der Vergabe von Aufträgen nach politischen Gesichtspunkten vorgehen können, so wie in etlichen Organisationen die Verwendung von Umweltschutzpapier beschlossen worden ist.) Wir werden uns dazu schleunigst Gedanken machen müssen, wenn nicht einige Züge unwiderruflich abfahren sollen. In Frankfurt beim nächsten Branchentreffen vom 25.–28. April wird dazu Gelegenheit sein. Doch mehr als nur breites Rumreden wird nur bei guter Vordiskussion in den Betrieben und Regionen heraus kommen.
Unter allen derzeitigen Konzepten ist m.E. die Idee des "Markenzeichens" für Kollektivarbeit am besten geeignet eine praktische Diskussion auf ein konkretes Ziel hin zu führen.
Das Markenzeichen soll Produkte kennzeichnen, die in selbstverwalteten Betrieben hergestellt oder weiterverarbeitet worden sind – bei uns also Druckerzeugnisse

Mein Vorschlag zur Diskussion:

Eigentümer des Markenzeichens ist ein Verein selbstverwalteter Betriebe. Zu diesem Verein hat laut Satzung jeder Betrieb Zugang, der folgende Bedingungen nachweislich erfüllt: Produktiveigentum, also juristische Eigentümer sind die jeweils im Betrieb Arbeitenden, Anteile am Betrieb können nicht frei veräußert, vererbt, oder nach dem Ausscheiden behalten werden.
– Arbeitsplatz– und Einkommensorientierte Arbeit, also keine blinde Produktion von Gewinn oder Verlust sondern Betriebszweck die Lebens– und Arbeitsbedingungen der dort Arbeitenden zu entwickeln und ggf. politische, soziale, kulturelle Aktivitäten zu fördern.
– Gesundheit und Umweltschutz, also möglichst sparsamer Umgang mit Rohstoffen, Gesundheits– und Arbeitsschutz an den Arbeitsplätzen. – Bedarfsorientierte Investitionsplanung statt bedarfsweckender Investitionen.
– Innerbetriebliche Demokratie nach dem Prinzip pro Kopf eine Stimme
– Qualität und Zuverlässigkeit bei den Terminen
Viele dieser Forderungen erscheinen einerseits selbstverständlich. Doch können wir den Maßstab der Nachprüfbarkeit anlegen, ohne den das ganze nur ein wildes unverbindliches Gerangel werden würde?
So gibt es eine ganze Reihe von Betrieben, die sicherlich kollektiv, aus Gründen ihrer historischen Entwicklung außenstehende Eigentümer haben, z.B. in Form einer Genossenschaft. Wir können sie von den ehem. alternativen Betrieben, bei denen die historische Entwicklung zur klassischen Aufteilung in Lohnabhängige und Eigentümer geführt hat, nur durch Prüfung und "Ausnahmegenehmigung" trennen!
Blinde Produktion von Gewinnen oder vor allem auch von Verlusten findet in vielen Betrieben noch statt – einfach aufgrund unzulänglicher Kostenrechnung oder fehlender Berücksichtigung von Abschreibungen, die zum Ersatz verbrauchter Ausrüstung führt. Gesundheit und Umweltschutz ist z.T. wegen der unzureichenden technischen Ausrüstung z.T. auch wegen unserer Unkenntnis noch viel vernachlässigt (hier kommt ja gerade was in Gang)
Arbeitssicherheit muß z.T. noch wegen Unkenntnis und uralten Maschinen kleingeschrieben werden, aber auch Gleichgültigkeit bei einigen Kollegen scheint noch mit im Spiel zu sein.
Qualität und Zuverlässigkeit ist sowohl technisch und fachlich bedingt wie auch durch die besondere Belastung, einen kollektiven Arbeitsprozess zu gestalten zu lernen, oft noch unbefriedigend. Jedenfalls ist das auch die Meinung untereinander.
Gerade der letzte Punkt wurde in der Diskussion bei den Wintertagen als das zentrale Problem angesehen: "Wir wollen uns doch nicht ein Zeichen an die Tür und auf die Briefbögen setzen, damit die Kunden nachher gerade deshalb nicht kommen" faßte ein Teilnehmer die Sorgen zusammen.
Daraus ergibt sich m.E. die Notwendigkeit, die Betriebe, die sich an dem Markenzeichen beteiligen, mit ganz klaren Qualitätskennzeichen zu versehen, vielleicht ähnlich den Sternen, die in Hotelführern üblich sind.
So Könnte ein Betrieb drei Sterne beim Schnelloffset, aber keinen beim Plakatdruck führen (z.B. weil die A2 Maschine kein gutes Farbwerk hat ist Flächendruck nicht möglich)
Darüberhinaus könnten wir den Kunden eine klare Reklamationsgarantie einräumen: Ist mit einem Betrieb keine Einigung bei einer Reklamation zu finden, so kann der Kunde sich einen anderen Betrieb suchen der das Markenzeichen ebenfalls führt. Dieser kann dann über die Reklamation entscheiden. Die Entscheidung ist dann für den betroffenen Betrieb verbindlich.
Schließlich muß die Möglichkeit bestehen, einem Betrieb das Markenzeichen wieder zu entziehen, wenn er sich qualitativ unzuverlässig erweist. – Natürlich auch dann, wenn die anderen Kriterien nicht mehr erfüllt sind.
Darüberhinaus werden wir für ein solches Projekt eine gemeinsame Geschäftsstelle brauchen, die sich sowohl um die Gemeinschaftswerbung kümmert, als auch bei Konflikten vermitteln hilft. Schließlich könnte eine solche Geschäftsstelle auch als zentrale Vermittlung z.B. für größere Aufträge der Grünen fungieren, wenn diese nicht unmittelbar am Ort ausgeführt werdenkönnen.
Die Grünen sollten sich an den Kosten einer solchen Stelle beteiligen. Durch längerfristige Auftragsplanungen könnten dann auch Betriebe notwendige Investitionen wagen, für die das Risiko unter den augenblicklichen Umständen noch zu hoch ist.
Mit diesen Vorschlägen bin ich sicherlich in etliche Fettnäpfchen getreten – ich hoffe jedenfalls, die fällige Diskussion damit ein wenig aufzuheizen, denn nach meinem Eindruck sind die meisten von uns noch derartig in ihre unmittelbare betriebliche Arbeit eingespannt, daß selbst für innerbetriebliche konzeptionelle Arbeit zu wenig Zeit bleibt.
Gerade das Fehlen innerbetrieblicher wie überbetrieblicher Konzeptionen, (welche erst mal kein Geld bringen), kann sich auf die Dauer als äußerst kostspielig erweisen.

Constantin Bartning/Oktoberdruck

Wichtiger Hinweis

Anmeldung zum Branchentreffen

vom 25. April – 28. April in Frankfurt

bei Caro–Druck, Mainzer Landstr. 147

6000 Frankfurt 11

		Nein	Ja
Ich komme allein	☐ und brauche Unterkunft	☐	☐
Wir kommen mit	☐ Personen und brauchen	☐	☐ Schlafplätze

Name .....

Adresse .....

Telefon .....

Betrieb .....

Selektion nach dem Kosten– und Nutzen–prinzip

Sind wir hiermit schon bei den Selektionskriterien von Auszubildenden, so kommt deren Finanzierung als wichtiger Punkt hinzu. Umschulungen und Rehabilitationsmaßnahmen werden vom Arbeitsamt voll bezahlt, so daß dem Betrieb keinerlei Kosten (Löhne und Sozialabgaben) entstehen, im Gegenteil, eine weitere Arbeitskraft steht dem Betrieb kostenlos zur Verfügung: oftmals eine wesentliche Existenzbedingung für das Kollektiv, womit wir uns gar nicht von herkömmlichen Familien– und Kleinbetrieben unterscheiden. Eine normale Ausbildungsstelle belastet den Betrieb: Ausbildungsvergütung, Steuern, Sozialversicherung, Ausbildungszeit. Für das eine bekommt der Betrieb Geld, das andere muß er bezahlen, auch wenn die Qualifikation anschließend nicht kollektiv nutzbar ist.
Unserem Betrieb ist ein "Umschüler" nicht nur aus diesen Gründen lieber: Diese haben in der Regel mehr gesellschaftliche Erfahrung und kommen daher zu klareren Entscheidungen in ihrem Verhältnis zu Arbeit und Kollektiven.

Gleicher Lohn für Alle?

So ergaben sich auch in der Frage der Entlohnung von Auszubildenden bei uns bislang keine nennenswerten Probleme. Aufgrund der Bezahlung durch das Arbeitsamt können wir die Differenz zu unserem allgemeinen Lohnniveau ausgleichen. Anders wäre es wahrscheinlich, wenn ein Kollektivbetrieb klassisch Auszubildende beschäftigt. Erhalten diese nun die reine Ausbildungsvergütung oder den betrieblichen Stundenlohn? Dies hängt wohl davon ab, inwiefern Auszubildende produktiv an Aufträgen beteiligt sind oder reine Lern– und Anlerntätigkeiten verrichten.

Kurz berichtet

Die Grünen NRW (Landesgeschäftsstelle) haben die Zentrale Auftragsvergabe für die Landtagswahlen NRW an den Klartext Verlag in Essen übergeben und der hat bisher zugesichert, daß die anfallenden Druckaufträge über Kollektivbetriebe abgewickelt werden. Ein ausführlicher Artikel erscheint in der nächsten Contraste.

Selbstorganisation der Ausbildung

Ganz abgesehen davon bleibt bei uns eine gute Ausbildung dem Auszubildenden selbst überlassen. Es gibt keine Verbote und Reglementierungen wie sie für Auszubildende in normalen Betrieben bestehen. Wir verlangen unausgesprochen selbstständiges Arbeiten und Denken, was im weitesten Sinne die Selbstorganisation der Ausbildung bedeutet. Wir können und wollen keine speziellen Ausbilder wie in anderen Betrieben üblich freistellen, sondern alle Mitglieder des Betriebes sind für die Ausbildung zuständig. Innerbetriebliche theoretische Weiterbildung betrifft nicht nur die Auszubildenden, sondern alle und ist eine wesentliche Voraussetzung für die Weiterentwicklung des Betriebes und des Einzelnen. Ausbildende und Auszubildende unterscheiden sich bei uns nur formal unter der Voraussetzung, daß sie zum Kollektiv gehören oder gehören werden. Anders wäre es bei jugendlichen Auszubildenden, bei denen z.B. das Jugendarbeitsschutzgesetz zum Tragen kommt. Es kann ja nicht sinnvoll sein, erkämpfte Schutzgesetze in Kollektiven durch die Hintertür wieder abzuschaffen.
Selbstorganisation von Ausbildung heißt bei uns, daß die Betroffenen eigenverantwortlich entscheiden, ob sie z.B. zur Berufsschule gehen, die innerbetriebliche theoretische Weiterbildung forcieren und sogar die Arbeitsanleitungen fordern.
Wenn notwendig muß aber auch gewährleistet sein, daß in bestimmten Ausbildungsabschnitten an überbetrieblicher Ausbildung in Form von Kursen, die oft nicht billig sind, teilgenommen werden kann.

Wie wird man überhaupt Ausbildungsbetrieb

Ausbildungsvoraussetzungen sind von Bundesland zu Bundesland verschieden. Im graphischen Gewerbe muß in Niedersachsen die Mitgliedschaft in 2 Kammern beantragt werden: Die Ausbildung des Offsetdruckers ist den Anforderungen der Handwerkskammer, die des Druckvorlagenherstellers den der Industrie– und Handelskammer (IHK) unterworfen
Anerkannter Ausbildungsbetrieb ist man für die Handwerkskammer, wenn man einen Meister im entsprechenden Fach oder über die Ingenieursverordnung Ausbildungsberechtigung in sämtlichen der Kammer unterstellten Ausbildungsberufen hat. Oft werden Ausbildereignungsprüfungen verlangt. Hier wird also mehr auf die Qualifikation des Ausbilders als auf die technische Einrichtung des Betriebes Wert gelegt. Eher umgekehrt ist es in der IHK. Zur Anerkennung schickte diese einen Betriebsprüfer, um zu sehen, ob die Abteilung Druckvorlagenherstellung/ Montage den Ausbildungskriterien gerecht wird. Zu Zeiten händeringender Suche nach Ausbildungsplätzen werden Betriebe im allgemeinen wohlwollend behandelt.
Man darf dabei aber nicht übesehen, daß letztendlich auch die technische Ausrüstung des Betriebes die Qualifikation der Ausbildung mitbestimmt. Ein Drucker, der zur Prüfung einen Vierfarbsatz andrucken muß, braucht dazu die Möglichkeit.
Eine Anerkennung erfolgt nur, wenn man Mitglied der Rolle ist, und diese kostet Eintragung in das Register und Zwangssozialversicherung für den Ausbilder über die Kammer. Wer in den erlauchten Kreis der doch eher konservativ bis reaktionären Handwerkerinnung eintreten will, muß schon hart am Ball bleiben und darf sich durch Verordnungen, Gesetze und Kontrollen nicht einschüchtern lassen.
Das Thema Ausbildung in Kollektivbetrieben kann mit diesem Bericht eines Betriebes sicherlich nicht erschöpft sein. Wir wären froh, wenn diese Erfahrungen zur Diskussion anregen: Man könne ja schließlich auch sagen, daß Kollektivbetriebe auf formale Ausbildung verzichten sollen, denn für politische Ansprüche und Qualifikation von Arbeitskraft sind Ausbildungsplätze keine notwendige Bedingung.
Die Intention, Ausbildung in Kollektivbetrieben anzubieten, muß demnach auf einer anderen Ebene liegen.

Ludgerus Poppe/Werkstatt für Druck & Grafik

Ausbildung in grafischen Betrieben

Seit 7 Jahren arbeiten wir als Kollektiv im graphischen Gewerbe in Osnabrück. Unsere Arbeit umfaßt die gesamte Produktionspalette im graphischen Bereich: Von der Vorlagengestaltung über Fotosatz, Offsetdruck bis zum Endprodukt.
Entsprach noch vor 5 Jahren unsere technische Ausrüstung dem Stand der 60er, so haben wir jetzt das technische Niveau der späten 70er, frühen 80er Jahre erreicht. Wir sind 8 Leute, von denen einer Diplom Kaufmann, ein anderer Druckingenieur ist und die damit formal die Ausbildungsbedingungen für den Betrieb erfüllen. Die 1. Ausbildung zum Offsetdrucker hat ein Gründungsmitglied des Betriebes bereits vor einem Jahr beendet. Zwei weitere Gründungsmitglieder sind zur Zeit in der Ausbildung als Druckvorlagenhersteller und Offsetdrucker, zusätzlich sind zwei neue Leute – ebenfalls Druckvorlagenherstellerin und Offsetdrucker – in der Ausbildung. In Zukunft wollen wir 2 Ausbildungspläze zwei Gründungsmitgliedern zur Verfügung stellen.

Qualifikation der eigenen Arbeitskraft

Es ist also offensichtlich, daß es uns zur Zeit in erster Linie um die formale und fachpraktische Qualifikation unserer eigenen Arbeitskraft geht, um damit das Produktionsniveau einschließlich der finanziellen Basis des Betriebes zu erhöhen. Nicht zu vergessen sind die besseren Verkaufsbedingungen auf dem Arbeitsmarkt bei eventuellem Zusammenbruch des Betriebs oder Aufhören eines Mitglieds, was dem Einzelnen mehr Sicherheit im Betrieb und auf dem Arbeitsmarkt bietet. Insofern ist Ausbildung und Qualifikation für uns nicht nur formal, sondern bares "Kapital".

Kollektive Reproduktion und/oder formale Qualifikation

Was die eigene Qualifikation betrifft ist uns die Ausbildungsfrage klar, unklar hingegen ist, wie wir mit Ausbildung und Finanzierung Nichtkollektivzugehöriger, besonders auch zu Zeiten von Arbeitslosigkeit umgehen sollen und werden. Dies Problem brennt uns auf den Nägeln, fragen doch täglich Jugendliche nach einem Ausbildungsplatz bei uns an. M.E. muß dies eines der zentralen Themen innerhalb der Ausbildungsfrage für Kollektivbetriebe sein: Geht es uns in einem Kollektiv nur um die Reproduktion von Kollektiven und des Kollektivgedankens oder stellen wir Ausbildungsplätze auch denen, deren ursprüngliches Interesse "nur" die formale Ausbildung ist, zur Verfügung?
Diese Frage ist für uns nicht aktuell.

Der Maschinenmarkt

Die Angebote und Gesuche kamen auf Grund der laufenden Druckereiumfrage zusammen. Angebote und Anfragen bitte weiterhin senden an: Constantin Bartning, Hohe Ähren 5, 1 Berlin 33. Bitte macht genauere Angaben und nennt vor allem bei den Angeboten auch eure Preisvorstellung. Weitere Angebote und Anfragen sind auch in "Contraste" Nr. 2/85. Ein Teil davon ist sicher noch aktuell. Es würde mich freuen, von erfolgreichen Verkäufen aufgrund dieser Liste etwas zu efahren – ich möchte gern wissen, ob die von mir reingesteckte Arbeit einen Sinn hat! Constantin

Gesucht wird

Schneidemaschine für DIN A 2. Leuchtwur–Druckwerkstatt, 74 Tübingen, Sieben Höfestr. 38, Tel.: 76 8 53

Walzenwaschmaschine für A2 Walzen · Druckerei Zollenspieker · 0407239810

Walzenwaschmaschine IIIb–Format · Lufttbefeuchter · Grafische Werkstatt · 056116431

Gute DIN A3 Offsetmaschine · Druckladen · 0911268627

Schneidemaschine "Polar" Winddruck 0271/355708

Offsetmaschine für A1 einfarben oder für A2 Zweifarben umsteuerbar für SW: Basis–Druck 0203/23134

Offsetmaschine Zweifarben umsteuerbar für SW · Format 50 x 70 oder A 1 · Einfarben: Montania Druck: 0231/521039

Vollautomatische Reprokamera · Ludwig Höcht · Landshuter Str. 51 a · 84 Regensburg

A1 Offsetmaschine zweifarben/SW (Miller oder Heidelberger) DruckTeam 02374/12666

A4 Offsetmaschine guter Qualität · Gerät für Spiralbindung · Basis Druck Bern · Waldhöheweg 33 a · CH 3013 Bern · 0041/31429011

DIN A 2 Offsetmaschine · Gegendruck Oldenburg · 0441/13270

Bacher Registerstanze für DIN A2 · Walzenwaschmaschine für DIN A 2 Walzen · Schriftbänder für CG 7500 · Linden Druck · Hannover 0511/453078

Zu verkaufen

Zusammentragmaschine Lepido mit neun Stationen für DIN A 4 plano · Cooperative Druckt · Küttigerstr. 42 · CH 5 Aarau · 0041/64–242392

Duplomat Kontaktkopiergerät für A2 · Druckerei Zollenspieker · Tel. 040/7329810

Vertikalkamera "Precisa", Aufnahmeformat 50 x 60 cm · Vorlagenhalter pneumatisch 70 x 100 · speziell für Direktplatten geeignet · Ropress · Baseler Str. 106 · CH 8048 Zürich · 0041/1–4911020

Zuchiatti Vergrößerer · Filmbühne bis 20 x 30 cm · Vergrößern bis DIN A 1 · drei Objektive · zwei Kiekebusch Einfarben Offsetmaschinen 56 x 74 cm je 6000 DM VB · Entwicklungsmaschine Lüth 600 SAR 61 cm Einlaufbreite · Agfa Copyrapid Offset Durchlaufgerät bis Plattenformat 50 x 70 cm · Grafische Werkstatt · Friedrichstr. 28 · 35 Kassel · Tel. 0561/16431

Rotaprint R 20 Offsetm. für A2, AM 1250 Offsetmaschine für A4 · Kontaktkopiergerät für A2 · Druckladen 0911/268627

Rotagazette Rollenoffsetmaschine für A2 (auf Plano–Bogen) 2/1 farbig · Basis–Druck–Duisburg · 0203/23134

Direktplattengerät AGFA für DIN A 3 · Genopress · St. Galler Str. 74 · CH 84 Winterthur · 0041/52–281949

Rotaprint R 35 Offsetmaschine · Kamera für Dirketfolien · Druck–Team · Iserlohn · 02374/12666

Titelsatzgerät Dr. Böger Copytype 250 mit vier Schriftfonds · Systemmöbel · Zusatzlinsen · Entwicklungsgerät alt aber ok. VB 1500 DM und Entwicklergerät für Silberdiffusionsplatten (Copyrapid Offset oder Kodak PMT usw.) · Pagra PM 61 für Plattenbreite bis 61 cm · Registeranlage · Guter Zustand · VB 2500 DM und Plattenstanze für Rotaprint–Lochung 180 DM Linden Druck · Hannover · 0511/453078

AB Dick DIN A 4 Offset zwei Geräte · und eine ADAST 712 Offsetmaschine · Druckladen Bochum · 0234/681777

ACHTUNG!

Alle Artikel und Beiträge für die April Ausgabe bitte schicken an:
Windhueter Kollektiv
Heinkelstr. 27
7060 Schondorf
Tel. 07181 · 61076

An die Branchenseite
"Grafische Betriebe"
im Wandelsblatt

Liebe Druckerinnen und Drucker,
ich wende mich an euch im Namen der portugiesischen ökologischen Zeitschrift "Terra Mágica".
Die Zeitschrift erscheint seit Mai 1984 monatlich, 16 oder 20 Seiten DIN A 3, Titel 4–farbig, Auflage zur Zeit 7000, seit 2.7. "auf der Rolle", hat 700 Abonnenten und wird auch an Kiosken vertrieben.
Und sie kämpft, daß habt ihr euch sicherlich schon gedacht, mit großen finanziellen Schwierigkeiten. Eine Nummer kostet ca. 2000 DM, und das ist für Portugal viel. Die Leute (im Süden Portugals in der Algarve), die das Projekt gestartet haben, haben ihr Vermögen darein investiert und arbeiten äußerst intensiv. Aber die Zeitschrift ist noch in der Startphase, und auch wenn sich in Portugal langsam eine Öko– und Alternativbewegung regt, ist sie doch noch sehr schwach. Die Zeitschrift fungiert dabei als Austauschmöglichkeit, wo auch verschiedene Tendenzen zu Wort kommen.
Wir überlegen uns, ob wir die Zeitschrift selbst drucken und möchten euch fragen:
– Könnt ihr uns zu einer billigen Druckmaschine verhelfen (z.B. Format 35 x 50 cm)
– und, könnt ihr vielleicht jemanden für ein paar Wochen an die Algarve runterschikken (Unterkunft und Sonne gehen auf unsere Rechnung), um uns anzulernen?

TIAMAT Druckerkollektiv
Luisenstr. 69
4000 Düsseldorf

Tagungen ... Seminare ... Treffen

TAGUNGSVORSCHAU DER AG SPAK

Projektbereich Psychiatrie-Antipsychiatrie:
Treffen therapeutischer Wohngruppen in Göttingen. Termin: 29.-31.3.85
Anfragen:
Karl-Ernst brill, Petrikirchstr. 14,
3400 Göttingen

Knastarbeit/KRAK:
Möglichkeiten und Realisierung einer NRW-weiten Gefangenenzeitung
Termin: 12.-14.4.85 in Thüle/Paderborn
Anfragen:
Bundesgeschäftsstelle der AG SPAK
Marga Mitterhuber, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel.: (089) 6917821

Behindertenarbeit:
Grenzen der Selbsthilfe
15.-17.3.85 in Lüneburg
Anfragen:
Bundesgeschäftsstelle der AG SPAK
Anneliese Mayer, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel.: (089) 6917821

Koordinierungsstelle für Jugendwohngemeinschaften (KOST):
Treffen von Jugendwohngemeinschaften
Termin: März, Läufertsmühle, Neckargerach
Theaterworkshop
Termin: 7.-11.4.85 in Fronhausen
Anfragen:
KOST
Postfach 15 05 48
2800 Bremen 15
Tel.: (0421) 53 19 03

Projektbereich selbstverwaltete Jugendzentren:
Baden-Württemberg, Zusammenarbeit der Regionalzusammenschlüsse auf Landesebene
12.-14.4.85 im JZ Crailsheim
Anfragen:
Dachverband der selbstverwalteten Jugendzentren Rhein-Neckar
Gaisbergstr. 97, Postfach 104520
6900 Heidelberg
Tel.: (06221) 1 34 02

Jugendzentren als Regionalzentren
8.-10.3.85 im Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde (Lüneburger Heide)
Anfragen:
Tiedeke Heilmannn, Uelzener Str. 10, 3111 Suhlendorf
Tel.: (05820) 638
Lebenswelt von Jugendlichen in der Provinz und Perspektiven der Jugendarbeit
22.-24.3.85, Haus Buchwald, Nohfelden/Saarland
Anfragen:
Paritätisches Bildungswerk, Heinrich-Hoffmannstr. 3, 6000 Frankfurt/Main 71
Medienseminar
März/April in Bamberg
Gemeinsame Tagung mit der Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren
Anfragen:
Jugendzentrumsregion Franken
Thomas Steigerwald
Johannisstr. 148
8500 Nürnberg
Tel.: (0911) 3 10 43

Projektübergreifende Tagungen:
Frauenspezifische Bildungsarbeit und die Pädagogik Paulo Freires
15. - 17.3.85
Anfragen:
Bundesgeschäftsstelle der AG SPAK
Heinz Schulze, Kistlerstr. 1,
8000 München 90
Tel.: (089) 6917821

Unternehmens- u. Projektberatung
– Buchhaltungsaufbau
– übernehme Buchhaltung
– Kalkulation
– Löhne und Gehälter
Auf Wunsch, in den Projekten
Mitarbeiter/innen – Einführungskurse
Brigitte Siegel
Münstereifeler Str. 18
5358 Arloff
Tel. 02253/3738

Seminare im Energie- und Umweltzentrum am Deister e.V.:

Ökologische Planung auf kommunaler Ebene
vom 11.3.-15.3.1985
Kosten: ca. 100.-- DM
Energiepolitik auf kommunaler Ebene
vom 25.3. - 29.3.1985
Kosten: ca. 100.-- DM
Sonnenkollektorselbstbau
vom 15.-17.3.1985
Kosten: 65 - 90 DM (je nach Einkommen)
Ökologische Prinzipien in Natur, Technik und Gesellschaft
vom 22.3.-24.3.1985
Kosten: ca. 75 DM
Anmeldung: Energie- und Umweltzentrum am Deister, Am Elschenbruch, 3257 Springe-Eldagsen.
Das komplette Seminarprogramm kann gegen 2 DM in Briefmarken über o.a. Anschrift bezogen werden.

Utopien sind zum Vorverlegen da! oder „Wir schaffen uns unsere Arbeitsplätze selbst"

Seit Januar 1984 veranstaltet die Heimvolkshochschule „Alte Molkerei Frille" (kurz: HVHS) in Petershagen bei Minden gemeinsam mit dem Verein „Kollektiv hilft Kollektiv Utopia e.V." aus Bonn Wochenendveranstaltungen zum Thema „Arbeitsplätze selber schaffen".

Die Idee dazu liegt nahe, angesichts wachsender Arbeitslosigkeit, fehlender Ausbildungs- und Arbeitsplätze, Rationalisierungsschüben und Technologiewellen, die Zwischenmenschlichkeit am Arbeitsplatz und zu Hause zerstören.

Mitarbeiter der HVHS versuchen mit diesen Seminaren eine vorwärtsstrebende Perspektive zu geben und nicht mehr nur auf Arbeitslosigkeit, Ratlosigkeit, mangelnde Phantasie und Hoffnung zu reagieren...

1977 hatte die Arbeit der HVHS in Frille, einem kleinen Dorf in Westfalen, in einer alten Molkerei begonnen, als Selbsthilfeprojekt einer Handvoll arbeitsloser Jugendlicher. Sie wollten sich eine neue Berufs- und Lebensperspektive aufbauen, weg von dem 'normalen' Verhältnis von Arbeit, Freizeit und Leben. Inzwischen ist aus der alten Molkerei ein Tagungshaus geworden, das 12 Mitarbeiter (innen) einen Arbeitsplatz im Rahmen der politischen Erwachsenenbildung für NRW bietet.

Am Thema Arbeitslosigkeit wird mit Jugendlichen und Erwachsenen bis heute gearbeitet; der Schwerpunkt „Zukunft der Arbeit" als vorwärtsweisender Weg zu einer neuen gesellschaftlichen Utopei hat sich seit !983/84 stabilisiert. Er bietet auch für uns neue Hoffnung in der täglichen Arbeit.

Die Seminare, die wir aus diesen Erfahrungen heraus anbieten, sind 1. für alle interessierten Menschen gedacht, die im Bereich selbstorganisierter Ökonomie/Projekte eine Perspektive für sich sehen, ihre Träume und Utopien von einer lebenswerten Gesellschaft leben wollen. 2. bieten wir auch bereits bestehenden Projekten an, sich mit uns und durch uns beraten und unterstützen zu lassen, wenn sie Schwierigkeiten mit ihrem inneren und äußeren Erhalt haben.
Seminartermin: 29.-31.3.1985
„Zwischen Lohnarbeit und Selbsthilfe"
Anmeldung: HVHS „Alte Molkerei Frille", Freithof 16, 4953 Petershagen 1, Tel.: (05702) 97 71

Was Hänschen nicht lernt... lernt Hans doch noch!

Ein Seminar für Mitarbeiter aus AI-Gruppen; 3.Welt-Gruppen und Mitarbeitern aus der Jugend- und Erwachsenenbildung (Vom 15. bis 17.3.1985).
„Alles was wir tun, haben wir gelernt, irgendwann, von irgendwem. Jeder von uns, sei er jung oder alt, lernt, solange er lebt, bewußt oder unbewußt, gezielt oder unabsichtlich, lernt richtiges oder Falsches, Nützliches und Sinnloses, Gutes oder Böses."

...Unser Verständnis vom Lernen ist sehr eng und begrenzt, klammert die '3. Welt' bzw. unserer Welt fremde Situation weitgehend aus. Der Referent will mit uns unsere Praxis kritisch darauf reflektieren, wie Lernen aus eigener Verantwortung zustandekommen und in Gang gehalten werden kann.
Anmeldung: Jugendakademie Walberberg, 5303 Bornheim-Walberberg,
Tel.: (02227) 20 95

Leserbriefe

Betr.: Wandersblatt Nr. 4, 1/85 „Einkaufsgenossenschaft gegründet"

Liebe Leute, zum obigen Artikel einen kleinen Leserbrief:

So gut es ist, eine Einkaufsgenossenschaft PRODUKTION & UMWELT zu gründen, so schlecht ist es, gerade mit der Weiterverbreitung von Katalysator-Autos zu beginnen.

Ja habt ihr denn kein bißchen von der jahrelangen Diskussion der Umweltverbände, Bürgerinitiativen, GRÜNEN u.a. mitgekriegt, in dem das Auto problematisiert wurde? Nicht nur das Problem Abgas besteht, wie uns Zimmermann weismachen will. Und Ihr fallt noch auf diese Formel des „umweltfreundlichen" Autos rein! Neben den erzeugten Abgasen frißt dieses Ding unheimliche Mengen von Energie (da könnt ihr noch so viele Biogas-Anlagen oder Wärme-Kraft-Koppelungen aufstellen, das gleicht Ihr nie aus) und Millionen Hektar Landschaft werden zubetoniert. Ganz zu schweigen von dem sich immer weiter ausbreitendem Lärm, den ca. 1/3 der Bundesbürger als belästigend empfinden. Und -last but not least- sterben 32 Menschen täglich auf unseren Straßen als Folge dieses System Auto. Und Ihr tragt noch mit Eurer Förderung dem Irrglauben bei, daß es ein umweltfreundliches Auto geben kann. Hört also auf mit diesem Unsinn!!!

K. H. Ludewig
Arbeitskreis Verkehr
Bürgerinitiative
Westtangente e.V., Berlin
im BBU

Zukunftswerkstatt Saar e.V.

Hallo,

wir wollen mit unserem Schreiben eine Stellungnahme zu zwei Artikeln abgeben, die im Wandels-/Wandersblatt in letzter Zeit erschienen sind.

Einmal beziehen wir uns auf ein Interview mit R. Reitz im Wandelsblatt vom Januar 1985 (S.1+2), in welchem O. Lafontaine zitiert wird.

In beiden Fällen wird seitens exponierter SPD-Seite die Zukunftswerkstatt Saar als SPD-Projekt einverleibt.

Bei R. Reitz heißt es: „ ... es (gibt) **auch in der SPD bereits neue Ansätze** ... In Saarbrücken existiert die Zukunftswerkstatt Saar ..."

Von O. Lafontaine wird folgendes zitiert: „In diesem Saarbrücker Beispiel (gemeint ist die ZW) kommen verschüttete Erfahrungen in Sicht, die zum ureigenen Beitrag der Sozialdemokratie gehören und die wir uns von der alternativ-ökonomischen Szene nicht aus der Hand schlagen lassen dürfen."
So weit, so ärgerlich.

Wir fragen uns natürlich, woher diese Form fürsorglicher Belagerung von Seiten der Sozialdemokraten kommt, derzufolge jene beiden vermeinen, sich die Zukunftswerkstatt an ihr Organisations-Revers heften zu können. Wir glauben auch eine Erklärung dafür zu haben. Wir sehen sie in dem spezifisch sozialdemokratisch-kulturellen Milieu, in dem sich alles um die eigene Organisation und deren spekulierte oder reale Bedeutsamkeit für diese Gesellschaft dreht und wendet.

Gewendet wird nun hauptsächlich von rechts, von den unaufgeklärten Teilen der Gesellschaft, was (nicht allein, aber aus nachvollziehbaren Gründen) dem sozialdemokratischen Milieu, namentlich dem der Funktionsträger, nicht behagt. Umso mehr muß es sich sputen, verloren gegangene politische Einflußsphären wieder zu „besetzen". Angesichts der in den 70er Jahren bis 1982 betriebenen technokratischen Politik und des damit notwendig einhergehenden Realitäts-, Bewegungs- und Konzeptionsverlustes – Folge eines auf Verfestigung der gesellschaftlichen Zustände gerichteten politischen Verwaltungshandelns –, sind heutzutage besondere Nachweise erforderlich, die belegen sollen, daß die gute alte Sozialdemokratie wieder auf der Höhe des aufgeklärten Teiles der Bevölkerung ist. Was an gesellschaftlichen Reformansätzen zu Regierungszeiten systematisch verschlafen wurde, gilt es nun mit der Verve eines religiösen Eiferers nachzuholen – zumindest sprachlich zu besetzen. Schade bloß, wenn die Anstrenungen zwanghaft betrieben werden und zudem in die falsche Richtung zielen. Den Eindruck haben wir leider.

Die Zukunftswerkstatt setzt sich zum überwiegenden Teil aus Menschen zusammen, die die 70er Jahre politisch bewußt miterlebt haben. Wie nicht anders zu erwarten, gehören sie zum größeren Teil nicht dem sozialdemokratischen Milieu an. Eine der wichtigsten Erfahrungen aus den 70ern war für uns die: gesellschaftspolitische Arbeit im weitesten Sinne ist in erster Linie außerhalb von organisationsbezogenem Lagerdenken zu entwickeln, von unten und sachbezogen, konkret und zugleich allgemein, dabei sehr wohl und bewußt verschiedene emanzipationswillige kulturelle Milieus einbeziehend. Unsere Wunschvorstellung zielt ab auf die Ausstrahlung der in den selbstbestimmten Ansätzen praktizierten kulturellen Vielfalt in das gesellschaftliche Umfeld. Wir sehen uns da verbunden mit Entwicklungen und Teil von Lernprozessen, die vielerorts in der Bundesrepublik (und anderswo) ablaufen.

Dieser Zielvorstellung verpflichtet, arbeiten bei uns 2–3 Sozialdemokraten mit; ihr verpflichtet haben wir auch stets Kontakte zu sozialdemokratischen (und grünen) Funktionsträgern in der Kommune und bundesweit unterhalten. Wir haben als sog. „Experten in Selbstverwaltung" etliche Diskussionen und Besuchsprogramme – wie andere selbstverwaltete Projekte ebenfalls – bei uns abgewickelt, da es zu unserem Verständnis von Öffentlichkeit und Aufklärung hinzugehört. In gleicher Weise haben wir uns bundesweit an Tagungen, Seminaren usw. beteiligt.

Nun müssen wir erleben, wie unsere Offenheit von der Sozialdemokratie instrumentalisiert wird, wie wir organisationsborniert vereinnahmt werden, obgleich dazu kein Anlaß besteht.

Nach dieser Erfahrung kommt Ärger hoch. Sektierertum, so scheint uns, ist keineswegs das Privileg von kleinen Grüppchen oder Minderheiten, die in ihrem eigenen Saft schmoren.

Wir meinen aber auch, daß das sozialdemokratische Funktionärs-Milieu wird lernen müssen, daß kritische inhaltliche Unterstützung der Selbstverwaltungsbewegung eine gute Sache sein kann. Einfach deshalb, um uns (zumindest in Teilen) eine menschliche und gerechte Gesellschaft näher zu bringen. Dann werden sich nur wenige einer Auseinandersetzung – oder auch Kooperation – verschließen können.

Genau so deutlich wird aber zu sagen sein, daß Vereinnahmung (vielleicht gar mit dem Hintergedanken der besseren Kontrolle – siehe als aktuelles Beispiel den BBU) zugleich die Zerstörung der gebotenen kulturellen und politischen Vielfalt bedeutet. In diesem Sinne bspw. ist das sozialdemokratische Milieu an seine Bringschuld in Richtung Glaubwürdigkeit zu erinnern. Eine längst fällige, selbstkritische und öffentliche Abarbeitung mit seiner eigenen (jüngeren und älteren) Geschichte steht jedenfalls noch aus. Dann ließe man die neuerlichen Umarmungsstrategien und (bereits historisch) falschen Behauptungen wie die von der Genossenschafts-/Selbstverwaltungsbewegung als der 3. Säule der Arbeiterbewegung vielleicht bleiben.

In diesem Sinne
Hans Günter Grewer (Holzbock)
Siggi Achterberg (Fahrradladen)
– beides mit der Zukunftswerkstatt Saar e.V. assoziierte Projekte –

Stellenanzeigen

Stellenausschreibung

Die Grünen unterstützen über die Ökofonds Projekte, die sich gegen die fortschreitende Zerstörung unserer Lebensgrundlagen einsetzen und Ansätze zu einer Neugestaltung unserer Gesellschaft entwickeln und aufzeigen wollen.

Für den Ökofonds NRW ist die Stelle

der Geschäftsführerin/ des Geschäftsführers

neu zu besetzen.

Der **Arbeitsbereich** der Geschäftsführung umfaßt die organisatorische Abwicklung der eingehenden Anträge, Zuarbeit für den Vergabeausschuß, Abwicklung des gesamten Finanzbereichs, Klärung rechtlicher Fragen, Beratung von Projekten, Öffentlichkeitsarbeit sowie inhaltliche Weiterentwicklung der Ökofonds gemeinsam mit dem Vergabeausschuß.

Folgende **Anforderungen** werden an die Bewerber/innen gestellt:
Kaufmännische und organisatorische Kenntnisse
Kooperationsfähigkeit und selbständiges Arbeiten
Engagement und Erfahrung im Bereich „Struktur und Finanzierung von alternativökonomischen Projekten und anderen Initiativen"

Der Ökofonds versucht, **alternative Arbeitsformen** möglich zu machen. Diesen Anspruch hat er auch für seine inneren Strukturen.
Es ist in der Diskussion, die ausgeschriebene ganze Stelle auf zwei gleichberechtigt arbeitende Menschen zu verteilen. Es gibt hierzu noch keine abschließende Entscheidung – Vorstellungen der Bewerber/innen können einfließen. Gemeinsame Bewerbung von zwei Leuten ist möglich.

Wir weisen darauf hin, daß es bereits Bewerber aus dem Vergabeausschuß gibt.
Bei gleicher Qualifikation werden Frauen bevorzugt eingestellt.
Bewerbungen mit entsprechenden Unterlagen bis zum **15. März** an die folgende Adresse. Nach diesem Termin eingehende Bewerbungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Ökofonds der Grünen NRW
z. Hd. Stephan Rotthaus
Nibelungenweg 1
4300 Essen 13
Tel. 0201 – 594623

Ausbildungsprojekt mit Produktion (4 Tischler/10Lehrlinge) sucht Tischler/in mit Berufserfahrung, mit dem/der wir zusammen nicht nur zusammen arbeiten, sondern uns auch weiterentwickeln können.
Arbeitsgemeinschaft Bethanien e.V.
Oranienstr. 25
1000 Berlin 36
Tel. 030/651012

Welche/r Versicherungskauffrau/mann kann sich vorstellen, längerfristig in einer kollektiven Versicherungsagentur zu arbeiten?
Fairsicherungsladen Heiner Stede
Jacobstr. 13
3000 Hannover 91
Tel. 0511/442959

Wir suchen Schreiner/in mit Berufserfahrung für 3-jähriges Kollektiv in Bodelshausen (liegt in Süddeutschland, am Fuß der Hohenzollernburg, na ja). Wir sind ein Schreiner- u. Kfz-Betrieb, alles weitere auf Anfrage:
„HaWeK" Handwerkerkollektiv
Rosenstr. 9
7454 Bodelshausen
Tel. 07471/7717

Ich habe in Alsfeld/Oberhessen einen grobkeramischen Betrieb und produziere unglasierte Wand- und Bodenplatten in Klinker-Härte. Der Brand mittels Kohle ist ein Reduktionsbrand mit 1.280 Grad und bestimmt auch dadurch die Farbgebung, die natürlich ohne Engobe- oder Glasuraufbringung geschieht und herbstfarben ist. Da durch neue Produktionsverfahren in der Herstellung eine Vermassung stattfindet, hat gerade ein natürliches Produkt mehr Attraktivität gewonnen und ist noch im Steigen. Eine gesicherte Zielgruppe ist eine große Anzahl von Architekten, die auch im Innenraum keine Massenware verwenden und ein vor Ort gelegenes Tonlager sichert den Bestand des Betriebes. Nun müßten einige Investitionen durchgeführt werden, die ich, 62-jährig, nicht mehr durchführen möchte. Meine Frage daher, ob in Ihrer Klientel ein Interessent zur Übernahme zu finden ist, der natürlich ausreichend lange von mir eingeführt werden kann. Über die gesamte Abwicklung könnte dann in verschiedenen Variationen eingegangen werden.
Anschrift und Name sind der Redaktion Ffm bekannt.

Soziale Garantien Garantiertes Mindesteinkommen

Über 150 Leute trafen sich am 16. und 17. Februar am hierfür denkbar ungeeignetsten Ort, nämlich der in Beton eingemauerten und nur labyrinthisch erreichbaren Nordweststädter Fachhochschule für Sozialarbeit, um am möglichen Stellenwert einer Forderung nach garantiertem Mindesteinkommen weiterzuarbeiten. Anwesend waren vor allem Mitarbeiter/innen aus dem Umkreis des Sozialistischen Büros, der AG SPAK, der Partei DIE GRÜNEN (Mitglieder des Bundestags und solche, die es demnächst werden wollen, inbegriffen) und verschiedener kommunaler Alternativer Listen, der Grauen Panther, von Arbeitslosen-, Sozialhilfe- und Frauengruppen. Nach einführenden Reden der Veranstalter (Günter Pabst, Michael Opielka) gab zunächst Carl-Wilhelm Macke aus Hannover ein Panorama verschiedener aktueller, von ihm wahrgenommener, Beispiele von Verelendung. Ihm folgte ein sich ebenfalls auf Erfahrungen beziehender Redner der Arbeitsgemeinschaft Arbeitsloser Bürger aus Bremen – er begründete, wie diese Gruppe im Laufe der Zeit dahin gelangt sei, das Garantierte Mindesteinkommen zu fordern.

Den Kernpunkt des Samstagvormittages bildete jedoch eine als kontrovers eingeplante Diskussion zwischen Georg Vobruba und Walter Hanesch, der eine allgemeine Diskussion folgte. Georg Vobruba, zum Pro-Redner ausersehen, begann mit einer Kritik der gesellschaftlich bestehenden Zentrierung auf Lohnarbeit. Die Vorstellung, daß es jedem/r, der/die dies braucht, gelinge, dauerhaft in Lohnarbeit zu bleiben, hätte noch nie gestimmt, vor allem für die Frauen nicht. Eine „normale" Lohnarbeiter(innen)biographie wird nun immer unwahrscheinlicher. Dies muß zur Spaltung des Sozialstaates führen. Faktisch findet eine Entkoppelung von Arbeit und Einkommen bereits statt, die Frage ist nur noch, wie am besten entkoppelt werden soll (dies wurde sehr anschaulich am Beispiel, daß die Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit dadurch zustande kämen, daß nur noch 40 % – mit Arbeitslohn verkoppeltes – Arbeitslosengeld beziehen).

Entscheidend ist Vobruba zufolge, die Lösung der folgenden Probleme:

- Die Höhe des Garantierten Mindesteinkommens (es ist erheblich, ob es sich um 250 DM oder um 1000 DM im Monat handeln würde).
- Das Verhältnis eines Garantierten Mindesteinkommens zu den bisherigen öffentlichen Transferleistungen (Arbeitslosen-, Renten-, Krankenversicherung etc.): soll es sich um einen Ersatz dieser handeln? Um einen Zusatz zu ihnen? Um eine Mischform?

Aus den Diskussionen um die Zumutbarkeitserwägungen von Arbeitslosigkeit, aus dem „Skandal, daß Frauen ohne Einkommen viel Arbeit haben" (Claudia von Werlhof), der ohnehin schon bestehenden Entkoppelung ergibt sich laut Vobruba die Forderung nach einem Garantierten Mindesteinkommen: als einem potentiell linken Ansatz, der eine größere gesellschaftspolitische Dimension besäße. Zu kombinieren sei er mit der Forderung nach „Arbeit für alle", nicht als Alternative dieser abstrakt gegenüberzusetzen.

Dem hielt Walter Hanesch entgegen, daß Form (in der Diskussion stehen jetzt ca. zehn mögliche Formen, von der „negativen Einkommenssteuer" über das Bürgergehalt bis zur Sozialhilfereform) und strategische Perspektiven der Knackpunkt seien. Gefahren sah Walter Hanesch darin, daß Ausgrenzungsstrategien verstärkt werden könnten, Arbeitszwang erneut aufkäme, und daß die Forderung wohl ein Ausdruck der Hoffnung sei, über den Staat eher eine Umverteilung von Einkommen als von Arbeit zu erreichen. Daß der Teufel im Detail stecke, führte Hanesch am Beispiel von Problemen der Sockelung aus: Welche Leistungen sollen ersetzt werden? (Sozialhilfe? Kindergeld? Lohngeld? ...) Wer ist Bezugs-, bzw. Steuereinheit? (Das In-dividuum? Der Haushalt?) Soll nach Bedarf oder pro Kopf bezahlt werden? Wovon soll die Höhe abhängen? (Ist sie gar willkürlich?) Soll eine Dynamisierung stattfinden? Soll es Indexklauseln geben? Die Alternative zur Forderung nach einem Garantierten Mindesteinkommen sah Hanesch im Ansatz an den bestehenden Leistungssystemen und in der Erweiterung des Solidaranspruches.

Diese Position wurde in der Diskussion vor allem von Felsberg (AL Berlin) verstärkt, der von der Anhebung aller bestehenden Grundsicherungen ausging. Allein die Anspruchsberechtigung von 8 Millionen Hausfrauen und 4 Millionen in Ausbildung befindlichen würde (bei 1000 DM im Monat) eine zusätzliche Summe von 144 Milliarden DM im Jahr, mehr als die Rentenversicherung, erfordern. Die AL Berlin lehne die Bezahlung von Hausarbeit ab, nicht jedoch die Bezahlung der Kindererziehung. Auch entspann sich eine inner-grüne Diskussion, ob sich infolge der großen zusätzlich erforderlichen Geldmengen eine Fortsetzung des Wachstumsmythos ergäbe, oder, im anderen Falle, eine Perpetuierung des Lohnmythos, wenn die Lohnarbeit entscheidende Einkommensquelle bleiben solle.

Das Folgende ist ebenso einfach zu erzählen, wie schwierig inhaltlich auszuführen, zumal es für mich gar nicht so einfach ist, bei einer Beschreibung dessen, was ablief, meine eigene Position rauszuhalten. Am Samstagnachmittag tagte man/frau in vier Arbeitsgruppen, mit, wie ich mir sagen ließ, durchaus unterschiedlicher Frustration, am Sonntagvormittag wurden die Diskussionsprozesse der Arbeitsgruppen einander mitgeteilt – mindestens eine/n gab es aus jeder AG, der/die aus dem Verlesenen die Diskussion der AG nicht wiedererkannte.

Die AG Frauenarbeit hinterfragte die geschlechtliche Arbeitsteilung, sah das Garantierte Mindesteinkommen als für Frauen wesentliche Sozialreform an, vorausgesetzt, es sei an das In-dividuum gebunden, und von Familienstand und Lohnarbeit unabhängig. Es solle als Existenzsicherung die bestehende Verquikkung von Existenzsicherung, Liebesverhältnis und Arbeitsverhältnis ablösen, und die Wahlmöglichkeiten von Frauen vergrößern. Hingegen ändere es nichts an der Struktur der Erwerbsarbeit.

Die AG Soziale Garantien lief letztlich auf eine Verbindung von Garantien als Fonds für Teilhaberrechte an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen (m.E. jener Aspekt, der für CONTRASTE-Leser/innen als Mitarbeiter/innen selbstverwalteter Einrichtungen der interessanteste sein dürfte) hinaus. Nicht aufgehoben werden konnte die hierin enthaltene Spannung zwischen individueller Absicherung und Projektförderung. Die AG hielt eine Entdiskriminierung der Vergabe von Transferleistungen, die Ablehnung von Zwangsarbeit/Zwangspädagogik/Zwangstherapie, und die Erarbeitung eines „alternativen Warenkorbs", eines „Warenkorbs von unten", der dann prozentual am Durchschnittseinkommen orientiert sein sollte, für unverzichtbar.

Die AG Garantiertes Mindesteinkommen und Arbeit ging von den vier Eckpunkten Analyse- und Kompetenzdefizit – soziale Erscheinung Garantiertes Mindesteinkommen – Finanzierung – politische Strategie aus. Sichtlich gab es in der AG zwei polare Positionen: Instrument des Abwehrkampfes oder der politischen Offensive; eine Wachstumsfalle bei resignativer Einschätzung des formellen Sektors (Reinhard Pfriem) oder eine Senkung der Lohnnebenkosten durch präventive Politik; autonome Existenzsicherung oder Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Im Plenum verschärfte sich die Polarisierung eher noch.

Schließlich hatte die AG Armut mit einer Rede von Stefan Leibfried begonnen, der die Forderung nach Mindesteinkommen eher skeptisch eingeschätzt hatte. Michael Opielka listete die bestehenden Anknüpfungspunkte von Entkoppelungsstrategien auf: im Gesundheitswesen (beitragsunabhängige Sachleistungen), in der Sozialhilfe (Bedarfsorientierung), im Steuerrecht (Freibeträge), im Unterhaltsrecht, in der Beamtenversorgung. Das Garantierte Mindesteinkommen könne weder ein Ersatz für den Sozialstaat sein, noch sei es auf niedrigem Niveau (ab 400 DM) sinnvoll. Unumstritten seien: Basisrente, Kindergeld, Verstärkung des sozialen Ausgleichs, der Zusammenhang mit der Steuerreformdebatte. Woraus denn auch ein Fülle von Arbeitsaufträgen folgte: Erarbeitung von Teilhabestandards, des alternativen Warenkorbs, der sozialen Indikatoren, der geltenden Einkommensleistungen, der Kosten der Anhebeung je nach Modell. Auch soll zugleich mit der Abkoppelungsdiskussion vom Warenkorb bei der Sozialhilfe seitens der Länderministerien ein armuts-Hearing veranstaltet werden. Das Stichwort vom kommenden „Äthiopien im eigenen Land" wurde laut; auch waren Vertreter/innen verschiedener Initiativen unzufrieden, weil so wenige Möglichkeiten herausgearbeitet werden konnten, um ihre bestehende Situation zu verbesssern.

Rolf Schwendter

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Kommune–Initiative Emmaus Niederrhein e.V.

Dem Zerfall des jetzigen menschen- und umweltzerstörenden Systems setzen wir die Perspektive einer kommunitären Gesellschaft gegenüber (s. Bericht zur Kommunebegegnung auf Burg Stettenfels, in NACHBARSCHAFT Okt. 84). Deshalb wollen wir in der BRD ein erstes Modell einer **ganzheitlichen Großkommune** (300–400 Mitglieder) realisieren.

Als ersten Schritt wollen wir unsere Gemeinschaft auf 20–30 Mitglieder vergrößern. Bisher bewirtschafteten wir ein Tagungshaus mit kleinen Werkstätten und Flohmarkt. Auf einem weiteren 2ha-Gelände wollen wir uns in weitere Arbeitsbereiche der geplanten Großkommune, wie ökolog. Gartenbau, alternative Energieversorgung etc. (=Permakultur) ausbilden.

Es geht uns jedoch nicht nur um alternative Arbeitsformen, sondern auch um die Suche nach brauchbaren Quellen sozialer und **spiritueller Gemeinschaft.** Besonderen Wert legen wir aufgrund langjähriger Erfahrung unserer Gemeinschaft auf die **Überwindung kleinfamiliärer Strukturen.**

Ein Großteil von dem, was wir meinen und wollen, kann natürlich nur über einen gemeinsamen Lebensprozeß erfahren werden. Ernsthaft Interessierte schreiben bitte mit einer kurzen Darstellung ihres Interesses an:
Emmaus Dachsberg
4132 Kamp-Lintfort

Selbstverwaltet, alternativ und progressiv!

Dies war das dritte Treffen von Projekten, Betrieben und Individuen aus der Region zwischen Koblenz und Trier, Nahe und Mosel und ein bischen drüber hinaus. Im Tagungshaus Hunsrück-Ohlweiler Mühle, bei Simmern trafen wir uns wieder, diesmal bei herrlichsten Sonnenschein und teilweise etwas anderer Zusammensetzung. Anwesende Kinder ließen das Ganze auch nicht zur allzuernsten Arbeitssitzung verkommen.

So überlegten denn soziale Projekte, Zeitungsmacher und Käsehersteller unter anderem wo eine Gemeinsamkeit zu entdecken sei, während das Trennende sehr viel schneller gefunden war und zeitweise für etwas hektische Stimmung sorgte. Einig wurden wir uns in der Frage, ob die Vision einer regionalen Messe im Hunsrück Wirklichkeit werden soll. Sie soll. In Kirchberg wird in der Zeit vom 31.10. bis 4.11.85 eine Ausstellung der Gruppen und Individuen sein, die in irgendeiner Form mit den Inhalten: Selbstverwaltung-Alternativ-Progressiv eine Auseinandersetzung führen. Ist es auch ein Anliegen inhaltlich zu diskutieren, wie eine strukturpolitische Perspektive in diesem Teil der Steueroasenregion gefunden werden kann und wie wir uns an einem Entwicklungsprozeß beteiligen können. Diese Diskussion kann Bestandteil aller weiteren Treffen sein und das nächste findet stattt nochmal im Tagungshaus Hunsrück-Ohlweiler Mühle bei Simmern am 10. März ab 14 Uhr.

Gerhard

Übrigens, eine Dokumentation der ca. 30 teilnehmenden Projekte und Individuen kann bei uns angefordert werden gegen Kostenerstattung in Briefmarken (DM 3.50).
LiD e.V., Dörrwiese 4,
5552 Morbach-Merscheid
Tel.. (06533) 35 34

IMPRESSUM (Berlin)

CONTRASTE erscheint monatlich

Herausgeber: Peter Hass, c/o Krebsmühle-Druckerei, Modellfabrik, Niederurseler Str. 7, 6370 Oberursel

Eigenverlag

Redaktion.
Harald Deersberg, Iske und Koll., Wulwestraße 25, 2800 Bremen
Tel.: 0421/7 20 93

Stattwerke e.V., c/o Michael Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel. 030/ 6 11 59 04

ASH Krebsmühle
c/o Jutta
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/7 34 96

V.i.S.d.P..
Monika Blanke (Berlin), Robert Williams-Lohmann (Heidelberg), Harald Deersberg (Bremen), Werkstatt für Druck und Grafik, Osnabrück (Branchenseite Grafische Betriebe)

Herstellung
Zündsatz GdbR, Postfach 10 45 20, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1
Tel.: (06221) 1 34 02

Druck:
Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 11

Vertrieb:
Krebsmühle-Druckerei
Modellfabrik, Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5

Konto:
Postgiroamt Frankfurt/Main
Kto.-Nr. 3836 87 - 607
(BLZ 500 100 60)
Jutta Gelbrich, Oberursel

Eine Auswahl von Comics wurden dem Kopf-Hoch-Kalender 1985 von Fuchsi, Kief, Peter Petri, Detlef Surrey und Harald entliehen.

Regionale Kontaktadressen:

Graphische Betriebe (Branchenseite):
Constantin Bartning (Oktoberdruck), Paul-Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36
NRW:
Maria Springenberg, Verdistr. 27
4010 Hilden
Rheinland-Pfalz:
Lebensgemeinschaft im Drohntal, Dorwiese 4, 5552 Morbach/Merscheid
Baden-Württemberg:
Libellus-Verlag, Gerhard, Augustenstr. 82a, 7000 Stuttgart 1
Nordbaden:
Zündsatz, Gaisbergstr. 97, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg1,
Tel.: (06221) 1 34 02
Bayern:
AG SPAK, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel.: (089) 6917821

OBDACHLOSENARBEIT KANN NUR IM ZUSAMMENHANG MIT DER DERZEITIGEN WIRTSCHAFTLICHEN SITUATION IN DER BRD MIT MASSENARBEITSLOSIGKEIT UND SOZIALABBAU GESEHEN WERDEN

„Gerechtigkeit gibt's nur beim lieben Gott"

(Dr. Oskar Schneider; Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau)

Foto: Mihaly Moldvay

Immer mehr Menschen geraten aufgrund fehlender Arbeitsplätze, steigender Mieten und verstärktem Konsumzwang an die „Armutsgrenze" und damit in den Bereich sozialstaatlicher Hilfsmaßnahmen; die Zahl der Wohngeld und Sozialhilfeempfänger steigt an, die Einweisungen in Notunterkünfte nehmen wieder zu. Die Erfahrungen in der Obdachlosenarbeit seit Beginn der 70-er Jahre haben gezeigt, daß caritativ-kompensatorische Maßnahmen initiiert werden konnten, heute noch bestehen und überwiegend in kommunaler und verbandlicher Regie mit Hauptamtlichen weitergeführt werden; sozialpolitische Ansätze („Obdachlose erkennen ihre Situation und sind in der Lage, sie zu verändern!") kamen über Anfangserfolge (Köln!) nicht hinaus.

In den meisten Siedlungen wurde die soziale Versorung verbessert: Der Staat hat reagiert, das Nötigste getan und die Luft war raus!

An den gesellschaftlichen und systembedingten Ursachen hat sich nichts verändert, das Frühwarnsystem wurde besser und am Ende warfen die Vertreter sozialpolitischer Ansätze das Handtuch.

Neue Themen rückten in den Mittelpunkt: Ausländer, Behinderte, Frauen, Kernkraft, Arbeitslosigkeit, Frieden... In den Obdachlosensiedlungen schien der graue Alltag einzukehren.

Inzwischen allerdings werden die Notunterkünfte „wiederaufbereitet"! Türkische Großfamilien, Asylanten aller Länder und immer mehr von der neuen Massenarbeitslosigkeit Betroffene halten Einzug in den neuen/alten „Sozialen Brennpunkten" (amtsdeutsch für: Infrastrukturell unterversorgtes Wohngebiet).

Soweit aus dem Thesenpapier des Obdachlosenbereichs zum Vertretertag 1983 in Fronhausen. In Gelsenkirchen werden inzwischen neue „Schlichtwohnungen" gebaut und in Offenbach hat man „Wohncontainer" auf die grüne Wiese gestellt. Vorläufig scheinen das noch die Ausnahmen zu sein, aber wo soll die sog. Wohnungspolitik eines Oskar Schneider hinführen:

„Gerechtigkeit gibt's nur beim lieben Gott", sagte er im Januar dieses Jahres, zu den hohen Mieten und Wohnungsleerstand (in der BRD 1 % des gesamten Wohnungsbestandes!) befragt.

Der arme liebe Gott, solcher Art vom Schwarzen getroffen, wird das ja von einem christlichen Politiker nicht ungern hören. Vielleicht wird er aber stutziger, wenn er dann in seiner Allwissenheit merkt, daß wohnungspolitische Maxime des Herrn Schneider des Deutschen zweitliebstes Kind ist: „ Der Anteil an Eigenheimbesitzern muß von 40 auf 50 % gesteigert werden." – und da fließen auch die entsprechenden Mittel hin.

Das alles auf dem Hintergrund von steigender Massenarbeitslosigkeit und zunehmender Armut.

Zynisch, machtgeil, menschenverachtend, die Politik nach der Wende.

WO STEHT „IN DIESEM ZUSAMMENHANG" DIE OBDACHLOSENARBEIT DER AG SPAK?

Wie oben angedeutet immer noch mitten in den Siedlungen:
Mutter-Kind-Gruppen, Spiel- und Hausaufgabenstuben, Jugendclubs, wenig bis keine „Erwachsenenarbeit", von GWA-Ansätzen ganz zu schweigen...

Die rund 100 Initiativgruppen im AG-SPAK-Obdachlosenverteiler sind im Lauf der Jahre vielerorts zu besseren Außentstellen der Jugend- und Sozialämter geworden: Arbeitsdruck, Theoriedefizit und starke Mitgliederfluktuation taten neben der Veränderung der politischen Landschaft das Ihre. Mann/Frau trifft sich dennoch seit über 15 Jahren regelmäßig auf Tagungen und formuliert Zielvorstellungen für eine bewohnerorientierte Arbeit:

- Aufhebung des „Anstaltsrechts" in den Siedlungen – Mietverträge für alle!
- Sanierung der Unterkünfte unter Berücksichtigung der Bewohnerinteressen!
- Initiieren von Bewohnerbeiräten und/oder Sozialhilfegruppen!
- Aufbau von Gesundheits- und Vorsorgediensten!
- GWA- und Stadtteilorientierung!

Das Problem bei unserer Arbeit in den Siedlungen ist wohl der Konflikt: einerseits Mitarbeit/Betreuung in den sozialen Einrichtungen vor Ort; Kennenlernen der Lebenssituation der Leute in den Siedlungen; Verarbeiten der gemachten Erfahrungen für sich selber; andererseits Widerstand gegen die liebevolle Umarmung mit der Staatsknete („Wer zahlt, schafft an!"); Zusammenarbeit/ -leben mit den Bewohnern; Aktionen im Stadtteil, GWA, Aufklärung, Widerstand.

Inzwischen hat sich die Einschätzung durchgesetzt, daß Betreuungsarbeit hier und politische Initiativen dort keine Gegensätze sein können, solange es mindestens eine sozialpolitische Perspektive bei unseren Gruppen gibt.

Trotz immenser struktureller Schwierigkeiten hinterfragen alle Basisgruppen, die an unseren Seminaren teilnehmen, die konkrete Betreuungsarbeit – jetzt mal ausgeklammert, ob eine solche überhaupt unpolitisch gesehen werden kann. Als Minimalkonsens für eine überregionale Arbeit ist das ausreichend.

Der Obdachlosenbereich beteiligt sich derzeit an zwei Initiativen auf Landes- und Bundesebene:

a) in Bayern soll eine Landesarbeitsgemeinschaft für Obdachlosenfragen entstehen, wo vor allem der Zusammenhang zwischen staatlicher Wohnungspolitik und dem Entstehen/Bestehen von Obdachlosensiedlungen aufgezeigt wird. Ein entsprechender Fragebogen wurde erstellt und bayernweit verschickt, die Ergebnisse sollen Grundlage für eine Tagung im Juni sein.
„Knackpunkt" scheint die Problematik der Beteiligung größerer Wohlfahrtsverbände zu werden.

b) Im Januar fand in Saarbrücken ein Treffen von fünf bereits bestehenden oder in Aufbau befindlichen Landesarbeitsgemeinschaften statt. In diesem Kreis soll versucht werden, bundesweit auf die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau in die Obdachlosensiedlungen hinein aufmerksam zu machen. Weitere Schwerpunkte sind die Warenkorbdiskussion, Kürzungen bei der Sozialhilfe, Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger, Sanierung von Notunterkünften und die staatliche Wohnungspolitik.

Die Beteiligung der Bewohner ist bei beiden Ansätzen zwar als unverzichtbarer Anspruch formuliert, in der Praxis sieht es allerdings anders aus: Es gibt in den wenigsten Städten Sozialhilfe-Selbsthilfegruppen oder funktionierende (Mitbestimmung!) Interessenvertretung der Bewohner in den Siedlungen. Damit ließe sich das Thema unter dem Schimpfwort **„Stellvertreterpolitik"** abhaken, allerdings: Wann, wo und von wem haben Sozialhilfeempfänger und Obdachlose „gelernt", mit Ämtern/Ministerien usw. „umzugehen" und wie wurde ihnen von diesen zeitlebens „mitgespielt"?? Lebenslanges Kontrolliert- und Abhängiggemachtwerden überstehen nur wenige so, daß sie sich noch wehren können. Noch dazu Seite an Seite mit Studenten und Sozialarbeitern mit dem vielzitierten „Helfersyndrom" ... wieder mal ein Thema für den längeren Atem ...

Zusammen mit dem Projektbereich Stadtteilarbeit und der AG SPAK und Leuten, die mit GWA-Ansätzen arbeiten, diskutieren wir z.Zt. eine Utopie, die vor über zehn Jahren im „Roten Bologna" (Gleichnamiges Buch) Wirklichkeit war. Die Überlegung kam zustande, weil eine (isolierte) Siedlungsarbeit ohne den Stadtteilbezug nicht denkbar ist. Zum Thema Mitbestimmung im Stadtteil, Möglichkeiten der Teilnahme an städtischen Planungen usw., entstanden beim Vertretertag 1984 in der ASH Krebsmühle folgende Fragestellungen:

- welche Möglichkeiten gibt es in den Gemeindeordnungen; Vergleiche nach Bundesländern?
- Wie funktionieren die herkömmlichen Mitbestimmungsorgane: Bürgerversammlungen, Bezirksausschüsse, Beiräte usw.?
- Wie stark ist der Einfluß der Parteien in diesen Bereichen?
- Wie funktionieren Mitbestimmungsmodelle in Holland?
- Welche programmatischen Aussagen gibt es dazu bei den GRÜNEN?
- Professionalisierung? Zeitaufwand? Kosten?

Für Mai ist ein Seminar in Bologna geplant und im Oktober (4.–6.) wird in Friedrichshafen ein langjähriger GWA-Ansatz aus Berlin zur Debatte stehen.

Die Frage, wie sich sozialpolitische Forderungen der SPAK-Basisgruppen auf kommunaler Ebene transportieren lassen, wird seit einem Jahr zur Gretchenfrage für die GRÜNEN: Sind sie noch (in) Bewegung, oder nicht oder sollen wir ihnen auf die Sprünge helfen oder nicht? Unser SPAK-Spektrum im Obdachlosenbereich spiegelt da in allen rot-GRÜNEN Tönen: Es gibt solche, die sind selber im Parlament, Zuarbeiter und ganz andere: Offene Fragen und gut so. Vorsichtige Schätzung: GRÜNE Zuarbeitertendenzen!

Soviel zur aktuellen Situation im Projektbereich Obdachlosenarbeit in der AG SPAK. **Mehr und weiteres steht in unserer Vierteljahreszeitschrift „forum". Für Fragen und Informationen gibt es die Geschäftsstelle in 8000 München 90, Kistlerstraße 1 (089/6 91 78 21) oder den Projektbereichssprecher Reinhard Kellner, Schillerstraße 8, 8400 Regensburg (0941/2 24 84) oder das neu eingerichtete Obdachlosen-Regionalbüro, ebenfalls in Regensburg, Humboldstraße 1 (0941/70 29 64).**

AG SPAK BÜCHER

Kühn/Preis,
WIDERSTAND AUS DER HINTERWELT
Linke Intellektuelle machen Sozialarbeit. Folgen für Theoriebildung und Betroffene
M 40, 114 S., brosch., DM 12,–
ISBN 3-88227-040-3

OBDACHLOSENPOLITIK IN DER BRD
Trendlinien kommunaler Obdachlosenpolitik, Projekterfahrungen, Handlungsanleitungen zur Zusammenarbeit mit Obdachlosen
M 28, 240 Seiten, brosch., DM 13,–
ISBN 3-88227-028-4

Hess-Diebäcker
DEKLASSIERTE ARBEITERFAMILIEN
Handlungsansätze zur Veränderung ihrer Lebensverhältnisse.
M 43, 240 S., brosch., DM 18,–
ISBN 3-88227-043-8

Wehnert, Marquardt, Neumann
ZUR PRAXIS VON VORSCHUL- UND SCHÜLERARBEIT MIT OBDACHLOSENKINDERN
M 24, 160 Seiten, brosch., DM 7,80
ISBN 3-88227-024-1

AG SPAK
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Foto: Mihaly Moldvay

INSTITUTIONELLE ZWÄNGE UND KOMPLEMENTÄRE (DAZU PASSENDE) STRUKTUREN

Die leidige Psyche ...

In diesem Beitrag will ich die Strukturen eines selbstverwalteten Betriebes (in diesem Fall das Autonome Bildungs-Centrum e.V.) bzw. davon ausgehende Zwänge untersuchen und wie schön jeder aus unserer Gruppe (aus Eurer Gruppe?) diese Zwänge ausfüllen kann mit seinen psychischen Strukturen und „Macken". (Macken sind nicht unbedingt negativ gemeint.)

Daß Gruppendynamik und die zwischenmenschliche Ebene sehr wichtig – wenn nicht der entscheidende Punkt – in einem selbstverwalteten Projekt bzw. Betrieb sind, ist heute sehr weitgehend anerkannt. Das Thema ist in bestimmten Kreisen auch schon so häufig diskutiert worden, daß man nichts mehr davon hören will. Sehr oft ist man stehengeblieben bei der Beschreibung der Schwierigkeiten, weil ja natürlich die Analyse dieser Schwierigkeiten ungleich schwerer ist. Ich habe für unser Projekt Gründe gefunden, warum so viele Anmachen, Kräche und sonst was abgelaufen sind. Ich beschreibe als erstes die institutionellen Zwänge unseres Projektes, die für uns die eine Seite des Grundes sind. Jeder muß sehen, wieweit es für sein Projekt übertragbar ist.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Institutionelle Zwänge

1. Finanzielle Knappheit des Vereins
Sie wird von allen gesehen, aber es werden unterschiedliche Schlußfolgerungen daraus gezogen. Der eine will hier sparen, der andere da. Die Kriterien der einzelnen für ihre Entscheidungen sind unterschiedlich und häufig für die anderen nicht verständlich. Es erscheint häufig daß der/die eine sparen will und der/die andere nicht.

2. Der Zwang zur Einigung
Da fast alle überall mitreden und mitentscheiden können, muß man bei allen Vorschlägen alle überzeugen oder sie wenigstens von einem Veto abhalten. Im Zweifelsfall kann einer „große Ideen" der anderen (vor allem, wenn sie Arbeit oder Geld kosten) blockieren.

3. Der fast permanente Zwang zur Rechtfertigung eigenen Tuns
Da jeder überall mitredet (mitreden darf), muß man ständig befürchten, kritisiert zu werden. Teilweise rechtfertigt man sich nach der Kritik, teilweise auch im Vorwege. Besonders schwierig wird es mit der Rechtfertigung, wenn das Damoklesschwert des Tribunals Projektgruppensitzung winkt oder zuschlägt.

4. Die heimlichen Führer
Da man keinen Führer oder Meinungsmacher wählt, kann man auch keinen heimlichen (informellen) Führer abwählen. Damit wäre das Problem allerdings auch nur teilweise gelöst. Und da es laut Prinzip der Selbstverwaltung keinen Chef gibt, kann man auch gegen keinen Chef opponieren. Oder doch???

5. Die Arbeit guckt einen ständig an
Da ständig Arbeiten liegen bleiben, läuft man immer mit einem schlechten Gewissen 'rum oder mit der Frage: „Sollte ich dies vielleicht noch erledigen?". Und beim anderen findet man immer etwas, was der noch nicht gemacht hat.

Hieraus werden auch wieder ganz unterschiedliche Schlußfolgerungen gezogen: mehr arbeiten, Honorarkräfte einstellen, ABM-Leute einstellen, neue Projektgruppenmitglieder, Praktikanten, Arbeiten an Handwerker vergeben, ...

6. Die ständige Möglichkeit der Kritik
Da man sehr viel von anderen mitbekommt, weiß man, daß der andere Fehler (gemacht) hat. Deshalb kann man ihn auch immer zu recht (?) kritisieren.

Da man ständig kritisiert wird, kritisiert man auch selber häufig.

Da man selber keine Anerkennung bekommt, erkennt man auch andere nicht an.

7. Der Druck, gut zu sein
Der Druck, (sehr) gut zu sein, vor allem bei inhaltlichen Diskussionen und dem Schreiben von Papieren und die richtige Meinung zu vertreten, führt dazu, daß man bestimmten Personen das Schreiben und Reden überläßt, wodurch dann durch mangelnde Übung die Schwierigkeiten noch größer werden.

8. Zuviel Dienstleistungsarbeit und zuwenig Bildungsarbeit
Daraus folgen wieder unterschiedliche Schlußfolgerungen mit unterschiedlichen Kriterien. Siehe zum Teil oben.

9. Entlastung der Gruppe durch Schaffen eines Außenseiters

10. Durch eigene Überforderung fehlende Hilfsbereitschaft
Aber was hilft es jetzt, wenn man diese Gründe für viele zwischenmenschliche Schwierigkeiten weiß. Einiges kann man nicht ändern, einiges will man nicht ändern. Mir hilft die Einsicht in diese Strukturen/Zwänge, weil ich nicht mehr alles auf die Psycho-Ebene schiebe (schieben muß). Es liegt nicht nur an uns, sondern es gibt auch „objektive Gründe".

Und es muß nicht alles so bleiben, wie es ist. Selbstverwaltung hat bestimmte Strukturen – bewußt oder unbewußt. Einige dieser Strukturen sind veränderbar, ohne daß die Selbstverwaltung aufgegeben wird. Sie wird vielleicht dadurch gefördert. In welche Richtung dies gehen kann und zur Belegung des oben Geschriebenen ein Zitat aus der TAZ vom 13.9.84. „Über das Ende der Courage" sagt eine Redaktionsfrau: „Wenn ich etwas aus dem ‚Courage'-Dilemma gelernt habe, dann, daß die Verantwortung für einzelne Bereiche klar zu regeln ist und für Fehler geradegestanden werden sollte. Eine Arbeit, die ständig durch eine andere Kollegin eingerissen, umgestoßen werden kann – zu jeder Tages- und Nachtzeit übrigens – ist unzumutbar in einem Kollektiv..." Ähnliches gab es übrigens auch zum 5-jährigen Jubiläum der TAZ zu lesen. (TAZ vom 17.4.84)

Psychische Strukturen

Die zweite Seite des Grundes unseres Beziehungsstresses im Projekt sind und bleiben unsere psychischen Strukturen/Verhaltensweisen, die man bei uns in einem langen Erziehungsprozeß geschaffen hat. Diese Strukturen passen gut in das kapitalistische System, was auf Konkurrenz und Tauschwertbeziehungen aufbaut. Sie passen aber nicht zu freien, selbstverwalteten Betrieben und Kommunen, wie wir sie wollen. Die „Neue Psyche" läßt sich leider nicht so schnell schaffen wie ein formal selbstverwalteter Betrieb. Mir geht es darum, daß uns unsere „Macken", die ein jeder hat, in aller Breite und Ausführlichkeit bewußt sind, weil es mir immer noch sinnvoller erscheint, daß man ansatzweise sieht, was abläuft, als daß sich alles hinter unserem Rücken abspielt. Auch dürfte es wenig helfen für Gruppenauseinandersetzungen, die jeweiligen Macken dem anderen immer vorzuwerfen. (Was nicht heißt, daß man sich nicht gegen Einschränkungen und Behinderungen wehren soll.)

1. Profilierungswünsche
2. Konkurrenz
3. Machtstreben
4. Omnipotenzphantasien
5. Perfektionsansprüche
6. Kompensation anderer persönlicher Defizite
7. Anerkennungswünsche
8. Liebes- und Gemochtwerdenbedürfnisse bzw. entsprechende Ängste
9. Neid
10. Eifersucht
11. Soziales Sicherheitsbedürfnis
12. Spezielle Macken jedes einzelnen, z.B. Ordnungstick, Schlampigkeit
12. fehlende Offenheit/Ehrlichkeit

Die Profilierungswünsche, die Konkurrenz, das Machtstreben, die Omnipotenzphantasien finden ihren Ausdruck darin, wie ich jemanden kritisiere, wie ich auf seine Vorschläge eingehe, wie ich eigene Vorschläge einbringe, wie ich mich selbst rechtfertige, wie ich diskutiere.

Das soziale Sicherheitsbedürfnis bzw. die entsprechenden Ängste beeinflussen mich dabei, wie ich arbeite, was und wann ich arbeite und warum, wie ich diskutiere. Fehlende Offenheit ist Folge des potentiellen Zwangs zur Rechtfertigung des eigenen Tuns und sie führt natürlich auch ständig zu unvollständigen Aussagen über sich selbst und die eigene Motivation etc., so daß man stärker der Kritik ausgesetzt ist und man sich rechtfertigen muß. Und wieder von vorne.

Abschließende Bemerkungen

Warum sind diese psychischen Strukturen so entscheidend für die Art und Weise unseres Zusammenlebens und -arbeitens?
In der Fabrik und in den Büros ist der formale Zwang – sei es durch personelle Hierarchie, sei es durch Maschinerie – zur Erledigung der Arbeit und des Zusammenlebens wesentlich größer als bei uns und deshalb haben die jeweiligen psychischen Strukturen der Arbeitenden nicht solchen Einfluß auf die Art und Weise ihrer Arbeit. In unserem Projekt und in selbstverwalteten Betrieben allgemein ist nur sehr wenig wirklich festgelegt, so daß für die Ausgestaltung allgemeiner Zwänge und Anforderungen sehr viel eigener, von unterschiedlichsten Motiven beeinflußter Spielraum bleibt. Das hat natürlich viele Vorteile und gerade deshalb wählen viele die Arbeits- und Lebensform eines selbstverwalteten Betriebs. Es setzt allerdings eine ganze Menge von Fähigkeiten voraus. Die Mindestvoraussetzung ist die Bereitschaft, entstehende Konflikte anzugehen und nicht gleich davonzulaufen. Aber das reicht mit der Zeit nicht aus. Zur wirklichen Konfliktauseinandersetzung gehört mehr als die Bereitschaft, darüber zu reden. Man muß sich selbst in Frage stellen können, man muß die unterschiedlichen Ebenen der Auseinandersetzung sehen lernen: die wichtigsten Ebenen, die meistens durcheinandergehen, sind die Beziehungs- und die Sachebene. D.h., man streitet sich heftigst auf der sachlichen Ebene, obwohl man gar keine großen Meinungsdifferenzen hat, aber in Wirklichkeit fühlt man sich vom anderen nicht akzeptiert, verletzt oder will sich profilieren. Wir, die Projektgruppe des Autonomen Bildungs-Centrums, hatten die Fähigkeiten nur teilweise. Nach 3 Jahren intensiven Zusammenarbeitens und teilweise Zusammenlebens und heftigster Gruppenhydraulik war unser Projekt ernstlich gefährdet, und zwar auf der Beziehungsebene. Wir haben uns dann einen Supervisor (sprich Therapeuten) geholt, der uns supervidiert (beobachtet) hat. Das „Für und Wider" und die ganze Problematik darum paßt leider nicht mehr in diesen Artikel. Ich kann nur sagen, uns hat die Supervision teilweise geholfen und es soll nur ein Denkanstoß sein für Projekte, die nicht weiter wissen auf dieser Ebene. Ich bin mir sehr wohl darüber im klaren, daß ich damit den Scheiß-Psychoboom mitunterstütze. Es braucht aber ja vielleicht nicht immer ein Therapeut sein. Manchmal reicht eine neutrale Person.

Konni Grevenkamp
Autonomes Bildungs-Centrum

AUS DEM BERATUNGSALLTAG

STAATSKNETE via Sozialhilfe

Bei der Gründung von selbstverwalteten Betrieben spielt die Frage der Finanzierung der notwendigen Investitionen meistens eine entscheidende Rolle. Von traditionellen Bankkrediten bis hin zu Krediten von zukünftigen Kunden wird eine breite Palette von Finanzierungsmöglichkeiten in Anspruch genommen. Mit mehr oder weniger großem Erfolg wird in letzter Zeit versucht, den Staat als direkten Finanzier heranzuziehen (vgl. dazu die Beiträge zur Staatsknetefrage, insbesondere in Bremen und Hessen, in den letzten Wandelsblättern). Für einen bestimmten Personenkreis besteht aber schon seit längerem eine gesetzliche Grundlage für „Staatsknete" zum Aufbau eines Betriebes. Diese Grundlage ist der § 30 des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG), dort heißt es:

(1) Personen, denen eine ausreichende wirtschaftliche Lebensgrundlage fehlt oder bei denen sie gefährdet ist, kann Hilfe gewährt werden. Die Hilfe soll dazu dienen, ihnen den Aufbau oder die Sicherung seiner Lebensgrundlage durch eigene Tätigkeit zu ermöglichen.
(2) Die Hilfe soll in der Regel nur gewährt werden, wenn dem Hilfesuchenden sonst voraussichtlich Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt werden müßte.
(3) Geldleistungen können als Beihilfe oder Darlehen gewährt werden.

Danach **können** Personen, die Sozialhilfe beziehen oder demnächst beziehen, Geld zum Aufbau eines Betriebes oder Ladens bekommen. Es handelt sich um eine sogenannte **Kannleistung**, deren Gewährung im Ermessen des Sozialamtes liegt. Ziel des § 30 ist, den Hilfeempfänger langfristig auf eine Beine zu stellen und letztendlich den Sozialhilfeetat zu entlasten.

Was sind nun die Voraussetzungen für eine Gewährung? Als erstes darf man keine Mittel von anderen Stellen bekommen, etwa von Sparkassen oder Banken. Das dürfte für viele nicht zu schwer sein, denn ohne Sicherheiten bekommt man auch keinen Kredit. Desweiteren muß der Hilfesuchende persönlich und fachlich geeignet sein. Das bedeutet grob gesagt, wenn man mit seinem Laden schon zweimal Pleite gegangen ist, wird das Sozialamt schwerlich einen dritten Versuch unterstützen. Insgesamt muß sich das Vorhaben zumindest langfristig selber tragen können. Mit einem Verweis auf diesen Passus wird beispielsweise kleinen Zirkusunternehmen im Winter die Gewährung von Hilfe nach diesem § verwehrt, weil anzunehmen ist, daß sie jeden Winter wieder kommen.

Was muß nun konkret gemacht werden, um an das Geld zu kommen? Es muß also erstmal ein entsprechender Antrag gestellt werden. Diesem Antrag ist ein Konzept des Vorhabens beizufügen, in dem das geplante Vorhaben beschrieben wird. Es sollte eine Aufstellung der benötigten Mittel beigefügt werden. Das sind hauptsächlich Maschinen, ein erstes Warenlager, Renovierung der Werkstatt (des Ladens), Eröffnungswerbung usw. Zusätzlich sollte eine Kosten- und Ertragsvorschau, d.h. eine Liste der Kosten wie Miete, Strom, Benzin, Werbung, Versicherung usw. aufgestellt werden. Daneben muß der geplante Umsatz und somit der erwartete Erfolg aufgezeigt werden. Hierbei sind die verschiedenen Projektberater behilflich (Anschriften über Netzwerke).

Das geplante muß nicht gleich erfolgreich sein, für eine Übergangszeit sollte noch zusätzlich Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) beantragt werden.

Wie läuft das nun in der Praxis? Im Normalfall wird erstmal versucht vom Sozialamt, mit Hinweis auf den Ermessensraum und die leeren Kassen, den Antrag abzulehnen. Ein pauschaler Hinweis auf die desolate Haushaltslage taugt jedoch nicht für eine Ermessensentscheidung. Damit wird eigentlich kein Ermessen ausgeübt, sondern eine Sachentscheidung verhindert, es könnte sich gar um eine Ermessensunterschreitung handeln. Drängt also immer auf eine genaue schriftliche Begründung einer etwaigen Ablehnung.

Allgemein kann gesagt werden, daß die Einrichtung einer Werkstatt, eines Ateliers, einer Gaststätte oder eines Ladens nach diesem § finanziert werden kann. Abgewiesen wurde z.B. der Kauf eines Hauses für 1 Mio Mark oder ein Antrag eines 60jährigen über 65.000 Mark, weil hier eine dauerhafte Gewährung von Sozialhilfe billiger wäre. Die Gewährung kann als Zuschuß oder Darlehen erfolgen. Der Normalfall ist das Darlehen, aber zuerst sollte man immer einen Zuschuß beantragen. Zurückstecken kann man immer noch.

Heinz Gerken

Mit diesem Artikel soll nur ein erster Hinweis auf das Vorhandensein dieser weitgehend unbekannten Finanzierungsquelle gegeben werden. In Zusammenarbeit mit der Beratungsgruppe vom Netzwerk Bremen wurden bisher verschiedene Anträge nach längerem hin und her von den Sozialämtern bewilligt. Zur besseren Einschätzung der Verwendungsmöglichkeiten dieses § sind wir an weiteren Informationen über Ablehnungen oder Bewilligungen interessiert. Bitte schreibt uns: **NETZWERK-PROJEKTBERATUNG, Fehrfeld 60 2800 Bremen 1, Tel.: 0421/704581**

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

VERRÄTER

Na, Verräter eigentlich nicht. Ein Verräter, das ist doch ein Mann, der hingeht und seine Freunde dem Gegner ausliefert, es sei, indem er dort Geheimnisse ausplaudert, Verstecke aufzeigt, Losungsworte preisgibt... und das alles bewußt ... nein, Verräter sind diese da nicht. Die Wirkung aber ist so, als seien sie welche, doch sind sie anders, ganz anders.

Da wird man vom Vertrauen der Parteigenossen ausgesandt, mit dem bösen Feind zu unterhandeln, sozusagen die Arbeiter zu vertreten, die ja inzwischen weiterarbeiten müssen. Und die erste Zeit geht das auch ganz gut. Geld ... ach, Geld ... wenn die Welt so einfach wäre. Geld ist zunächst gar nicht zu holen. Der Arbeiterführer bleibt Arbeiterführer; leicht gemieden von den Arbeitgebern, merkwürdiges Wort, übrigens. Nein, nein, man bleibt ein aufrechter Mann.

Aber im Laufe der Jahre, nicht wahr, da sind so die langen Stunden der gemeinschaftlichen Verhandlungen an den langen Tischen: man kennt einander, die Gemeinsamkeit des Klatsches eint, und es wird ja überall so viel geklatscht. Nun, und da stellt sich so eine Art vertraulicher Feindschaft heraus.

Kitt ist eine Sache, die bindet nicht nur; sie hält auch die Steine auseinander. Zehn Jahre Geschäftsführer; zehn Jahre Reichstagsabgeordneter; zehn Jahre Betriebsratsvorsitzender – das wird dann fast ein Beruf. Man bewirkt etwas. Man erreicht dies und jenes. Man bildet sich ein, noch mehr zu verhüten. Und man kommt mit den Herren Feinden ganz gut aus, und eines Tages sind es eigentlich gar keine Feinde mehr. Nein. Ganz leise geht das, unmerklich. Bis jener Satz fällt, der ganze Reihen voller Arbeiterführer dahingemäht hat, dieser infame, kleine Satz: „Ich wende mich an Sie, lieber Brennecke, weil Sie der einzige sind, mit dem man zusammenarbeiten kann. Wir stehen in verschiedenen Lagern – aber Sie sind und bleiben ein objektiver Mann..." Da steckt die kleine gelbe Blume des Verrats ihr Köpfchen aus dem Gras – hier, an dieser Stelle und in dieser Stunde. Da beginnt es.

Der kleine Finger ist schon drüben; der Rest läßt nicht mehr lange auf sich warten. „Genossen", sagt der Geschmeichelte, „man muß die Lage von zwei Seiten ansehn..." Aber die Genossen verstehen nicht recht und murren: sie sehn die Lage nur von einer Seite an, nämlich von der Hungerseite. Und was alles Geld der Welt nicht bewirkt hätte, das bewirkt jene perfide, kleine Spekulation auf die Eitelkeit des Menschen: er kann doch die vertrauensvollen Erwartungen des Feindes nicht enttäuschen. Wie? Plötzlich hingehen und sagen: Ja, die Kollegen billigen das nicht, Krieg muß zwischen uns sein. Krieg und Kampf der Klassen, weil wir uns ausgebeutet fühlen...? Unmöglich. Man kann das unmöglich sagen. Es ist zu spät.

Und dann geht es ganz schnell bergab. Dann können es Einladungen sein oder Posten, aber sie müssen es nicht sein – die schlimmsten Verräterein auf dieser Welt werden gratis begangen. Dann wird man Oberpräsident, Minister, Vizekönig oder Polizeipräfekt – das geht dann ganz schnell. Und nun ist man auch den grollenden Zurückgebliebenen, die man einmal vertreten hat und nun bloß noch tritt, so entfremdet – sie verstehen nichts von Realpolitik, die Armen. Nun sitzt er oben, gehört beinah ganz zu jenen, und nur dieses kleine Restchen, daß sie ihn eben doch nicht so ganz zu den Ihren zählen wollen, das schmerzt ihn. Aber sonst ist er gesund und munter, danke der Nachfrage.

Und ist höchst erstaunt, wenn man ihn einen Verräter schilt. Verräter? Er hat doch nicht verraten! Nichts – nur sich selbst und eine Klasse, die zähneknirschend dieselben Erfahrungen mit einem neuen beginnt.

Kurt Tucholsky
aus: Gesammelte Werke (ro ro ro)

HAMBURG

Kein Bock auf Senatsknete!

„Der Arbeitskreis Senatsknete fordert die Einrichtung eines behördenübergreifenden und selbstverwalteten Fonds zur Förderung Hamburger Alternativprojekte in Höhe von jährlich 10 Mio. DM."

So lautet der letzte Satz unseres Antrages an den Hamburger Senat vom letzten Herbst (vgl. CONTRASTE vom Februar '85). Warum bin ich (nicht der ganze AK) jetzt dagegen? Das hat vor allem damit zu tun, daß wir in Hamburg jetzt absehen können, daß wir wohl ein paar Mio. vom Senat bekommen könnten (wenn wir uns noch etwas anstrengen). Aber dieser Erfolg wäre ein Scheinerfolg.

Denn:

- Wir würden eine Förderung bei Beteiligung der Projekte nur hinsichtlich des wirtschaftlichen Aspekts des Projekts erhalten können. Ein Kultur/Theater... -Cafe müßte sich also weiter in der Kultur- oder Sozialbehörde die Füße wundlaufen, während das „eigentliche Cafe" aus dem „Topf" gefördert würde.
- Der Hamburger Senat könnte mit diesem Ergebnis genauso peinlich wie der Berliner Fink oder Scherf in Bremen im linken/liberalen Spektrum auf Stimmfang gehen, was der rechtslastige Senat dringend nötig hat (es drohen schließlich die hessischen Verhältnisse auch in Hamburg wieder einzutreten).
- Die Hamburger Behörden rauschen, wenn sie erst mal das politische Potential dieses Fonds (Arbeitsmarktentlastung, linke Wählerstimmen, Imagepflege...) entdeckt haben, so wie in Bremen an uns Projekten vorbei, machen mit uns ihre Politik und wir können nur noch hinterherlaufen, um das schlimmste zu verhindern.

Wenn also von unserer schönen Vorstellung der autonomen Vergabe von Fördermitteln unter Aufgabe der behördenmäßigen Aufteilung in Kultur, Soziales, Wirtschaft usw. nicht mehr übrig bleibt als eine Modifizierung der überkommenen Wirtschaftsförderung, dann hab' ich keine Lust. Dann begrab' ich die Sache lieber und laß den Staat seine (Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderungs-) Arbeit alleine machen. Dann gibt es keinen Grund mehr, daß wir seinen Job machen und uns dafür auch noch bedanken.

Damit will ich den Staat aber nicht aus seiner Pflicht entlassen. Denn die ungerechtfertigte Benachteiligung der Projekte bei der staatlichen Förderung im Verhältnis zu den etablierten Verbänden und Betrieben bleibt eine Tatsache. Aber die Staatskneteverhandlungen haben gezeigt, daß uns die Möglichkeiten fehlen, ausreichend politischen Druck zu machen, um eine pauschale Veränderung zu erreichen. Eines allerdings haben wir geschafft und das ist die Sensibilisierung der Behörden. Die Behördentiger können jetzt Kapitalneutralisierung ohne Stottern sagen. Und selbst unter dem Kostendeckungsprinzip können sich die Herren aus der Wirtschaftsbehörde etwas durchaus Sinnvolles vorstellen. Wenn vor einem Jahr ein Kulturcafe mit seinem Konzept dort angeklopft hat, wurde der unproduktive Posten Kultur gestrichen, weil es sich sonst eben „nicht rechnet". Diese Zeiten sind wohl vorbei. Und ich glaube, daß wir dies auf unsere Senatsknete-Arbeit zurückführen können. Wir haben heute uns bekannte Gesichter, die wir immer wieder in die Pflicht nehmen können. Bei denen man nicht jedesmal bei null anfangen muß. Dies ändert natürlich nichts daran, daß die Förderrichtlinien für unsere Praxis nicht passen. Aber die sind ja auch nicht gottgegeben.

Vor allem aber: Wir bleiben uns selbst treu! Das klingt zwar pathetisch, aber wir haben das, zumindest in Norddeutschland, verdammt nötig, diese eigene Identität nicht völlig aus den Augen zu verlieren. Alternativökonomie war ja mal als Gegenökonomie gedacht. Diese kritisch distanzierte Position wird verwischt bei der Staatsknetediskussion. Dies mag dann legitim sein, wenn die Projektstrukturen für die Förderung nicht angepaßt werden müssen. Das ist aber weder in Berlin, Bremen oder sonstwo bisher der Fall und dies würde auch in Hamburg nicht zu schaffen sein. Dann laßt uns aber lieber bei den alten Fronten bleiben. Denn diese Fixierung auf staatliche Förderung (die zwar angesichts der Arbeitslosigkeit nur allzu verständlich ist) ist unser politischer Tod. Wenn wir uns so wie z.B. bei der Bremer AG-Anhörung Mitte Februar '86 als selbstverwaltete Arbeitsplatzproduzenten darstellen, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn, wie in Bremen, von allen bürokratischen Seiten Angebote zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit ausgesprochen werden (sofern es um den Arbeitsmarkt geht, bei ökologischen Problemen z.B. sind die zuständigen Herren gar nicht erst gekommen!). Auf diese Weise lassen wir uns die politische und damit existenziell notwendige Identität für billige Staatsknete abkaufen.

Matthias Neuling, Hamburg

Staatsknete in Bremen:

Freude mag nicht aufkommen

– Ein Zwischenbericht –

Seit 6 Monaten gibt es in Bremen einen Topf von 1,2 Mio. DM für die Förderung von Betrieben in Selbstverwaltung (vergl. Wandelsblatt 11/84). In der Zwischenzeit liegen Erfahrungen vor, die es in sich haben.

Bis Dezember 1984 hatten 35 Projekte einen Antrag an die senatorische Vergabestelle gestellt. Das Antragsvolumen liegt über 2 Mio. DM. Bewilligt wurden bis heute knapp 320.000 DM zu skandalösen Bedingungen, wenn der Vergleich zur traditionellen Wirtschaftsförderung gemacht wird. Der Vergabeausschuß hält sich, unabhängig von der Antragsbegründung der Projekte, stur an die Regelung von 6.000 DM pro Arbeitsplatz im Alternativbetrieb. Zum Vergleich: Die Handelskammer Bremen hat für ihr Klientel einen Betrag von 145.000 DM errechnet.

Über den Arbeitskreis Staatsknete im Netzwerk sind lediglich die Hälfte aller Anträge gelaufen. Das Konzept des Senats ist aufgegangen. Zwar haben wir einheitlich verhandelt, abkassiert wurde jedoch individuell. Zwar ist es zwischenzeitlich gelungen, die Darlehensverträge der ersten Antragsteller im letzten Jahr so zu verändern, daß die Projekte damit „leben" können, doch ist unverkennbar, daß der Topf immer mehr zum Alibi- und Vorzeigepräsent für den Senat verkommt. Auf Teufel komm raus, will Senator Scherf beweisen, daß er es schafft, mit ein paar Mark 200 Arbeitsplätze zu schaffen. Das Irre ist nur, einigen Projekten steht das Wasser so bis zum Hals, daß der Strohhalm gegriffen wird. Nur wenige Projekte haben die Bedingungen abgelehnt und andere Wege der Finanzierung gesucht.

In der Haushaltsdebatte im Januar haben die GRÜNEN für uns erneut einen Antrag von diesmal 11,6 Mio. DM gestellt und neue Verhandlungen mit dem AK Staatsknete gefordert (vergl. CONTRASTE 2/85). Wie zu erwarten, hat uns der Senat in der Bürgerschaftsdebatte abblitzen lassen: no more money!

Erst sollen Erfahrungen mit dem Almosentopf ausgewertet und offenbar getestet werden, ob die Szene es nicht noch billiger machen kann. Seit Januar 1985 übernimmt man nämlich den Versuch, die Darlehensbedingungen noch weiter zu verschärfen. Die Betriebe sollen jetzt innerhalb von 4 Monaten nach Empfang des Geldes die geschaffenen Arbeitsplätze nachweisen. Sollte der Nachweis nicht erbracht werden, erhält der Senat das Recht, das Darlehen sofort zurückzufordern. Die betroffenen Betriebe haben sich bis heute geweigert, diese Verträge zu unterschreiben, obwohl sie das Geld z.T. schon fest investiert haben. Wir versuchen in diesen Tagen mit den Problemen in die Öffentlichkeit zu gehen (EG-Anhörung, SPD-Veranstaltungen, Presse etc.), um wenigstens zu erreichen, daß die bestehenden Verträge bestehen bleiben. Gleichzeitig kommen wir nicht umhin zu überlegen, wie wir weiter mit dem Topf umgehen wollen und welche Alternativen wir zur Förderung aus dem Almosentopf des Herrn Senators schaffen können. In den nächsten Ausgaben der CONTRASTE werden wir berichten.

Jürgen Sosna
Netzwerk Bremen-Nordniedersachsen

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

„...NUN SAG DOCH MAL, WIE WAR'S DENN?

Der WESER KURIER meinte: „Es mangelt am Geld", die BREMER NACHRICHTEN: „Alternativprojekte wollen nicht nur Geld."

Der Arbeitssenator will in Klausur gehen und die Anhörung auswerten; der Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit will eine Grundsatzentscheidung zur Förderung alternativer Betriebe in der Grundsatzabteilung vorlegen, damit ein Modellversuch die grundsätzlichen Förderungsmöglichkeiten grundsätzlich erforscht. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Bremer Senats will die Alternativprojekte davon abhalten, sich in das gemachte Bett zu legen, der Arbeitssenator findet, eine besondere Förderung unter Berücksichtigung der besonderen Strukturen der Alternativwelt sei notwendig und bekam prompt Ärger mit dem Wirtschaftsressort. Die Forscherin vom Ba(ga)telle-Institut will Zahlen, Papiere und Folien für die Feldstudie. Der Londoner Oberforscher und Euroknetefinanzier, sprach zu schlecht deutsch, um etwas zu sagen. Die Vertreterin aus Brüssel, von der Presse als Generalsekretärin hochstilisiert, ist nur eine kleine Sachbearbeiterin in der Abteilung „Beschäftigung" und hat mit dem Sozialfond nichts zu tun. Die Projekte wollten Euroknete, andere mehr Informationen und manche in die Handwerkskammer. Für einen grünen Nachrücker waren die Projekte ohne Biß, weil sie nicht die Machtfrage stellen wollten. Eine Moderatorin vergaß das Moderieren und vergrellte Podium und Behördenvertreter. Die Bildungsprojekte sprachen gegen fast leere Stühle, die selbstverwalteten Betriebe hatten einen vollen Saal. Der Direktor des Arbeitsamtes findet, ABM könnte den Projekten helfen. Die Bundesanstalt für Arbeit will auch helfen und schlägt bundesweite Arbeitsgruppen vor. Der Vertreter von Minister Blüm meint, Arbeitsloseninitiativen gehören in den Freizeitbereich. Einige Behördenvertreter hatten keine Gleitzeit und mußten, wenn's spannend war, den Saal verlassen. Der Sozialsenator kam erst zum gemütlichen Teil. Gewerkschaftsvertreter ließen sich aus gesundheitlichen Gründen entschuldigen. Der DGB-Chef von Bremen konnte erst zum Senatsempfang. Die Höflichkeit gebot es, daß die Szenevertreter zum Empfang ins Rathaus mußten. Die Organisation war prima. Netzwerk hat 10 Stadt- und Landbücher verkauft. Zum Schluß kamen wir nicht zum Schluß.

Wem diese Informationen nicht reichen und lieber 1 Kilo Papier möchte, kann im **NETZWERK-Büro, Fehrfeld 60, 2800 Bremen 1**, die Auswertungsbroschüre bestellen und sich eine schlaflose Nacht machen.

Jürgen Sosna

EG-Anhörung in Bremen
– Einige Stellungnahmen

Selbstverwalter wurden BiSsig

Mit Interesse hatten alle Teilnehmer die EG-Anhörung die Veranstaltung „Selbstverwaltete Betriebe" erwartet. Mit über 130 Teilnehmern war sie auch eine der am besten besuchten, was wiederum zeigt, was Staats-, Länder- und Institutionenvertreter unter „Beschäftigungsinitiativen" verstehen.

Entsprechend interessant war sie auch, denn bereits in ihren Beiträgen griffen die Organisatoren der BiS (Arbeitsgemeinschaft Betriebe in Selbstverwaltung) die geübte Praxis der Banken, des Bremer Senats und der Kammern, insbesondere der Handelskammer, an. Letztere glänzte durch Abwesenheit, wahrscheinlich weil sie wußte, was auf sie zukam. So blieb die Frage, warum eine bestimmte Person der Handelskammer Großhändler unter Druck gesetzt hatte, Alternativbetriebe nicht zu beliefern, oder die Frage, weshalb die Handelskammer in Bremen die Neugründung von Handwerksbetrieben massiv verhindere, offen.

Dem Senat wurde insbesondere die Vergabepraxis der Darlehen aus dem 1,2-Mio-Topf vorgeworfen (vergl. auch J. Sosna zur Staatsknete in dieser Ausgabe), das bislang nicht eingelöste Versprechen zur Verfügungstellung öffentlicher Gebäude und fehlende Lernfähigkeit über Arbeitsweise und Organisationsstruktur selbstverwalteter Betriebe. Traditionelle Ökonomievorstellungen würden immer noch beim Senat und allen Institutionen vorherrschen und Gespräche belasten. So wurden Senat und Institutionen aufgefordert, Wirtschaftsweise und Selbstverwaltung anzuerkennen und die Voraussetzungen für eine Gleichbehandlung zu schaffen.

Aufgrund massiver Vorwürfe sahen sich Senatsvertreter und Bundesanstalt für Arbeit genötigt, nach langen, nichtssagenden Beiträgen, einzulenken. So schlug man die Einrichtung einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe mit Banken- und Kammervertretern und Vertretern aller "Beschäftigungsinitiativen" vor, um gemeinsam zu einem konstruktiven Dialog zu kommen. Man wird darüber nachdenken und sicherlich bald die offiziellen Stellen an diesen Vorschlag erinnern.

Zu Beginn der Veranstaltung wurde allen Teilnehmern ein „Forderungskatalog" übergeben.

Harald Deerberg, Bremen

Wir (über)fordern Euch!

Unsere Forderungen gehen weit über Mark und Pfennig hinaus. Sie sind schlicht unverschämt; und sie sind anspruchsvoll. Wir wollen nämlich Eure Wahrnehmung, Eure Anerkennung und Eure Lernfähigkeit.

Ihr sollt wahrnehmen, daß selbstverwaltete Betriebe soziales Experiment und ökonomisches Handeln auf Risiko der Beteiligten zusammenbringt.

Wir fordern von Euch die Anerkennung der tatsächlichen Beschäftigungseffekte selbstverwalteter Unternehmen. Beschäftigungseffekte, die trotz der – häufig schlechten – Auseinandersetzung zustande kommen.

Wir fordern Euch auf zu lernen, daß die Motivation, einen eigenen Arbeitsplatz mit höherer Arbeitsqualität zu schaffen, Betriebe für das Kostendeckungsprinzip tragfähig machen kann – auch ohne Profiterwartung.

Stellt selbstverwalteten Betrieben brachliegende Industriegelände zu korrekten Bedingungen zur Verfügung.

Sorgt dafür, daß Arbeitsplatzinitiativen als gemeinnützig auch anerkannt werden.

Finanziert begleitende Beratung für die Anfangsphase selbstverwalteter Unternehmen.

Koppelt die Wirtschaftsförderung an tatsächliche Beschäftigungseffekte.

Werdet initiativ, damit rechtliche Voraussetzungen für die Kapitalneutralisierung in selbstverwalteten Betriebe geschaffen werden.

Gebt Beschäftigungsinitiativen die Möglichkeit, über ABM den Start zu stabilisieren.

Legalisiert die Investitionen von Arbeitslosengeld und Bafög in selbstverwaltete Betriebe.

Hört auf, die selbstverwalteten Betriebe durch die Kammern zunft/kartellmäßig zu diskriminieren.

Die Bewegung für mehr BISs
(Betriebe In Selbstverwaltung)

Horror vor der Selbstverwaltung

In Bremen machen die zuständigen Behördenvertreter (Bundesarbeitsministerium, Bundesanstalt für Arbeit, EG) unmißverständlich deutlich, daß ihr Interesse an selbstverwalteten Betrieben und Projekten lediglich auf den Beschäftigungseffekt gerichtet ist; die von den Betrieben und Projekten praktizierten neuartigen Arbeitsmodelle und Wirtschaftsgrundsätze (Selbstverwaltung, ökologische Orientierung etc.) spielen in der behördlichen Sichtweise keine Rolle – sie werden sogar systematisch unter den Tisch gekehrt. Wie sehr dies der Fall ist, zeigt allein schon die Begriffswahl: Es ist die Rede von „lokalen Beschäftigungsinitiativen" (EG-Sprachjargon) bzw. „unkonventionellen Beschäftigungsinitiativen" (Hegner/Schlegelmilch).

Ein besonders rotes Tuch ist aber die Selbstverwaltung. Auf der Bremer EG-Anhörung war unüberhörbar, daß die staatliche (behördliche) Seite hier keine Zugeständnisse machen will. Auf Ablehnung stieß dann auch der Vorschlag der Bereichsgruppe „selbstverwaltete Betriebe", öffentliche Hilfen an Beratungsinitiativen zu geben, die ausschließlich für die Selbstverwaltungswirtschaft arbeiten und die – hierauf lag die Betonung – das Vertrauen der selbstverwalteten Betriebe und Projekte besitzen sowie über eine „spezifische" (selbstverwaltete) Betriebserfahrung verfügen. Der Gegenvorschlag des Bundesministeriums lautete: Einrichtung einer überregionalen (modellhaften) Beratungsinstitution, die lokale Beschäftigungsinitiativen initiiert und berät, die aber keinen Wert auf das spezifische Strukturelement „Selbstverwaltung" und daraus resultierende Beratungsanlässe legt. Diese Vorstellungen des Bundesarbeitsministeriums zeigen nur zu plastisch, daß man mit selbstverwalteter Wirtschaft nicht viel zu tun haben will. Dabei verkennt man, daß erst durch die Selbstverwaltung Beschäftigungseffekte induziert werden können. Ein Beispiel: Bei Oktoberdruck in Berlin wurden die Effizienzsteigerungen, die durch eine verbesserte Anlagenausstattung erzielt wurden, zur Verkürzung der Arbeitszeit und zur Neueinstellung von Mitarbeitern verwendet. Jeder andere – traditionell geführte Betrieb hätte diese Effizienzsteigerungen wohl durch Einkommenserhöhungen der Eigentümer aufgefangen. (Oktoberdruck stellt übrigens keinen Einzelfall dar!)

Als Fazit bleibt: Selbstverwaltete Betriebe und Projekte scheinen viel eher in der Lage zu sein, ihr einzelwirtschaftliches Handeln gesamtwirtschaftlicher Erfordernisse anzupassen.

Marlene Kück

Gemeinsames Leben und Arbeiten heißt auch:

Gemeinsames Lernen!

Ausbildung und berufliche Bildung sind im Alternativbereich stark negativ besetzte Begriffe. Zu sehr ist noch die eigene Erfahrung in Kopf und Bauch, daß mensch so eigentlich nicht wieder lernen will.

Klar sind die Tugenden wie Pünktlichkeit, Sauberkeit u.ä. auch im Selbsthilfebereich in; würde sonst je ein Auftrag entsprechend den Vereinbarungen fertig. Nur, wer hier entscheidet wann, was, wie fertig wird und wer überhaupt daran mitarbeitet, das entscheiden alle im Kollektiv gemeinsam. Eine rein auf Profit für einen Einzelnen oder für die Aktionäre gerichtete Entscheidung gibt es nicht. Ein ständiges Pauken und Einüben der Akzeptanz fremdbestimmt vorgegebener – sprich herrschender Strukturen –, wie es im traditionellen Bereich Praxis ist, findet im Selbsthilfebereich nicht statt. Der Mensch im Zusammenhang und Wechselspiel mit seiner sozialen und Natur-Umwelt steht im Mittelpunkt, nicht die Ware. Die Erfahrung, daß es wirklich, neben allen Anstrengungen, auch wirklich Spaß machen kann, eine Produktidee von der Phantasie bis zum Gebrauchsgegenstand gemeinsam zu verwirklichen, gibt es mittlerweile in vielen Projekten und Betrieben.

Lernen aus Bock – „als Praxis der Freiheit". Warum kann dies nicht auch offiziell als Ausbildung anerkannt werden? Während der EG-Anhörung in Bremen war dies ein zentraler Gegenstand der Diskussion des Arbeitsbereiches. Ausbildung, berufliche Bildung.

Eine vehemente Kritik an den vielen, schwer zu durchschauenden staatlichen Programmen zur „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" wurde vorgetragen. „Da kommt sowieso nur 'n ‚Parken' ohne Perspektive bei raus!" Da die meisten staatlichen Programme noch nicht einmal Ausbildung einschließen, sondern nur bei der beruflichen Vorbereitung verharren, gehts ganz offensichtlich nur um eine möglichst billige Lösung für ein Massenproblem. In der Hoffnung, das duale System sei in einigen Jahren wieder in der Lage, selbst alles ohne staatliche Sondersubventionen zu regulieren, verzichten die Staatsplaner auch auf die Entwicklung von von diesem Trugschluß unabhängigen Perspektiven. Bei einem immer mehr schrumpfenden Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebot der Wirtschaft, aufgrund von immer häufigeren Betriebsstillegungen, die die Stadt Bremen schon jetzt fast an den Rand des Ruins drängt, sollte nach anderen Lösungen gesucht werden. So jedenfalls die Meinung der Projektvertreter während der Tagung.

Zentrale Forderungen der Projektberater aus dem Bereich der Selbsthilfe waren:

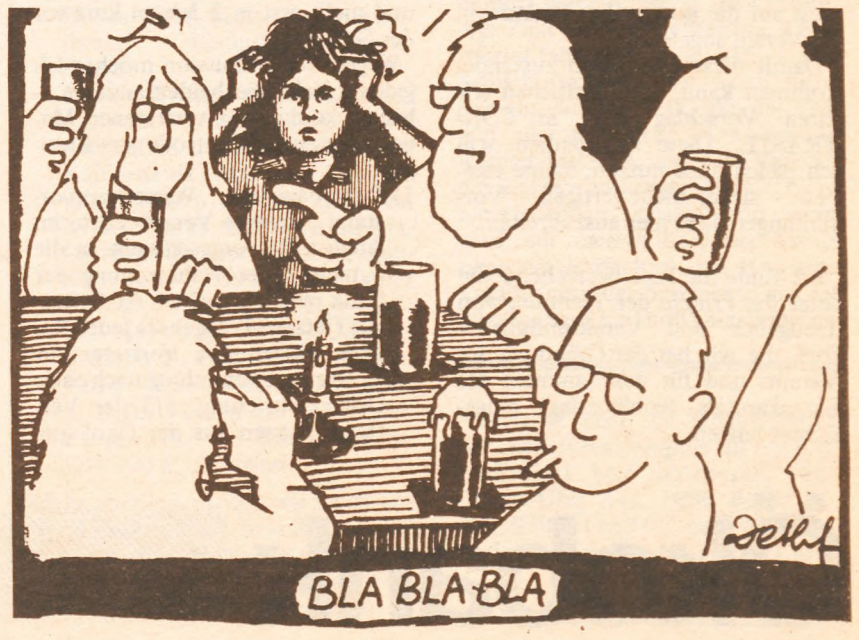
Eine breite fachliche, soziale und politische Qualifikation ermöglichen, die über den formalen Ausbildungsabschluß hinausgehend eine selbstbestimmte Lebensperspektive ermöglicht.

Reduzierung der personenbezogenen Einzelfallförderung zugunsten einer Projektförderung für den gesamten Zeitabschnitt des Projektverlaufs.

Unterstützung von Betriebs- oder Projektgründungen, insbesondere auch für Arbeit nach der Ausbildung, durch Personal- oder Sachkostenzuschüsse. Die Fortzahlung von Arbeitslosengeld zu diesem Zweck wäre eine Möglichkeit.

Anerkennung der beruflichen Bildungs- und Ausbildungsleistungen in Selbsthilfebetrieben durch die Fachinstanzen.

Jürgen Seevers



Wohin mit den Millionen?

Aufforderung zur Unterstützung auch in anderen Öko-Fonds

Der Hessische Ökofonds hat sich auf seinem letzten Treffen in Dezember noch einmal sehr ausführlich mit der Ökobank auseinandergesetzt.

Wir standen dabei vor folgendem Problem:

Das von den Ökofonds gewünschte Kooperationsmodell (Zusammenarbeit) mit den Kreditvermittlern, wie den Stattwerken Berlin und einigen regionalen Netzwerken, hat sich als nicht tragfähig erwiesen.

So werden also gegenwärtig mehrere Wege beim Aufbau von alternativen Finanzierungsinstitutionen bestritten. Eine mehr zentral aufgebaute Ökobank, die allerdings versucht, durch die erfolgte Gründung von Landeverbänden eine Dezentralisierung einzuleiten.

Die Stattwerke Berlin helfen in einigen Bundesländern bei der Gründung autonomer, selbstverwalteter Kreditvermittlungsbüros.

Die von den Ökofonds auf ihrem Treffen am 23. Juni 1984 in der ASH aufgestellte Forderung, nur eine Bankgründung zu unterstützen, ist nicht aufrecht zu erhalten, weil die Realität andere Zeichen setzt.

Wir standen von der Frage, uns für einen Weg entscheiden zu müssen oder das Problem konzeptionell anders zu diskutieren, so daß ein „fauler Kompromiß" vermeidbar wird. Nun, eine „linke" Bank ist wünschenswert, direkte Kredite werden selbstverwaltete Betriebe und soziale Projekte weiterhin brauchen und für beide Formen der Geldbeschaffung werden Sicherheiten in Form von beispielsweise Bürgschaften erforderlich sein.

Beispiel: Ein Hersteller von Umweltschutz-Papierprodukten benötigt eine neue Maschine: Investitionskosten DM 100.000,–. Die Maschine wird mit einem langfristigen Kredit der Ökobank finanziert. Im ersten Jahr entstehen zusätzliche Kosten durch die Inbetriebnahme der Maschine. Diese Kosten werden mit einem kurzfristigen Kredit (Kreditvermittlung), der wiederum durch eine Bürgschaft des Ökofonds abgesichert ist, gedeckt.

Dieses Beispiel soll zeigen, daß nicht alle zentral oder dezentral verwalteten Finanzierungsinstrumente innerhalb der gewachsenen Alternativ- oder Selbstverwaltungsbewegung organisiert werden müssen, um zum gewünschten Ziel zu führen. Die gleichzeitige Gründung sehr verschiedener Finanzierungsinstitutionen kann somit zumindest aus der Sicht der Projekte die gewünschten Kredit- oder Finanzierungsmöglichkeiten verbessern.

Aus diesem Grund haben wir uns vom Hessischen Ökofonds für die Ökobank ausgesprochen und wollen sie mit einem relativ großen Darlehen (wird im Zuge der Gründung der Bank zurückgezahlt) auch von den anderen Fonds unterstützt wissen.

Aus unserer bisherigen Praxis heraus planen wir die Zusammenarbeit mit den dezentralen Direktkreditvermittlern, weil hier für einen Teil der potentiellen Ökofondsantragsteller häufig die einzige Möglichkeit zur Geldbeschaffung besteht.

Da diese Projekte in aller Regel nicht kreditwürdig sind, werden sie auch bei der Ökobank nur in Ausnahmen einen Kredit erhalten.

Soweit nun die Ökofonds mit der Kreditvermittlung arbeiten, benötigen sie zukünftig für diese Geschäfte eine Bank, mit der eine vertrauensvolle Zusammenarbeit möglich ist.

Ursprünglich wollte ich noch die pro- und contra-Argumente der Bankgründung hier erläutern. Dies soll Euch aber erspart bleiben. Der linke Blätterwald hat sie alle ausreichend publiziert.

Ganz nüchtern bleibt festzuhalten, daß die Ökobank mit oder ohne Hilfe der Ökofonds gegründet wird. Insoweit erscheint es gerade für die Weiterentwicklung der Ökofonds nützlich, dieses Projekt zu unterstützen.

Für den Hessischen Ökofonds
Jörg Jonas

In folgenden Regionen gibt es bisher Kontaktadressen:

Verein der Freunde und Förderer der Ökobank Berlin e.V. – Öffentlichkeitsarbeit c/o Netzwerk-Berlin, Gneisenaustraße 2 a, 1000 Berlin 61, Tel. 030/691 30 72
Aktion 3. Weg, Schwenenwik 32, 2000 Hamburg 76, Tel. 040/220 20 58 / 250 99 99
Kreisverband Pinneberg c/0 Stattladen, Schulstraße 6, 2080 Pinneberg
Richard Schmid, Bahnhofstraße 30, 2300 Kiel 14, Tel. 0431/73 78 29
Alf Baumhöfer, Lindenallee 4, 2900 Oldenburg, Tel. 0441/7 66 36 + 04486/15 65
GABL-Büro, Brüderstraße 7, 3000 Hannover, Tel. 0511/168 52 50 / 168 46 19
Werner Daldorf, Hainholzweg 11, 3400 Göttingen, Tel. 0551/4 50 71
Dr. Karl-Heinz Brendgen, Schlesische Str. 81, 4000 Düsseldorf, Tel. 0211/229 16 90
Hartmut Schilling, Alte Kirchstraße 1 a, 4950 Minden, Tel. 0571/2 43 39
Werner Noll, Fasanenweg 11, 5414 Vallendar, Tel. 0261/6 51 42
Buchhandlung im Gegenlicht, Pferdemarkt 11, 5500 Trier, Tel. 0651/7 65 80
Ökobankini; Dörwiese 4, 5552 Morbach, Tel. 6533/35 34
Freunde und Förderer der Ökobank e.V., 6370 Oberursel 5, Tel. 06171/7 50 30
Gerhard Ackermann, Maßenberg 35, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/7 89 72
Dieter Wallberg, Hauptstr. 66, 6901 Dossenheim, Tel. 06221/85762 + 06205/15650
Arbeitskreis Ökobank, Tiefenbachstraße 4, 7000 Stuttgart 61, Tel. 0711/42 78 79
Andreas Rupp, Reutlinger Straße 13, 7412 Eningen
Dr. Michael Berger, Sundgauallee 55, 7800 Freiburg, Tel. 0761/8 51 61
Reinhard Böttger, Wilhelmstraße 28, 8000 München 40, Tel. 089/39 62 23
Ulrike Hillenbrand, Reutersbrunnenstr. 27 III, 8500 Nürnberg 80, Tel. 0911/225816
Klaus Fischer, Meierndorf 24, 8802 Burk, Tel. 09822/50 86
Papyrus, Vorderer Lech 9, 8900 Augsburg, Tel. 0821/41 48 80
Eduard Bühler, Ankergässle 8, 8960 Kempten, Tel. 0831/1 31 93

Rheinland-Pfalz

Landesverband in Gründung

Auch in Rheinland-Pfalz wird es demnächst einen Landesverband der ÖKO-BANK geben. Das haben sich zumindest die ÖKO-BANK-Initiativen vorgenommen und in den verschiedenen Regionen entsprechende vorbereitende Informationsveranstaltungen durchgeführt. Die Gründungsveranstaltung des Landesverbandes ist vorgesehen am **3. März 1985 um 15 Uhr** im Tagungshaus Hunsrück, Ohlweiler Mühle, bei Simmern. Es sind alle interessierten Gruppen herzlich eingeladen, sich zu beteiligen. Hatte doch die Basis gefordert, daß die Betroffenen vor Ort eine Möglichkeit der Einflußnahme auf Struktur und Politik der zukünftigen Bank haben sollten. Dieser Forderung ist nachgegeben durch Einrichtung von Landesverbänden mit weitreichenden Befugnissen, wie z.B. der Vorstandswahl im Bundesverband durch die Delegierten aus den Landesverbänden. Auch bei der Gründung von Beratungsstellen und späteren Zweigstellen der Bank spielen die Landesverbände und deren regionale Arbeitsgruppen eine bestimmte Rolle.

So dürfte es im Sinne einer wie auch immer gearteten Friedens-Ökologie oder Widerstandsbewegung sein, wenn sie sich an diesem durchaus politischen Projekt direkt beteiligen.

Informationen erhaltet ihr von den Kontaktstellen:

LiD, Dörrwiese 4, 5552 Morbach-Merscheid, Tel. 06533/35 34

Buchhandlung im Gegenlicht, Am Pferdemarkt 1, 5500 Trier, Tel. 0651/7 65 80

Ulla und Paul Steinbach, Fustenburgstraße 7, 5540 Simmern, Tel. 06761/39 86

Lothar Simmsheuer, Römerstr. 12, 5489 Barweiler, Tel. 02691/73 81

Michael Erz, Moselweinstraße 17, 5551 Wintrich, Tel. 05634/6 35

Kommt zur Landesverbandsgründung am 3. März 1985 um 15 Uhr im Tagungshaus Hunsrück, Ohlweiler Mühle, bei Simmern.

Gerhard

Die Regionalisierung der Ökobank

Nach der ersten Mitgliederversammlung der Freunde und Förderer der Ökobank e.V. haben wir im Verein nicht mehr über die Kontrollmöglichkeiten der Regionen über die Ökobank diskutiert.

Seine „Albträume" deswegen hat Gerd Nowakowski im Januarheft des Wandelsblattes veröffentlicht. In der Februarnummer habe ich versucht, dem Gerd Hoffnung auf die Vereinsdiskussion zu diesem Thema zu machen.

Beide Artikel waren noch sehr abstrakt. Glücklicherweise haben Gerd und Johns während der Vorstandssitzung unseres Vereins am 2. Februar eine neue konkrete Idee der Berliner zu diesem Komplex eingebracht. Sie schlugen vor: Die Kreditanträge aus den einzelnen Regionen sollen von den jeweiligen Landes- oder Regionalverbänden des Vereins Freunde und Förderer der Ökobank vorgeprüft und vorentschieden werden. Nur die Anträge, die das Plazet des jeweiligen Regionalverbandes haben, dürfen von der Ökobankzentrale in Frankfurt bearbeitet werden.

Leider bestanden Gerd und Johns darauf, daß der Vorstand über diesen Vorschlag sofort beschließen sollte. Das haben wir mit dem Hinweis auf die notwendige Diskussion im Verein abgelehnt.

Damit diese Diskussion zustandekommen kann, veröffentlichen wir ihren Vorschlag jetzt in CONTRASTE. Diese Gelegenheit will ich gleich dazu nutzen, meine eigenen – sicher nicht fertigen – Vorstellungen dazu hier auszubreiten.

Ich finde die Idee bestechend. Sie setzt das Prinzip der Trennung von Treugeber und Vereinsmitglieder fort, die wir bei der Gründung des Vereins und für das Sammeln des Eigenkapitals wohlüberlegt eingerichtet hatten.

Nur die Vereinsmitglieder entscheiden über die Satzung und Wahlordnung der Bank, über ihre Kreditvergaberichtlinien und ihre personelle Besetzung und eben auch über die regionalen und politischen Kontrollmöglichkeiten. Die Treugeber, also die späteren Eigentümer, dürfen da nicht mitreden. (Selbstverständlich kann ein Treugeber außerdem Vereinsmitglied sein.)

Das Zahlenverhältnis (ca. 3.000 Treugeber, aber nur ca. 900 Vereinsmitglieder) läßt den Schluß zu, daß sich im Verein diejenigen sammeln, die aus politischem Interesse an der Bank auch bereit sind, sich Arbeit mit politischen Auseinandersetzungen zu machen. So etwa hatten wir uns das im März 1984 gedacht. Aber wir hatten uns bisher noch kaum Gedanken darüber gemacht, ob und wenn ja, welche Aufgaben der Verein nach Gründung der Bank noch haben könnte.

Die Landesverbände unseres Vereins als Kreditmakler mit Vorentscheidungsrecht, diese Aussicht sollte uns Masseneintritte von politisch bewußten Menschen und Gruppierungen verschaffen. Hoffentlich finden diese Eintritte bereits jetzt nach Erscheinen von CONTRASTE statt und nicht erst in 2 Jahren kurz vor der Gründung.

Wegen der Diskussion möchte ich jedoch nicht die beiden anderen – bisher konkurrent vertretenen Modelle regionaler Kontrolle verschweigen:

1) Der damalige „Wasserkopfvorstand" unseres Vereins hatte im August '84 vorgeschlagen, in die Satzung oder Wahlordnung der Bank reinzuschreiben: die Genossen (jetzige Treugeber) jeder Region wählen ihre Vertreter zur Vertreterversammlung nach einer Drittelquotierung. 1/3 der Vertreter müssen aus der Ökologiebewegung stammen, 1/3 aus dem Bereich selbstverwalteter Betriebe und das letzte Drittel aus einer sonst in der jeweiligen Region relevanten politischen Gruppe. Die so zusammengesetzte Vertreterversammlung wählt den Aufsichtsrat der Bank nach derselben Quotierung, wobei aber jede Region im Aufsichtsrat vertreten sein muß. Die Schwierigkeiten mit dem letzten Drittel haben wir noch nicht gelöst.) Die Vertreterversammlung wählt außerdem einen „Dezentralbankrat" als Unterausschuß des Aufsichtsrates. Derselbe ist die politische und betriebswirtschaftliche Kontrollinstanz für die jeweilige regionale Ökobankniederlassung. Über die Legislaturperiode dieser Gremien hatten wir noch keine einheitliche Meinung entwickelt.
2) Der Vorschlag der „Direktkreditvermittlungs-" oder „Stattwerke-Fraktion" sah vor, statt der 30 bis 60.000 Genossen der Ökobank nur etwa 11 zuzulassen, also für jedes Bundesland einen. Dazu sollen in den Ländern oder Regionen „Finanzkoop GmbHs" gegründet werden, die folgende Funktionen haben sollten: die bisherigen Netzwerkaufgaben, Unternehmensberatung, Direktkreditvermittlung, regionale Geschäftsstelle der Ökobank und Genosse der Ökobank.
Juristisch und politisch müßten wir dazu alle Treugeber aus z.B. Niedersachsen oder Berlin auffordern, nicht mehr direkt Genosse der Ökobank sein zu wollen, sondern Miteingentümer der Berliner oder Niedersächsischen Finanzkoop, die das gesammelte Treuegeld als Genossenschaftsanteil in die Ökobank eG einbringt. Technisch und juristisch wäre das gegangen.

Trotzdem haben wir heftige Bedenken wegen der Kapitalkonzentration an so wenigen Stellen (jede Finanzkoop könnte die Bank jederzeit existenziell gefährden, indem sie ihr Kapital abzieht) und wegen der Macht, der in den Finanzkoops Angestellten. Die regionalen Vereinsgruppierungen als Finanzmakler und die alte Vorstellung der „regionalen Dezentralbankräte" lassen sich durchaus sinnvoll miteinander kombinieren.

Wir könnten den Finanzmaklervorschlag so modifizieren, daß der Regionalverein zwar seine Vorauswahl der Kreditanträge trifft, sie aber nicht an die Zentrale nach Frankfurt weiterreicht, sondern an seine regionale Ökobankniederlassung. Dann hätten wir in der Region so etwas wie ein Zweikammernsystem.

Wenn der Regionalverein einen Kreditantrag ablehnt, der Antragsteller sich daraufhin an den regionalen Dezentralbankrat wendet und der den Antrag befürwortet, gibt es sicher sehr lebendige Diskussionen in der Region. Falls dann immer noch keine Einigung erzielt werden kann, muß die Entscheidung eben von Frankfurt aus getroffen werden. Diese Vorstellung gehört aus gutem Grund zu den Vorurteilen und Ängsten vieler Ökobankgegner.

Trotz unserer langen Übung darin, uns unbeliebt zu machen, wären wir aber auch in Frankfurt mit dieser Monsterkontrolle überfordert, denke ich.

Es sind aber glücklicherweise noch andere Regelungen denkbar: z.B. jede Region (Treugeber und Vereinsmitglieder) darf oder muß einen solchen Konflikt entscheiden, danach ist die nächste dran. Oder ein Schiedsgericht oder irgendwas anderes. Das sollte jetzt diskutiert werden.

Ebenso müssen wir noch klären, wer der Regionalverband als Kreditvermittler sein soll. Wird diese Arbeit vom Vorstand nebenbei erledigt? Wird dafür jemand eingestellt? Wird dafür jemand neu gewählt? Wie lange soll jemand in dieser Position bleiben?

Helmut Richter

Ökobank Ökobank

Teil II
Am Konzern vorbei:

Kaffee - Direktimport

Nicaragua-Kaffee gibt es zur Zeit an verschiedenen Stellen, von verschiedenen Stellen, von verschiedensten Gruppen, zu unterschiedlichen Preisen. Allen gemeinsam ist: Du nimmst den Kaffee, gibst Dein Geld – die Sache ist erledigt.

Wir wollen hier ein Projekt vorstellen, das etwas komplizierter ist, und das für den Kaffeekäufer einen entscheidenden Nachteil hat: er gibt das Geld – und mit dem Trinken muß er erstmal 'ne Weile warten.

Die Rede ist vom Nicaragua-Kaffee-Direkt-Import und einer damit verbundenen Kaffee-Abo-Aktion.

Durch den Zusammenschluß unserer Gruppen (Ökotopia, Berlin; Berliner Kaffee-Genossenschaft i.Gr.; Venceremos, Coesfeld; Solishop, Frankfurt) stehen wir kurz vor dem Vertragsabschluß mit Encafé (der staatlichen Kaffeeverkaufsorganisation in Nicaragua) zum Kauf eines Kontraktes (17,25 t) Rohkaffee – ohne einen Zwischenhandel. Dies bedeutet die Ausschaltung aller „Zwischenprofite" soweit wie möglich und den Aufbau eines von den Konzernen unabhängigen Vertriebsweges.

Dies bedeutet auch, daß wir Nicaragua einen verläßlich höheren Preis für sein wichtiges Exportgut, den Kaffee, zahlen können. Der Mehrbetrag wird zur direkten Unterstützung eines Kaffee-Projekts verwendet.

Da wir eine möglichst große Verbreitung des Nicaragua-Direktimport-Kaffees ermöglichen wollen, werden wir offensiv an viele Stellen (Privathaushalte, Büros, Arbeitsstellwn) gegen den Verbrauch von Konzern-Kaffee auftreten. Um dies zu erreichen, versuchen wir den **Endverbraucherpreis** so **niedrig** wie möglich zu halten: dies wird durch strikte Einhaltung des **Selbstkostenprinzips** möglich: vom Rösten über den Transport bis zur Verteilung werden keine Profite gemacht, da alle Beteiligten den Preis möglichst niedrig halten.

Wir werden eine breite Zugänglichkeit des Nicaragua-Kaffees und einen relativ niedrigen Preis mit der Aufforderung verbinden, zusätzliches Spendengeld für den ökonomischen Aufbau in Mittelamerika zu sammeln: der/die Kaffee-Käufer/in soll regelmäßig über die Situation in Mittelamerika und über Aktionen gegen die vielfältigen Interventionen informiert werden.

Neben der Organisierung der Verbreitung des Nicaragua-Kaffees wollen wir über die politische Bedeutung des kapitalistischen Kaffee-Weltmarktes und seine konkrete Bedeutung für Mittelamerika informieren: wir werden somit mit möglichst vielen Initiativen der Mittelamerika-Solidarität zusammenarbeiten, um auch hier die Unterstützung der weltweiten Ausbeutung durch BRD-Konzerne und Regierung zu behindern.

Was hat Nicaragua von dieser Initiative?

Wir unterstützen (quantitativ noch viel zu wenig) den Prozeß, von den Weltmarkt-Konzernen etwas unabhängiger zu werden.
Wir unterstützen den Prozeß, gleichzeitig den Kaffee-Anbau als wichtigste Devisen-Quelle beizubehalten, aber die Form des Anbaus zu verändern (neben Kaffee-Anbau gleichzeitig Nahrungsmittel für den Eigenbedarf).
Wir arbeiten mit allen Gruppen im Rahmen der Mittelamerika-Solidarität, die die Intervention durch die Welt-Multis und die „freiheitlich demokratischen Regierungen" zu ihren eigenen Ländern zu behindern versuchen.

Die von uns benötigte Kaffeemenge im „Welthandel" ist sehr klein und wird überlicherweise über einen Importeur (der 3–5 % vom Warenwert dafür bekommt) gekauft. Trotzdem bindet diese „im Welthandel geringe Menge" für uns einen Batzen Geld. Genaugenommen über 283.000 DM.

Der Tchibo-Kaffee-Experte auf Dienstreise.

Auf diesen (Konz) Herrn verzichten wir gern

Wie soll nun das Geld beschafft werden?

Wir wollen in Berlin die Direktimport-Konzeption durch ein Abonnement-System verwirklichen, d.h. viele Käufer tun sich bereits vor dem Kauf zusammen und ermöglichen so, trotz erheblicher Einkaufssummen, die Bestellung und Bezahlung – ohne daß Zwischenhändler oder Banken eingeschaltet werden müssen. Am wichtigsten wären „Jahres-Abos", denn auch Nicaragua muß alle Kosten der Kaffee-Erzeugung im Laufe des Ernte-Jahres vorschießen.

Warum brauchen wir das Geld?

Verhandlungen über Kaffee-Verträge finden jährlich statt, die nächste wieder im Juni 1985 für das Kaffee-Jahr 1985/86 mit erster Lieferung im Oktober 1985. (Mindestmenge ist je Lieferung 1 Container = 17,25 t Rohkaffee; der Kaffee-Verbrauch von Nicaragua-Kaffee durch Ökotopia in Berlin beträgt jährlich etwa 22 t.)
Wenn wir jetzt an Kaffee per Direktimport kommen wollen, können wir Kaffee außer der Reihe ordern: ENCAFE hat uns 3 Container zur Überbrückung bis Oktober 1985 zugesagt, der erste Container könnte sofort bestellt und geliefert werden. Der Kaufpreis ist allerdings sofort mit Verschiffung im Hafen Corinto fällig.
Wenn wir nach dem Abo-Prinzip verfahren, würden wir jetzt erst Abos sammeln, aber könnten keinen festen Liefertermin angeben. Wenn die Abos zu langsam eintreffen, ist der Kaffee, der jetzt für uns bereit steht, möglicherweise anderweitig verkauft und wir müßten bis Oktober warten. Wir suchen deshalb Geld *(ich auch!, der Setzer!)* für eine möglichst kurzfristige, möglichst einfache Vorfinanzierung, die dann durch die Finanzierung der Abonnenten abgelöst wird.
Wieviel Geld? 1 Container Rohkaffee kostet z.Zt. nach unseren Preisvorstellungen (also Weltmarktpreis plus 10 %): 180.000 Mark, dazu kommen Kosten für Fracht, Versicherung und diverse Nebenkosten von 8.000 Mark. Dieses Geld müßte per Bestelldatum = Lieferdatum bereitliegen.
Etwa 6 Wochen später fallen die nächsten Kosten an, wenn wir den Kaffee aus dem Hafen holen. Kaffeesteuer, Zoll und Einfuhrumsatzsteuer werden fällig (ca. 84.000 Mark), wobei wir die Einfuhrumsatzsteuer zurückbekommen (ca. 12.000 Mark). Jetzt wird der Kaffee geröstet, gemahlen und verpackt und verliert dadurch an Gewicht (1 kg **Roh**kaffee = 835 g **Röst**kaffee). Alles in allem werden uns die verbleibenden 14,29 t **Röst**kaffee ca. 284.000 Mark kosten.

Unser Berliner Anteil wird sich auf ca. 156.000 Mark belaufen, wobei wir für die Vorfinanzierung ca. 90.000 Mark brauchen. Ein Weg, dieses Geld vor der Abo-Aktion zu bekommen, ist der über die Stattwerke, bei denen seit 2 Monaten ein Darlehensgesuch läuft und wo bis jetzt 25.000 Mark zusammengekommen sind. Auch Netzwerk wurde angesprochen und ein Darlehensantrag gestellt. Zur Sicherung der Darlehensgeber wird durch eine Gläubiger-Gemeinschaft gewährleistet, die Eigentümer des Kaffees werden, also Kredite für 150.000 Mark (incl. Transport). Zusätzliche Sicherheit kann durch eine Abnahmegarantie des Rösters erfolgen, der den Kaffee aus Hamburg zum Preis von 150.000 Mark der Gläubigergemeinschaft abnehmen würde.

Rückzahlungen: Der nächste Container muß zum 30.4. gefordert und bezahlt werden. Sollte die notwendige Zahl der Abonnenten (ca. 4.500 Viertel-Jahres-Abos à 116,– DM Selbstkostenpreis) bis dahin nicht erreicht worden sein, gilt das Projekt als gescheitert. Die Kredite werden bis 30.4. aus dem Verkauf des Kaffees zurückgezahlt. Bei einer hinreichenden Anzahl von Abos wird mit diesem Geld der Kredit quasi umverschuldet, von den Großkreditgebern der Startphase auf die Abonnenten als Direkt-Kreditgeber.

Auskünfte über die Möglichkeiten der Direktkreditvergabe für das Kaffee-Projekt bei: Stattwerke, Paul-Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36, Tel. 030/6 11 59 04 oder bei Ökotopia im Mehringhof, Tel. 6913064

Kaffeehandel – Kaffeekauf

Die großen Kaffeekonzerne bieten fast immer Kaffeemischungen an und es ist für den Verbraucher nicht zu erkennen, aus welchem Anbauland der jeweilige Kaffee kommt.

Die Möglichkeit, reinen Nicaragua-Kaffee zu kaufen, bieten nur Bio- oder 3. Welt-Läden oder politisch motivierte Läden und Cafés. Diese nutzen die wenigen Möglichkeiten, an den reinen Kaffee zu kommen.

So kaufen Läden wie Ökotopia, Solishop Frankfurt, Nicarkomitee München etc. den Nicaragua-Kaffee in Hamburg, der 3. Welt-Laden Venceremos in Coesfeld bezieht ihn über einen Importeur und läßt ihn in Gronau rösten. Über diese Wege wurden 1983 an die 90 t Kaffee verkauft.

Die Gepa (Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt) importiert den Kaffee selbst direkt aus Nicaragua (ca. 180 t/Jahr).

Anfangs wollten wir mit der Gepa zusammenarbeiten, konnten jedoch bei der Einschätzung der Gesellschaft, die so gut wie ausschließlich von der ev. und kath. Kirche getragen wird, zu keinem einheitlichen Ergebnis kommen. Die Vorbehalte richteten sich neben einem allgemeinen Mißtrauen gegenüber kirchlicher Entwicklungspolitik vor allem gegen die Zusammenarbeit der Gepa mit Fedecocagua, einer extrem umstrittenen Landwirtschaftskooperative in Guatemala (ihr Präsident Alfredo Hernandez war ein Jahr Vizepräsident des staatl. guatemaltekischen Kaffeeverbandes Anacafé; über ein Stipendium der Konrad Adenauer Stiftung hielt er sich eine zeitlang in der BRD auf) sowie gegen den Verkauf von Kerzen aus Soweto (Hauptkritik: Handel mit Waren aus der 3. Welt darf nicht an Befreiungsbewegungen – in diesem Fall ANC – vorbeiführen).

Solartechnik für El Salvador

Durch die Eskalation des Krieges in El Salvador, die bedingt ist durch immer größere Beteiligung der USA an diesem Konflikt, werden die Probleme dieses Volkes im alltäglichen Überleben immer größer. Hierbei ist vor allem die medizinische Versorgung hervorzuheben. Weil es eine der wichtigsten Ziele der FMLN ist, den medizinischen Notstand der Bevölkerung in El Salvador zu beseitigen, werden schon seit einiger Zeit in den befreiten Gebieten Gesundheitsstationen aufgebaut. Da aber durch die immer stärker werdenden Bombenangriffe der Regierungsarmee auf die befreiten Gebiete ein geregelter Tagesablauf in den bereits aufgebauten Gesundheitsstationen nicht mehr gewährleistet ist, möchte nun die FMLN in dem befreiten Gebiet von Chalatenago fünf Gesundheitsstationen aufbauen, die vor allem für die Arbeit in der Nacht vorgesehen sind.

Technisch gesehen gibt es bei einem Nachtbetrieb vor allem das Energieproblem. Bisher wurde bei den Gesundheitsstationen nur Energie für das Kommunikationssystem verbraucht. Die Systeme werden von den herkömmlichen Autobatterien gespeist. Dabei gab es aber schon immer das Problem, daß diese Autobatterien mit Benzingeneratoren geladen werden müssem. Dies ist deshalb ein Problem, da in den befreiten Gebieten Benzin sehr schwer beschaffbar ist. Bei einem Nachtbetrieb wird vor allem gutes Licht benötigt; zudem sollen kleinere Kühlgeräte zur besseren Lagerung von Medikamenten für diese Intensivstationen beschafft werden. Dabei wird es in diesen geplanten Gesundheitsstationen einen viel größeren Strombedarf geben. Im Gegensatz zu den bisherigen Gesundheitsstationen soll der Strom durch Solarpakete erzeugt werden.

Aufgrund unserer technischen Erkundigungen ist dies vor allem in dem geographischen Bereich von Mittelamerika ein realistisches technisches Konzept, mit Modellcharakter für zukünftige ähnliche Projekte. Ich selbst konnte mich in der Region San Carlos (Nicaragua), wo zwei Gesundheitsposten von Medico-International mit solchen Solarpaketen ausgerüstet sind, von der Robustheit und von der guten energietechnischen Arbeit dieser Solarpakete überzeugen.

Die Beschaffung und Montage dieser Solarpakete soll durch das „Sistema ‚Farabundo Marti' de Comunicacion Popular" (vgl. Anm. 1) übernommen werden. Bei der Konstruktion dieser Solarpakete zum Betrieb in Chalatenango wird mir als technischem Vertreter von Sistema ‚Farabundo Marti' das Hausmeisterkollektiv des Mehringhofes zur Seite stehen. In unentgeltlicher Eigenarbeit sollen diese Apparate in Berlin montiert werden, damit sie schnell und problemlos auf- und abbaubar sind. Durch die Kriegssituation in den befreiten Gebieten müssen die Gesundheitsstationen ihren Standort sehr häufig wechseln. Das Hausmeisterkollektiv und ich haben berechnet, daß für den Kauf dieser fünf Solarpakete mit Batterien und Ladegerät mit Über- und Unterladeschutz und deren Einbau in robuste Koffer 15.000 Mark benötigt werden (reiner Materialwert).

Ich habe mich in den letzten Wochen bei verschiedenen Kollektivbetrieben und Mittelamerikasolidaritätsgruppen um eine Finanzierung des Projekts bemüht. Da diese Gruppen zumeist jedoch schon sehr stark in der Mittelamerikasolidaritätsarbeit engagiert sind und da das geplante Projekt durch den fortdauernden Krieg sehr bedeutend für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ist, wenden wir uns nun an Euch mit der Dringlichkeit, mich bzw. uns bei dieser Arbeit finanziell zu unterstützen.

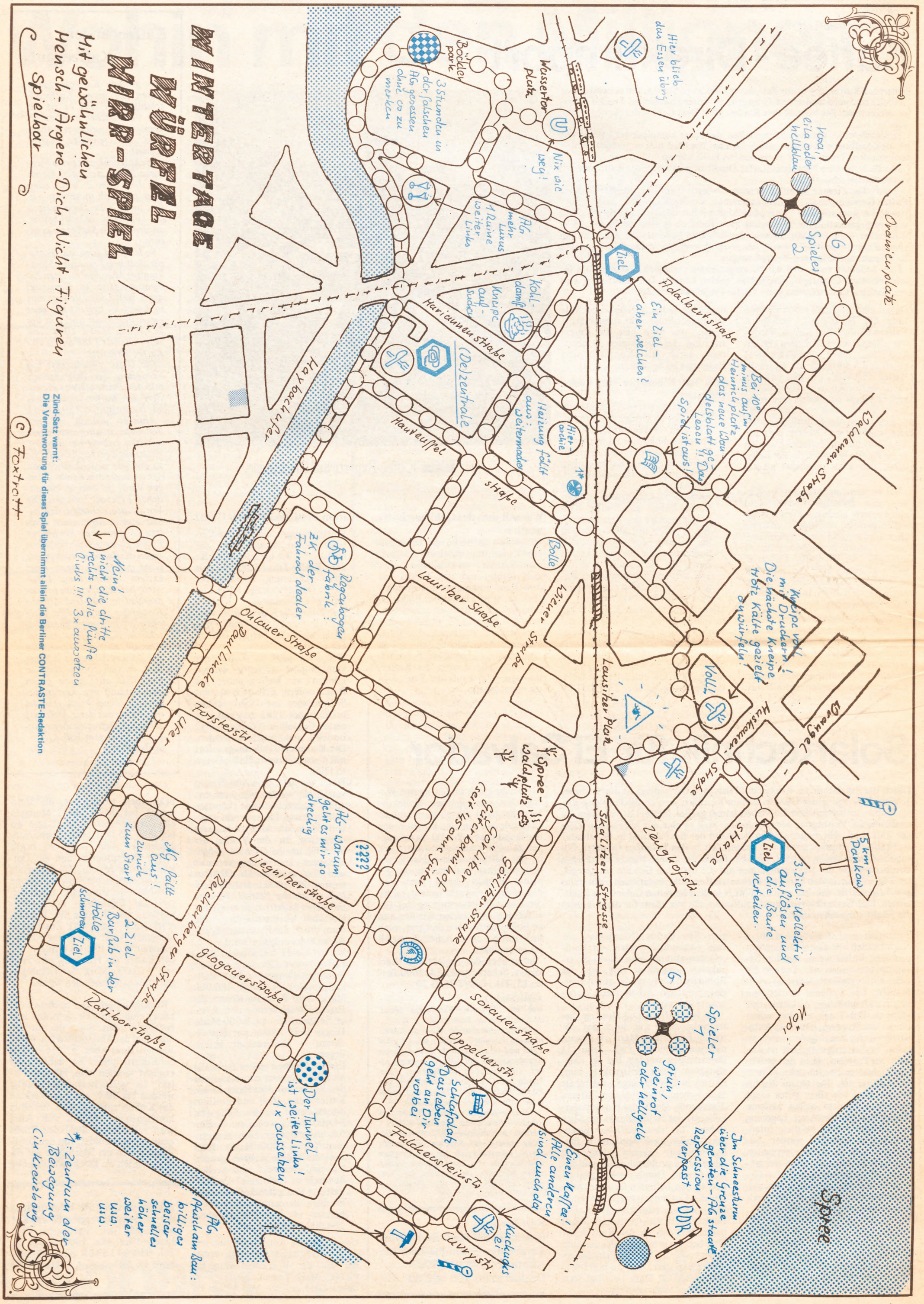
Infos über das Projekt bei: **Karl Mayer, Schaperstraße 14, 1000 Berlin 15, Tel.: 030/7 86 71 20**

Anmerkung 1)
Was ist „Sistema ‚Farabundo Marti' de Comunicacion Popular"?

„Sistema ‚Farabundo Marti' de Comunicacion Popular" existiert seit Oktober 1983 und ist „Sistema de Comunicacion Revolucionario del FMLN" untergeordnet. Die Aufgaben des Sistemas ‚Farabundo Marti' sind die Koordinierung von Radio, Presse, Film, Theater und Musik in de befreiten Zone Chalatenango.

Entstanden ist dieses Sistema aus „Radio Farabundo Marti del FMLN", welches seit Februar 1982 sendet. Darüber hinaus ist Sistema ‚Farabundo Marti' verantwortlich für die Montage und Wartung von komplizierten technischen Stationen, da vor allem die Techniker des Radiosenders über die notwendigen Kenntnisse verfügen.

Karl Mayer
Sparkasse der Stadt Berlin West
Kennwort: Gesundheitsstation
Konto-Nr. 073.010.9097
Bankleitzahl: 100 500 00


WINTERTAGE
WÜRFEL
WIRR-SPIEL
Mit gewöhnlichen Mensch-Ärgere-Dich-Nicht-Figuren Spielbar
Zünd-Satz warnt:
Die Verantwortung für dieses Spiel übernimmt allein die Berliner CONTRASTE-Redaktion
© Foxtrott
Spree
Oranienplatz
Adalbertstraße
Wassertorplatz
Böckler park
Hier blieb das Essen übrig
Nix wie weg!
Ziel
Ein Ziel – aber welches?
Spieler 2
Hariannenstraße
(De)zentrale
Hauteuffelstraße
Hier-archie
Bolle
Lausitzer Straße
Wiener Straße
Ohlauer Straße
Paul Linke
Fotstevstr.
Ufer
Regenbogenfabrik: ZK. der Fahrraddealer
Neinó nicht die dritte rechts – die fünfte links!!! 3x aussetzen
Lausitzer Platz
Kneipe voll mit Druckern! Die nächste Kneipe Hotz Kälte gezielt anwürfeln!
Voll!
Huskauer-Straße
Drangel-Straße
Zeughofstr.
Skalitzer Strasse
Görlitzer Straße
Spree-waldplatz
Görlitzer Güterbahnhof (seit '45 ohne Güter)
AG-Warum geht es mir so drechig
AG fällt aus! zurück zum Start
Liegnitzerstraße
Reichenberger Straße
Glogauerstraße
Ratiborstraße
2. Ziel Barfuß in der Hölle schmoren
Ziel
Der Tunnel ist weiter Links! 1x aussetzen
Sorauerstraße
Oppelnerstr.
Schlafplatz Das Leben geht an Dir vorbei
Falckensteinstr.
Einen Kaffee! Alle anderen sind auch da
Kuckucksei
Cuvrystr.
Köpi
Spieler 1
grün, weinrot oder hellgelb
Im Schneesturm über die Grenze geraten – AG staate Repression verpasst
DDR
5 km-Pankow
3. Ziel: Kollektiv auflösen und die Beute verteilen.
Spree-waldplatz
AG Pfuscham Bau: billiges besser schnelles höher weiter usw. usw.
*1: Zentrum der Bewegung Ein Kreuzberg